Energiewende: Geld spielt keine Rolle S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 5 – 1. Februar 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ziemlich allein auf weiter Flur: Außer der CSU fordert nur die AfD größere Reformen bei der Europäischen Union

Bild: Getty

Die Waffen liegen bereit

Parteien formieren sich für den EU-Wahlkampf – AfD bei sieben Prozent

Dass der EU-Wahlkampf begonnen hat, dürften die meisten Wähler nicht bemerkt haben. Allenfalls durch Attacken gegen die AfD trumpfen CDU, SPD, Grüne und FDP auf.

Nach den Parteitagen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der SPD zu den EU-Wahlen am 25. Mai sind die Fronten der Parteien im anrollenden Wahlkampf nun abgesteckt: Union, Sozialdemokraten, Grüne und FDP haben sich in ihrer europapolitischen Linie ohne Einschränkungen auf ein „Weiter so“ festgelegt.

Alternativen zum Euro in seiner jetzigen Form, zu den Rettungsschirmen, zu Bankenunion oder gemeinsamer Schuldenhaftung auszuloten, ist innerhalb der etablierten Parteien ab sofort tabu. Abgesehen von Peter Gauweiler in der CSU sind die prominenten Verfechter alternativer Positionen rigoros kaltgestellt worden.

Das macht es der AfD umso leichter, gegenüber den Etablierten Profil zu gewinnen. Allein die Linkspartei teilt ein Unbehagen angesichts der „Rettung“ milliardenschwerer Banken und Spekulationsgewinnler auf Kosten der Steuerzahler. Doch hantiert sie, ihrer dunkelroten Tradition folgend, mit Wirtschaftskonzepten, die jede Volkswirtschaft ruinieren. Für bürgerliche Euro-Kritiker bleibt sie daher unwählbar.

> Bei etablierten Parteien sind viele EU-Themen tabu

Der Führung der AfD um Parteichef Bernd Lucke ging es beim Parteitag in Aschaffenburg (siehe Beitrag unten) auch und vor allem darum, nach Monaten, die von Nachrichten über innere Querelen geprägt waren, neue Geschlossenheit herzustellen. Das scheint geklappt zu haben. Der Wille zur Gemeinsamkeit prägte die Stimmung in Aschaffenburg. Dass der Parteitag dieses Wochenende in Berlin fortgesetzt werden muss, weil endlose Debatten die Tagesordnung gesprengt hatten, dürften potenzielle AfD-Anhänger gelassen betrachten. Erstens nimmt man der AfD als blutjunger Partei derlei kaum übel. Zweitens wenden sich gerade solche Wähler der „Alternative“ zu, die eher von zu wenig kontroverser Debatte bei den Etablierten irritiert sind, als dass sie ein Zuviel an Diskussion abstoßen könnte.

Trotz der nicht eben ermutigenden Nachrichtenlage in den vergangenen Monaten ist es der AfD gelungen, einen verblüffend harten Kern von Wählern um sich zu scharen. Die Umfragewerte verharrten selbst dann noch stabil bei vier Prozent, als in den Medien zum Thema „Alternative für Deutschland“ nichts als Berichte über internen Zank zu lesen und zu hören waren.

Und dieser Wert bezog sich auf Wahlabsichten bei Bundestagswahlen. Laut Emnid würden bei EU-Wahlen sogar sieben Prozent der Deutschen AfD wählen, während die FDP hier knapp an der Drei-Prozent-Hürde hängt.

Die rüden Attacken, welche die Parteichefs von SPD und FDP, Sigmar Gabriel und Christian Lindner, gegen die AfD dieser Tage geritten haben, lassen indes einen über die Maßen polemischen und unsachlichen Wahlkampf befürchten. Es wird eine harte Feuertaufe für die junge Partei. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Jetzt liefern!

Kettenkarussells statt Kettenfahrzeuge. So könnte man überspitzt die Pläne von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber charakterisieren. Tatsächlich macht sie damit ein wichtiges Thema zur Chefsache, denn die Vereinbarkeit von Dienst und Familie ist ein wichtiges Kriterium bei der Berufswahl und hat später großen Einfluss auf die Berufszufriedenheit. Der Anfang der Woche vorgestellte Bericht des Wehrbeauftragten für 2013 zeigt, dass es aus Sicht der Soldaten und ihrer Familien in diesem Bereich erhebliche Defizite gibt. Jetzt muss von der Leyen liefern, was sie medienwirksam angekündigt hat, wenn ihr nicht in absehbarer Zeit die Soldaten ausgehen sollen. Denn die Nachwuchsgewinnung wird zu einer der Überlebensfragen der Streitkräfte werden.

Doch mit Familienfreundlichkeit allein ist das Problem nicht zu lösen. Denn auch die hohe Einsatzbelastung, fehlende persönliche Planungssicherheit, vermeidbare Diensterschwernisse vielfältiger Art sowie die in einigen Bereichen mangelhafte materielle Ausstattung sorgen für erheblichen Unmut. Das alles lässt sich nicht mehr so einfach mit dem Hinweis auf die Besonderheiten des Soldatenberufs vom Tisch wischen. Wie der Wehrbeauftragtenbericht zeigt, war die Truppe noch nie so unzufrieden wie heute. Die Anzahl der Eingaben ist im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent auf den Rekordwert von knapp 5100 gestiegen. Um es ebenso einfach wie bildhaft zu sagen: Wenn von der Leyen nicht bald in jeder Hinsicht optimale Kettenfahrzeuge anschafft, muss sie die Karussells gar nicht erst bestellen.

Integrieren, nicht absondern

Privilegien für einzelne Zuwanderergruppen stoßen auf Kritik

In einem Land mit über 20 Prozent Einwanderern bekommt man so über kurz oder lang eine Situation, in der die Leute Pässe vom Abreißblock haben“, ereiferte sich Heinz Buschkowsky, Bürgermeister von Berlin-Neukölln, über die Pläne der Großen Koalition, die Optionspflicht bei der doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder von Einwanderern wegfallen zu lassen. Damit machte sich der SPD-Politiker in seiner eigenen Partei wieder unbeliebt, denn es sind die Sozialdemokraten, auf deren Wunsch jetzt eine Gesetzesänderung geplant wird, die vermutlich großen bürokratischen Aufwand mit sich bringt. Noch völlig offen ist, wie nachgewiesen werden soll, dass jemand hier aufgewachsen ist. Reicht ein hier erlangter Schulabschluss oder müssen Belege aus dem Melderegister eingereicht werden?

> Buschkowsky kritisiert Pläne seiner Partei

„Ich halte es für zumutbar, dass sich ein erwachsener Mensch bis zum 23. Lebensjahr entscheiden muss, ob er die Staatsangehörigkeit behalten oder die seiner Eltern annehmen will“, so Buschkowsky gegenüber der „Welt“ und plädiert für eine Beibehaltung der jetzigen Regelung.

Derweil gibt es in den Kreisen der Zuwanderer selbst eine Debatte über die Einführung eines muslimischen Feiertages hierzulande. Die Türkische Gemeinde Deutschland hatte am Rande der Islamkonferenz einen solchen ins Gespräch gebracht, angeblich auch, um in muslimischen Ländern eine Debatte anzustoßen, wie dort mit christlichen Minderheiten umgegangen wird. Kritik kam vor allem von der Kurdischen Gemeinde Deutschland, die den Vorschlag als „wenig hilfreich“ bezeichnete. Der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde, Ali Ertan Toprak, meinte, man solle lieber über „gemeinsame Werte trotz unterschiedlicher Religion“ debattieren. *Bel*

Fördern, aber auch fordern

EU: AfD will, dass Vor- und Nachteile für Deutschland im Blick stehen

Ganze 318 Delegierte der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) haben am vergangenen Sonnabend auf einem Bundesparteitag in Aschaffenburg, der unter dem Motto „Mut zu Deutschland“ stand, ihre Kandidaten für die kommenden Wahlen zum EU-Parlament aufgestellt. Erwartungsgemäß nominierten die Delegierten den Bundessprecher Bernd Lucke als Spitzenkandidaten. „Wir brauchen den Mut, offen über Vorteile und Nachteile auch für das eigene Land zu reden“, so Lucke in Bezug auf die EU.

Der kurz zuvor der AfD beigetretene frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Olaf Henkel beklagte, dass in Deutschland keine Euro-Kritiker im Deutschen Bundestag mehr sitzen. Bei der Wahl um Listenplatz 2 erhielt er aber unerwartet Konkurrenz. Ein weitgehend unbekannter Delegierter aus Bielefeld versuchte, sich mit vielen Fragen an Henkel als Gegenkandidat zu profilieren. Mit nur 70 Stimmen beschädigte er sich aber selbst und Henkel gewann.

> Kandidaten für die EU-Wahl erkoren

Um den dritten Platz bewarben sich dann gleich acht Interessenten, darunter die Landessprecher Alexander Dilger aus Nordrhein-Westfalen und Bernd Kölmel aus Baden Württemberg sowie der Vorsitzende der Jungen Alternative der AfD, der bayerische Favorit Torsten Heinrich. Kölmel gewann das Stechen, und die Landesverbände NRW und Bayern hatten das Nachsehen. Auf den Plätzen 4 und 5 folgten mit Beatrix von Storch und Professor Joachim Starbatty „Promis“, die weniger Bezug zu den Landesverbänden haben.

Henkel kommentierte auf dem Bahnhof Hanau beim Umsteigen gegenüber dieser Zeitung, dass er von seinem ersten Auftritt „Schlimmeres“ erwartet habe und im Hinblick auf die turbulenten, insgesamt sechs Stunden andauernden Debatten „ganz zufrieden“ sei. *T. Maass/Bel*

MELDUNGEN

Bundesbank für Vermögensabgabe

Frankfurt am Main – Als der Internationale Währungsfonds in einer Untersuchung zur Schuldenkrise der Staaten zwischen vielen Seiten versteckt eine Vermögensabgabe zur Verhinderung von Staatspleiten vorschlug, beflügelte dies zahlreiche Verschwörungstheorien. Doch nun ist es ausgerechnet die Deutsche Bundebank, die ganz offen genau dies in ihrem aktuellen Monatsbericht fordert. Natürlich sollte dies nur im Notfall geschehen und wenn dann einmalig sein, doch letztendlich entspräche dies „dem Prinzip der Eigenverantwortung, nachdem zunächst die eigenen Steuerzahler für Verbindlichkeiten ihres Staates einstehen, bevor die Solidarität anderer Staaten gefordert ist“. *Bel*

Deutsche Welle auf Englisch

Berlin – Um mit anderen global agierenden Nachrichtensendern wie der US-amerikanischen CNN oder der britischen BBC Schritt halten zu können, will die Deutsche Welle ein englischsprachiges Programm anbieten. Der deutschsprachige Programmschwerpunkt wird deshalb zurückgefahren. So werden acht bislang auch auf Deutsch produzierte TV-Magazinsendungen ganz entfallen. Außerdem wird die Zahl der Eigenproduktionen reduziert. Stattdessen sollen Sendungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio übernommen werden. „Wir betreiben keinen Kahlschlag, sondern haben ein verantwortungsvolles, intelligentes Konzept entwickelt, das uns ermöglicht, unsere Ziele zu verwirklichen und die hervorragende Regional- und Sprachkompetenz der Deutschen Welle zu erhalten“, sagte Intendant Peter Limbourg. Die Deutsche Welle beschäftigt derzeit rund 3000 feste und freie Mitarbeiter aus 60 Ländern. Fraglich ist, ob sie alle weiterbeschäftigt werden können. Aktuell sucht man verstärkt englischsprachiges Personal. *H. Tews*

Revolution mit offenem Ausgang

Ukrainische Opposition erringt Etappensieg – Janukowitsch könnte Neuwahlen für sich entscheiden

Die ukrainische Regierung zeigt sich seit einigen Tagen verhandlungsbereit. Nachdem sich die Lage in Kiew zugespitzt hatte und auch in elf weiteren Städten Regierungsgebäude besetzt worden waren, beschloss das Parlament vergangene Woche die Rücknahme einiger als „diktatorisch“ bezeichneter Gesetze. Den Rücktritt des Ministerpräsidenten Nikolaj Asarow verbucht die Opposition als Etappensieg.

Als Demonstranten in Kiew das Justizministerium besetzt hatten, drohte die Lage zu eskalieren. Erst zwei Tage zuvor hatte Präsident Viktor Janukowitsch den Oppositionspolitikern Arsenij Jazenjuk den Posten des Ministerpräsidenten und Vitalij Klitschko den als dessen Stellvertreter offeriert. Doch dieses Angebot lehnten die Oppositionspolitiker ab und bekräftigen ihre Forderungen nach Janukowitschs Rücktritt und vorgezogenen Neuwahlen.

Erst als die Protestwelle auch auf andere Regionen übergriff und Oppositionelle in elf Städten Stadt- und Bezirksverwaltungen besetzten, darunter auch in ostukrainischen Städten wie Saporoschje und Dnepropetrowsk, dem Geburtsort der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko, kam Janukowitsch offenbar zu der Einsicht, es sei an der Zeit zu handeln. Während Justizministerin Jelena Lukasch mit der Verhängung des Ausnahmezustands drohte, was weiteres Blutvergießen bedeutet hätte, bot Janukowitsch der Opposition neue Verhandlungen an. In einer eilig einberufenen Sondersitzung des Parlaments (Rada) wurde die umstrittene Verschärfung des Demonstrationsrechts vom 16. Januar, mit der die Opposition kriminalisiert und die Befugnisse des Präsidenten ausgeweitet wurden, wieder zurück genommen. Ministerpräsident Nikolaj Asarow kam einem Misstrauensvotum gegen ihn zuvor, indem er noch vor der Sondersitzung der Rada zurücktrat. Dies kann durchaus als Etappensieg der Opposition gewertet werden, da Asarows Rücktritt eine ihrer Forderungen war.

Dennoch scheint die Situation den drei Führern der Oppositionsbewegung – Arsenij Jazenjuk von Timoschenkos Vaterlandspartei, Vitalij Klitschko von der Partei „Udar“ („Schlag“) und Oleg Tjangnibok von der rechtsextremen „Swoboda“ – aus den Händen zu gleiten. Die Proteste, die friedlich begonnen haben, schlagen zunehmend in gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und chaotischen Zerstörungen um. Die Demonstranten haben sich trotz aller Appelle, vor allem Klitschkos, verbarrikadiert und setzen Steine als Waffen ein. Es scheint gar nicht mehr so sehr um die EU-Integration zu gehen, etwas Tiefgreifenderes bricht sich hier Bahn. Ein neuer Ost-West-Konflikt deutet sich an. Hinter Janukowitsch steht Wladimir Putin, der die Ukraine mit wirtschaftlichen Lockangeboten zunächst wieder enger an Russland binden konnte. Für den Westen gilt Vitalij Klitschko als Favorit, obwohl es keinen eindeutigen Oppositionsführer gibt. Die Interessen der drei Köpfe sind zu verschieden. Jeder sähe sich gerne auf dem Präsidentensessel. Ob Klitschko geeignet dafür wäre, muss sich zeigen. Deutsche Politiker wie der Münsteraner CDU-Landtagsabgeordnete Werner Jostmann halten ihn nicht gerade für einen charismatischen Redner, aber er wird als „ehrliche Haut“ geschätzt, weil er sich an keiner Cliquenwirtschaft beteilige und das Vertrauen des Volks genieße.

Oppositionspolitiker haben keine einheitliche Linie

Auch wenn den Ex-Boxer die Sorge um sein Land und dessen Menschen treibt, so ist er nicht frei von Beeinflussung, wie ein Blick auf die Geschichte seiner Partei zeigt. Seit Gründung der Udar (=Schlag)-Partei wird diese von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) unterstützt. Die KAS organisierte Reisen nach Berlin, um „sich international zu vernetzen“, wie die Stiftung kürzlich zugab. Auch die Bundesregierung nimmt eine klare Position gegenüber der Opposition in der Ukraine ein. Offiziell hat Deutschland ein Interesse daran, die demokratischen Kräfte in der Ukraine zu stärken. Dahinter steckt aber auch die Bedeutung der Ukraine als Transitland für russisches Gas und ihre geostrategische Bedeutung für die Interessen des Westens.

Klitschko läuft Gefahr, seinen Ruf als ehrliche Haut zu verlieren, wenn andere ihn vor ihren Karren spannen wollen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung kooperiert mit der „International Renaissance Foundation“, einer Stiftung, die 1990 der amerikanische Investmentbanker George Soros ins Leben rief mit dem Ziel, in der Ukraine einen Demokratisierungsprozess nach westlichem Muster einzuführen. Sie finanziert Reformen im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie soziale Programme und Presseorgane. Für die europäische Integration der Ukraine und die dafür notwendigen Reformen wurden bereits 88 Millionen Euro gewährt. Soros wird nachgesagt, über Nichtregierungsorganisationen weitere Revolutionen in Ex-Ostblockländern, etwa Polen, beeinflusst zu haben.

Die Menschen in Kiew sind frustriert und enttäuscht darüber, dass die Verhandlungen mit Janukowitsch fast ergebnislos verlaufen sind, obwohl sie seit zwei Monaten bei klirrender Kälte ausharren. Desillusioniert von ihren Oppositionsführern sind sie für radikale Parolen zugänglich.

Unter die Anhänger der rechten „Swoboda“ mischen sich gewaltbereits Schläger, die für Krawalle sorgen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese sowohl von der Opposition als auch von der Regierung als Provokateure eingesetzt werden. Sie erhalten umgerechnet 17 Euro pro Tag als Entgelt, aber auch Mitläufer und Hooligans mischen mit.

Da die Opposition bislang keinen eigenen Kandidaten benennen kann, könnte ihr Experiment der Machtübernahme bald beendet sein, wenn nämlich Janukowitsch, der nach wie vor die Unterstützung großer Bevölkerungsteile genießt, die Wahl erneut für sich entscheidet. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Bürgerkriegsähnliche Zustände: Barrikaden, Gewalt und Zerstörung im Kiewer Stadtzentrum Bild: pa

Die Schulden-Uhr:

Nicht mehr als Belgien

Die finanziellen Opfer, welche die Deutschen der EU bringen, stehen in keinem Verhältnis zu ihrer Vertretung im Europäischen Auswärtigen Dienst. Während Spanien und Frankreich 15 Botschafter stellen und Italien immerhin noch 14, kommen nur zehn aus Deutschland, genauso viele wie aus Belgien. „Da besteht bei der neuen Bundesregierung dringender Handlungsbedarf“, kommentiert Ingeborg Gräßle das Missverhältnis. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament hatte bereits 2011 in einem Vermerk detailliert das Missverhältnis beschrieben, nachzulesen im Internet unter www.ingegraessle.eu/tl_files/default/usercontent/Themen/EAD/AnalysePersonalEAD.pdf *M.R.*

2.035.762.847.247 €

Vorwoche: 2.035.087.463.074 €
Verschuldung pro Kopf: 25.289 €
Vorwoche: 25.281 €

(Dienstag, 28. Januar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Desaster für die USA

In der Syrien-Krise hat sich Washington an den Rand manövriert

Der Syrien-Konflikt hat sich für die USA zum diplomatischen Desaster entwickelt. Washington hat sich zwischen alle Stühle manövriert und leidet unter einem massiven Verfall seiner Glaubwürdigkeit sowohl gegenüber den streitenden Parteien in Syrien als auch gegenüber der Weltöffentlichkeit.

Der Bericht und die Fotos von tausenden mutmaßlich von Handlangern des Assad-Regimes zu Tode gefolterten Häftlingen hätte bei früheren Gelegenheiten die internationale Meinung dramatisch beeinflusst – und zwar zugunsten der Position Washingtons. Da die Nachricht aber nun punktgenau wenige Tage vor der zweiten Syrien-Konferenz in der Schweiz an die Öffentlichkeit gelangte, hat sie bloß für erhebliches Misstrauen gesorgt.

Erinnerungen kochten hoch an die Mär von Saddam Husseins (damals schon nicht mehr vorhandenen) Massenvernichtungswaffen, welche die USA zum Vorwand für ihren Einmarsch in den Irak und den gewaltsamen Sturz des irakischen Diktators nahmen. Oder an die Jahre zuvor verbreitete Geschichte von den Brutkästen in Kuwait, aus denen angeblich irakische Soldaten Säuglinge gerissen und getötet hatten. Diese Erzählung war, wie sich später herausstellen sollte, von einer amerikanischen PR-Agentur erfunden worden. Große deutsche Medien mit enger Verbindung zu den USA nutzten den Brutkasten-Bericht dazu, Saddam Hussein zum „neuen Hitler“ aufzumonstern – mit beachtlichem Echo in der deutschen Öffentlichkeit. Das dürfte mittlerweile kaum mehr so leicht zu erzielen sein.

Glaubwürdigkeit ist nach allen Seiten verlorengegangen

Seit dem vergangenen Jahr beharren die USA darauf, dass Baschar al-Assad schuld sei an Chemiewaffen-Einsätzen gegen Zivilisten, vor allem an einem C-Waffen-Massaker mit schätzungsweise 1400 Toten am 21. August 2013 östlich von Damaskus. Beweisen werden konnte nichts, indes: Die Hinweise, dass es vielmehr die Opposition sei, welche die teuflische Waffe eingesetzt hat, mehren sich.

Bei jener Opposition verlieren die USA unterdessen rapide an Rückhalt. Nachdem die Hoffnungen auf einen baldigen amerikanischen Militäreinsatz (wie in Libyen oder Irak) verflogen waren, löste sich die von Washington unterstützte „Freie Syrische Armee“ (FSA) offenbar weitgehend auf, ihre Mitglieder liefen Berichten zufolge in Scharen zu den Islamisten über.

Die wiederum zerfallen in zwei Gruppen, die einander aufs Messer bekämpfen: Die Al-Kaida-orientierte Gruppe ISIL sowie die von Saudi-Arabien und Katar unterstützten Verbände, dazu die Kurden, welche ihre ganz eigenen Ziele verfolgen. Auch bei den Golf-Regierungen hat sich Ernüchterung breitgemacht über die angeblich zu zögerliche Haltung der Obama-Regierung.

So stehen sich am Ende das von Russland unterstützte Regierungslager, die besonders rabiaten Al-Kaida-Islamisten sowie die von den Golf-Scheichs unterstützten übrigen Islamisten gegenüber. Die Weltmacht USA indes sieht sich zunehmend auf die Zuschauerränge verbannt. Dies ist nicht zuletzt auch ein Triumph für Moskau. *Hans Heckel*

Banken schließen

Schweizer Institute richten sich neu aus

Das Bankwesen der Eidgenossen steht vor einer schwierigen Phase: Seit die Industriestaaten vermehrt Jagd auf Steuersünder machen, bricht die lukrative Sparte des Vermögensmanagements ein. Zahlreiche Geldhäuser in Lugano, dem drittgrößten Bankplatz der Schweiz, schließen bereits. Das Geschäft mit dem Schwarzgeld läuft in Lugano nicht mehr rund. Nach Angaben der Genfer Banque Cramer & Cie werden in den Instituten des Südkantons Tessin mindestens 220 Milliarden Franken an Vermögen verwaltet. 2008 waren es noch 400 Milliarden von den 5600 Milliarden der insgesamt von den Schweizern betreuten Vermögen.

Lugano: Italiener ziehen Schwarzgeld ab

Die italienische Kundschaft, Schwerpunkt des Tessiner Geschäfts, schrumpfte von einem Anteil bis zu 75 Prozent der Anleger auf unter 50 Prozent. Seit den Steueramnestien in Rom ziehen wohlhabende Italiener ihr in Lugano deponiertes Schwarzgeld ab. Italien vermeldete einen Geldzufluss von 100 Milliarden. Arbeiteten 2008 im Tessin noch 74 Bankhäuser, so waren es bereits 2011 schon zehn weniger. In den letzten Jahrzehnten hatten sie vor allem auf Schwarzgeld aus Italien gesetzt.

Die Banca della Switzera Italiana hat wegen der Schwierigkeiten auf dem Heimatmarkt ihre Aktivitäten nach Singapur verlagert. Andere Geldhäuser versuchen, auf den Rohstoffmarkt auszuweichen. Die Deutsche Bank Schweiz fokussiert sich auf den Nahen Osten und Afrika.

Die neue „Weißgeldstrategie“ der Helvetier und die Aufweichung des Bankgeheimnisses erfordern ohnehin in den drei Finanzschwerpunkten Zürich, Genf und Lugano ein Umdenken und eine Neugestaltung der Geschäftspolitik des sogenannten Private Bankings zu mehr Effizienz der versteuerten Anlagen. Verkäufer werden zu Beratern, die auf die steuerlichen Rahmenbedingungen der Kundenländer Rück-sicht nehmen und dennoch eine attraktive Geldanlage anbieten müssen. Die Zeiten, in denen Geschäftsreisende einen Koffer voll Bargeld auf den Banktresen packten, scheinen endgültig vorbei. *J. Feyerabend*

Am Schlachtensee

Von Vera Lengsfeld

Nachdem die sibirische Kälte doch noch Berlin erreicht hat, gibt es Vorkommnisse, die sehr an DDR-Zeiten erinnern. Als Blitzeis die Stadt überzog, dauerte es fast einen ganzen Tag, ehe die Hauptstraßen eisfrei waren.

Auch die Gehsteige waren eine Gefahrenzone, weil die Räumdienste nicht in der Lage waren, mitten im Winter auf winterliche Verhältnisse angemessen zu reagieren. Wer Glück hatte, fiel in einen der immer noch zahlreich herumliegenden Weihnachtsbäume, wer Pech hatte, schlug hart auf.

Um die schönen Seiten des Winters dennoch genießen zu können, zog es uns an den Schlachtensee. Berlin hat durchaus seine Vorteile. Ich liebe die S1, die wie an einer Perlenschnur die kostbarsten Seiten der Stadt an ihrer Strecke aufgereiht hat: vom Schloss Oranienburg mit seinem rekonstruierten Park im Norden, über den Summter See, die Schönholzer Heide, Gesundbrunnen, Oranienburger Straße mit ihrer prächtigen Synagoge, Friedrichstraße, Brandenburger Tor, Potsdamer Platz in den Südwesten bis nach Wannsee oder Potsdam.

Je weiter man nach Westen fährt, desto prächtiger und zahlreicher werden die Gründerzeitbauten. Es ist, als wäre der Roten Armee der Atem ausgegangen, je weiter sie in die Stadt vordrang. Die Kriegsschäden sind sichtbar geringer als im Ostteil.

Hinter dem Mexikoplatz werden die Mietshäuser abgelöst von schmucken Villen, die zwischen hohen Kiefern stehen. Der Blick aus dem Fenster versetzt in Urlaubsstimmung, besonders an Tagen wie diesem, wo eine strahlende Wintersonne den Schnee auf den Bäumen zum glitzern bringt und die kalte Luft leicht und klar ist.

Am Schlachtensee ändert sich das Landschaftsbild. Das typische Tunneltal, in dem sich der fast südlichste See der Grunewaldseenkette schlängelt, zählt noch zur Hochfläche Teltow, was man aber nur am Steilufer der Südseite erkennt. Der Wald besteht hier aus Buchen und Ahorn.

Der sanfte Hang, der von der S-Bahnstation zum See führt, ist fest in der Hand rodelnder Kinder. Aber schon nach ein paar Schritten auf dem Uferweg herrscht Stille. Der See ist fast zugefroren. Eine leichte Schneedecke verhindert, dass die Fragilität der Eisfläche zu erkennen ist.

Die gut gekleideten Spaziergänger, die am Südufer, in der Nähe der Parkplätze, zahlreicher sind, meiden die Gefahr und genießen das romantische Licht, das die Nachmittagssonne über den See und seine Besucher ergießt. Am Ende des Seerundgangs erwartet uns eine rustikale Kneipe mit Kachelofen. Wir verpassen beinahe unsere S-Bahn. Aber an diesem Tag öffnet der Fahrer nach dem Abfahrtssignal die Tür noch mal für uns. Berlin kann wunderbar sein!

Potsdams Stadtschloss steht wieder

Brandenburger Landtag ist nun offiziell in das neue Haus eingezogen



Die Kommunisten hatten es einst sprengen lassen: Das äußerlich in alter Gestalt wiedererstandene Potsdamer Stadtschloss Bild: pa

Der fertige Landtag im neu errichteten Potsdamer Stadtschloss lockt Tausende Besucher. Das Projekt ist plötzlich ohne Kritiker und beweist den Wert rekonstruierenden Bauens.

Brandenburgs Landtag nimmt im neuen Stadtschloss nun offiziell seine Arbeit auf. Am 18. und 19. Januar war Tag der offenen Tür mit ungewöhnlich großem Andrang der Bevölkerung für eine eigentlich rein politische Veranstaltung. Diese Anziehungskraft, ausgehend vom äußerlich rekonstruierten Preußenschloss, wurde allein durch den Streit um die Gestaltung des Landeswappens im Plenarsaal getrübt: Die CDU kämpft für den roten Adler anstelle des neuen weißen Adlers auf weißem Grund.

Durch eine schlichte goldbronzene Tür im Südflügel betreten Besucher das nach drei Jahren Bauzeit für rund 120 Millionen Euro fertiggestellte „Landtagsschloss“ in Potsdam. Sie werden im Innern sogleich von dem einzigen Raum umfangen, der die Dimension und Wirkung der alten Innenausstattung des Potsdamer Stadtschlosses erahnen lässt: dem Knobelsdorff-Treppenhaus. Die Hand am stilistisch falschen, aber normgerechten Betontreppengeländer anstelle des schmiedeeisernen Originals wandelt der Besucher aufwärts, einer zunehmend weiß gehaltenen Welt entgegen. Architekt Peter Kulka selbst regte zu einer kritischen Auseinandersetzung mit seinem nun umgesetzten Entwurf an: „Es darf gemeckert werden, aber seien Sie gnädig und denken Sie daran, wie komplex die Aufgabe war.“

Gnädig waren die Besucher in der Tat: Allein am ersten Tag der offenen Tür zählte Landtagssprecherin Katrin Rautenberg nachmittags bereits 7000. Und deren Reaktion auf den Neubau in alter Hülle im historischen Zentrum am Alten Markt fiel meist positiv aus. 22000 kamen insgesamt zum Tag der offenen Tür.

In der Anfangsphase des Projekts dagegen wollten politisch inszenierte Proteste und Kostenkritik gegen das wenn auch nur in Teilen rekonstruierende Bauwerk kaum abreißen. Wie wenig dies die Haltung der Bürger wiedergab, wird nun im Nachhinein sichtbar. Auch Potsdams Tourismus hat das Stadtschloss längst ins Programm genommen. Welchen Beitrag es für den Tourismusstandort leisten wird, ist noch offen. Dass das Vorhaben gelungen ist, war kein Verdienst der Politik. Nur private Spenden, allen voran die des Software-Unternehmers Hasso Plattner, setzten die Rekonstruktion der historischen Fassade durch.

> Der Politik ist die neue, alte Attraktion nicht zu verdanken

Am Dienstag, dem 21. Januar, wurde der Landtag mit einem Festakt eröffnet. Die kurz zuvor in den Medien heiß diskutierte Ausstellung verfremdeter „Selbstporträts“ („Ich! Meine Selbstporträts zwischen 1635 und 2003“) des Künstlers Lutz Friedel indes geriet zum Beiwerk. Opferverbände sowie die CDU und anfangs auch die FDP hatten die Bilderreihe einschließlich Darstellungen von Adolf Hitler und Josef Stalin kritisiert, SPD, Linke und Grüne im Landtagspräsidium aber den Verbleib der Bilder durchgesetzt.

Auch der weiße Adler des Architekten Kulka bleibt vorerst im Plenarsaal hängen, und zwar auf weißem Hintergrund. Seit Herbst dauert der Streit um das Wappentier an. Über eine Internetpetition fordern inzwischen 1200 Bürger, das Wappentier korrekt in Rot im Plenarsaal des Landtags aufzuhängen. Im dortigen Weiß der Raumgestaltung setzen bisher nur die roten Sessel der Abgeordneten farbliche Akzente. SPD und Linke signalisierten diese Woche erstmals Gesprächsbereitschaft: Es sei entschieden, „aber ich kette mich nicht an den weißen Adler“, so Gerrit Große (Linke), stellvertretende Vizepräsidentin des Landtags.

Wenig Stil bewies indes auch Norbert Lammert (CDU) in seiner Eröffnungsrede für den Landtag. Als „Peinlichkeit“ wertete die „Berliner Morgenpost“, dass der Bundestagspräsident sich dem Anlass ungemäß über Talkshows im Fernsehen ausließ. Sie seien „hoffnungslos inflationiert“, geredet werde viel, entschieden werde nichts, so Lammert. Fernsehmoderator Günther Jauch, der das Fortuna-Portal des Landtags gestiftet hatte, saß als geladener Gast auf der Tribüne. „Wir eröffnen nicht ein altes Schloss neu“, wertete Lammert zudem die Zeremonie, der Bau sei vielmehr „das erste eigene Parlamentsgebäude in der mehr als tausendjährigen Geschichte Brandenburgs“. Unter den Geladenen waren auch Zeitzeugen, die sich 1959 und 1960 gegen den von der DDR-Führung angeordneten Abriss des kriegsbeschädigten Schlosses eingesetzt hatten.

So beharren Politiker aller Parteien darauf, der Bau sei gerade wegen seiner innerlich schmucklosen Gestaltung im Kontrast zum Äußeren eine gelungene Umsetzung. „Den Plenarsaal fanden alle toll, aber viele waren geradezu entsetzt über den weißen Adler“, so der CDU-Abgeordnete Henryk Wichmann. Unbeholfene (Binnen-)Inszenierungen der Politik zur Eröffnung stehen somit im Kontrast zur farbigen Außenwirkung des Rekonstruierten. Die Nebensache, das „alte Schloss“ in der Diktion Lammerts, lockte indes die Menschen an. Der Aufruf von Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD) an die Besucher: „Nehmen Sie es in Besitz!“ ist im Wahljahr mehr Aufforderung, als ihm lieb sein kann. *Sverre Gutschmidt*

Grüner Streit um Oranienplatz

Einwanderer-Lager: Linke und Gemäßigte zanken heftig

Bei Berlins Grünen ist Streit über den Umgang mit illegalen Einwanderern ausgebrochen. Landesfraktionschefin Ramona Pop nennt die Lage in der früheren Gerhart-Hauptmann-Schule, die von Einwanderern, Obdachlosen und Drogenabhängigen besetzt ist, „nicht haltbar“. „Der Versuch der Selbstverwaltung ist offensichtlich gescheitert“, so die Grüne unter Verweis auf Hygiene und Kriminalität. „Der Bezirk hat eine Verantwortung.“ Doch gerade der grün regierte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat das Lager bisher gegen jeden (Auf-)Lösungsversuch abgeschirmt.

Auch am Oranienplatz gerate der Bezirk an seine Grenzen, so Pop, und warnt vor Instrumentalisierung durch Linksextreme: „Es ist verantwortungslos, notleidende Menschen für eine politische Agenda einzuspannen.“ Die verantwortliche grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann schießt zurück, Pops Vorwürfe seien „nicht hilfreich“. Herrmann hatte Ende Dezember gesagt: „Natürlich hab' ich Angst, dass es in Kreuzberg zu Hamburger Verhältnissen kommen kann“, und beschwor eine „gewaltfreie Lösung“ für den Oranienplatz, womit sie „Gewalt“ und „Polizeieinsatz“ faktisch auf eine Ebene stellte. Sie warnte zudem vor der Vernetzung der linken Szene in Hamburg mit Berlin – sie sei sich bei einem entsprechendem Aufruf im Internet „sicher, dass Tausende nach Berlin kommen würden“.

> Pop: »Versuch der Selbstverwaltung ist gescheitert«

Innensenator Frank Henkel (CDU) übte damals Kritik an Herrmann, es sei unverantwortlich, Krawalle herbeizureden. Diese Sicht und die Erfolglosigkeit bisheriger Gespräche zeigen bei den Grünen Wirkung. Grünen-Landeschef Daniel Wesener ist „extrem verärgert über unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus“, spricht von „Befindlichkeitszirkus“.

Die Reaktionen auf Pops Analyse waren bei den grünen Lokalpolitikern in Friedrichshain-Kreuzberg nämlich extrem feindlich: „Am schönsten sind immer unerbetene Ratschläge aus der dritten Reihe“, so der linke Grünen-Abgeordnete Dirk Behrendt. Und Herrmann gegen Pop: „Die Gute ist herzlich eingeladen, mitzumachen.“ Die grüne Zuwanderer-Politikerin Canan Bayram wirft Pop vor, mit ihrer Sichtweise allein dazustehen. Tatsächlich sehen Beobachter eher die grünen Bezirksbefindlichkeiten isoliert: Das Oranienplatz-Lager als grün-nostalgisches Hüttendorf passe jedenfalls nicht zum Anspruch einer bürgerlichen Regierungspartei, ätzt die „Berliner Zeitung“. *SG*

Olympia an Spree und Elbe?

Sportsoziologe: Berlin und Hamburg gemeinsam bewerben

Nachdem München mit seiner Bewerbung für Olympische Winterspiele gescheitert ist, kommt frischer Wind in die Diskussion um eine erneute deutsche Bewerbung für die Sommerspiele. Hamburg und Berlin könnten gemeinsam ins Rennen gehen, so der ehemalige Hamburger Sportamtsdirektor Hans-Jürgen Schulke.

Die Idee hat einigen Reiz. In beiden Städten könnten bereits vorhandene Spielstätten und Verkehrsverbindungen genutzt werden, so dass nur wenig komplett neu gebaut werden müsste. In Berlin sind nicht zuletzt durch die gescheiterte Bewerbung für Olympia 2000 noch viele Sportstätten vorhanden. Arenen wie die Max-Schmeling-Halle, die O2-World, das Velodrom, die Schwimmhallen an der Landsberger Allee müssten nur auf Vordermann gebracht werden. Komplett neu entstehen würde nach Schulkes Vorschlag ein Olympisches Dorf in Hamburg. Wassersport-Wettkämpfe sollten in Hamburgs Hafencity ausgetragen werden, während Kreuzfahrtschiffe als temporäre Hotels dienen könnten.

Neben dem Argument kostengünstiger Spiele führt der Sportsoziologe an: Mit einer gemeinsamen Bewerbung Berlins und Hamburgs ließe sich „das Image der norddeutschen Metropolregion“ aufwerten.

> Kostengünstig und gut für die gesamte Metropolregion

Sowohl Berlin als auch Hamburg sind bereits mit jeweils eigenen Olympia-Plänen gescheitert. Berlins Versuch, sich für die Sommerspiele 2000 zu bewerben, liegt mittlerweile mehr als 20 Jahre zurück. Hamburg war erst im Jahr 2003 mit seiner Kandidatur für eine Austragung der Spiele 2012 abgeblitzt. Bereits auf nationaler Ebene war die Hansestadt gegen Leipzig unterlegen. Im weiteren Rennen um die Austragung, kam allerdings auch die Messestadt nicht zum Zuge. Die Spiele wurden vom Internationalen Olympischen Komitee letztlich nach London vergeben.

So interessant der Vorschlag einer gemeinsamen Bewerbung erscheint, es handelt sich um sehr ferne Zukunftsmusik: Als neue Bewerbungsmöglichkeiten für Sommerspiele kommen erst wieder die Jahre 2024, 2028 oder 2032 in Frage.

Noch entscheidender ist allerdings, dass die Idee den bisher bestehenden Regularien des Internationalen Olympischen Komitees widerspricht, wonach sich nur eine Stadt bewerben darf. Die Hoffnungen, dass sich das Komitee in diesem Punkt flexibler zeigt, werden auf absehbare Zeit als gering bewertet. *N.H.*

Zeitzeugen



Markus Ferber – Der CSU-Europaabgeordnete zeigt klare Kante: „Die Türkei entwickelt sich nicht auf die EU zu, sondern von ihr weg. Deswegen macht eine Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei keinen Sinn, ganz im Gegenteil, sie sollten endlich beendet werden“, erklärte er. Und: „Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in der Diskussion um die Türkei: Partnerschaft ja – Mitgliedschaft nein, das ist die einzige ehrliche Antwort auf die Türkeifrage.“ Eine Überdehnung der EU hätte laut Ferber katastrophale Auswirkungen für Europa.

Sevim Dagdelen – Die türkischstämmige Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ hat erklärt, die „brutale Polizeigewalt“ in der Türkei gegen Demonstranten und die „aktuellen Säuberungsaktionen im Polizei- und Justizapparat“ seien nicht ernsthaft von der EU verurteilt worden und „folgenlos für die Beziehungen“ geblieben. Die EU-Kommission habe die Türkei im letzten November mit der Eröffnung eines neuen Beitrittskapitels für diesen Kurs sogar noch belohnt.



José Manuel Barroso – Der EU-Kommissionspräsident erklärte nach seinem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Januar, er sei „ziemlich glücklich“, dass dieser in einer offenen Diskussion versichert habe, die Herrschaft des Rechts, die Unabhängigkeit der Justiz und, allgemein gesagt, die Gewaltenteilung voll zu respektieren.



Recep Tayyip Erdogan – Der türkische Ministerpräsident sieht hinter den Korruptionsermittlungen der Justiz eine großangelegte Verschwörung. In einer Wahlkampfrede vor 10000 Anhängern in Izmir erklärte er: „Ich möchte, dass sie unseren Menschen erzählen, wie sehr die neue und große Türkei ständigen Angriffen ausgesetzt ist. Das möchte ich betonen: Die Türkei wird im In- und Ausland in einer verräterischen Art und Weise attackiert. Unter dem Vorwand der Korruption wird versucht, die Souveränität, Wirtschaft und Außenpolitik zu sabotieren.“ Die „Angriffe“ richteten sich „gegen die ganze Nation“.

Abschied vom Rechtsstaat

Korruptionsskandale und Machtkämpfe erschüttern die Türkei

Der aktuelle schwere Korruptionsskandal, die Eingriffe in die Justiz und die politisch bedingten Massenversetzungen von Polizisten kommen einem politischen Erdbeben gleich. Mit harten Bandagen wird in der Türkei um die Macht gekämpft. Im März stehen Kommunalwahlen und im Sommer die Präsidentschaftswahl an.

Im Morgengrauen des 17. Dezember 2013 wurden bei Großrazzien der Polizei in Istanbul und Ankara über 50 Beamte, Bauunternehmer, Kommunalpolitiker und drei Ministersöhne wegen des Verdachts der Bestechung, illegaler Geschäfte und Geldwäsche festgenommen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sprach von einer „dreckigen Operation“. Zwei Tage später wurde der Polizeichef Istanbuls seines Postens enthoben. Der Wirtschaftsminister, der Innenminister und der Umweltminister – deren Söhne man verhaftet hatte – traten zurück. Erdogan bildete mit zehn neuen Ministern sein halbes Kabinett um. Auch sein Sohn Bilal wird verdächtigt, sich unrechtmäßig an Immobilien bereichert zu haben, allerdings ist er bisher nicht angeklagt.

Erdogan schlug hart gegen die Justiz zurück: Unter anderem wurden ermittelnde Staatsanwälte in die Provinz versetzt. Auch der Istanbuler Generalstaatsanwalt verlor seinen Posten. Landesweit sollen über 1700 Polizeibeamte versetzt worden sein, darunter viele hohe Polizeioffiziere.

> Erdogan nennt die Ermittlungen eine »dreckige Operation«

Hohe Wellen schlägt zudem bis jetzt der Versuch Erdogans, sich durch ein neues Justizgesetz die Judikative gefügig zu machen. In der Justiz und Polizei soll es viele Anhänger des in den USA lebenden einflussreichen islamischen Predigers Fetullah Gülen geben. Die Gülen-Bewegung und Erdogan, der einem anderen islamischen Lager entstammt, hatten lange ein Zweckbündnis. Nachdem dies vor etwa drei Jahren zerbrach, liegen die Gülenisten und Erdogans AKP-Anhänger in Fehde. Ein Casus Belli ist für die Gülen-Bewegung die Absicht Erdogans, deren Nachhilfeschulen zu schließen. Das wollen die bildungsbewussten Gülenisten keinesfalls hinnehmen, zumal sie mit dem Unterricht Geld verdienen und hier auch den Nachwuchs der Bewegung heranziehen.

Wie sich der Machtkampf weiter entwickeln wird, ist offen. Zwar ist Erdogan durch die Auseinandersetzungen geschwächt und auch die türkische Wirtschaft befindet sich auf Talfahrt. Dennoch werden in türkischen Zeitungen bereits Meinungsumfragen zitiert, wonach Erdogans AKP auch bei den Kommunalwahlen im März siegreich hervorgehen könnte. Die Regierung hat maßgeblichen Einfluss auf das Fernsehen und Presseorgane. Zahlreiche Journalisten sitzen in Haft.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) weist darauf hin, dass auf der Grundlage eines geplanten Internet-Gesetzes türkische Behörden praktisch ohne rechtsstaatliche Kontrolle beliebige Webseiten wegen kritischer Äußerungen sperren könnten.

Die zahme Kritik aus Brüssel dürfte Erdogan im Wahlkampf kaum beschweren. Dass die EU trotz der Ereignisse im Gezi-Park weiter mit ihm über den EU-Beitritt verhandelt und sogar noch eine Visafreiheit für die Türken in Aussicht stellt, kann er vielmehr als Pluspunkte anführen. Ferner kann er auf die Stimmen von Türken in Deutschland hoffen, unter denen er viele Anhänger hat. Die hiesigen Türken können erstmals auch auf Konsulaten ihre Stimmen abgeben. Ein AKP-Sprecher hat bereits verkündet, Erdogan werde im Sommer bei der Präsidentschaftswahl antreten. *Michael Leh*



Verärgert: Selbst die ältere Generation wendet sich teilweise von Erdogan ab, doch noch hat er die Mehrheit hinter sich Bild: pa

EU: Gegenüber Ankara nachsichtig

Die Türkei gehört weder geografisch, noch kulturell, noch politisch zu Europa. Sie wird auch nie die Bedingungen für eine Aufnahme in die Europäische Union erfüllen. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass die EU die auf dem Papier stehenden Bedingungen – wie so oft – schlicht nicht ernst nimmt. Die Tschechen kamen mitsamt ihrer Benesch-Dekrete in die EU, die Griechen trickreich in die Euro-Zone. Rumänien und Bulgarien erfüllen bis heute nicht „europäische Standards“ im Justizwesen. Trotzdem wurden beide Staaten ebenfalls feierlich als EU-Mitglieder begrüßt. Warum sollten das daher nicht auch die Türken schaffen, auch wenn sich die EU damit selbst zerstörte?

> Lippenbekenntnisse reichen Brüssel

Kurz bevor in Istanbul letztes Jahr die gewaltsam unterdrückten Proteste im Gezi-Park begannen, hatte Außenminister Guido Westerwelle abgehoben und ahnungslos der Türkei eine „funktionierende pluralistische Demokratie“ bescheinigt. Dem EU-Beitrittsprozess wollte er „neuen Schwung“ geben.

Der Schwung wurde im Gezi-Park jäh gestoppt. Doch die EU wartete nur kurz, um alsbald ein neues Verhandlungskapitel mit Ankara zu beginnen. Über Regionalpolitik, nicht über Grundrechte. Warum sollte ein Recep Tayyip Erdogan die EU-Vertreter besonders ernst nehmen? Nach seinen massiven Eingriffen in die Justiz, der Absetzung zahlloser gegen Korruption ermittelnder Staatsanwälte und Polizisten, wurde er in Brüssel „besorgt“ auf die Bedeutung der Gewaltenteilung hingewiesen. Das entsprechende Lippenbekenntnis fiel Erdogan nicht schwer. Gewiss respektiere er die Unabhängigkeit der Justiz, erklärte er. Diese dürfe sich nur nicht zu viel herausnehmen. *M.L.*

Türkei will Visafreiheit

Rücknahmeabkommen mit der EU über illegal Eingereiste

Im Dezember 2013 wurde von der Türkei und der Europäischen Union ein Rücknahmeabkommen bezüglich illegal über die Türkei in die EU eingereister Personen unterzeichnet. Das Abkommen benötigt noch die Zustimmung des EU-Parlaments und muss auch noch von Ankara ratifiziert werden. Laut Abkommen sind die Vertragsparteien zur Rückübernahme ihrer jeweiligen Staatsangehörigen, von Drittstaatsangehörigen ohne Aufenthaltstitel und von Staatenlosen verpflichtet.

Wie die Türkei-Expertin der CDU/CSU im EU-Parlament, Renate Sommer, mitteilt, hatte Ankara die Unterzeichnung des Abkommens, über das acht Jahre verhandelt wurde, immer wieder verzögert. Als neue Bedingung für das Abkommen hätten die Türken letztendlich durchgesetzt, dass die EU einen „Dialog über Visaerleichterungen“ zustimmte. Die Türkei wolle die Abschaffung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger, die für bis zu drei Monate in den Schengen-Raum einreisen. Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte dies noch abgelehnt, weil bei einer solchen Visafreiheit mit „erheblichen Strömen an Zuwanderern“ nach Deutschland zu rechnen sei. Sommer betont, bei dem „Visadialog“ müssten strenge Maßstäbe an die Türkei angelegt werden. Ohne vollständige Umsetzung des Rücknahmeabkommens könne es keine Visaerleichterungen geben. Die Türkei müsse auch ein Migrations- und Asylsystem nach internationalen Standards und funktionierende Strukturen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens aufbauen.

> Kein Vertrauen mehr in türkische Rechtsstaatlichkeit

Sommer äußerte sich sehr skeptisch, dass dies der Türkei gelingen wird. Die Debatte im Innenausschuss des EU-Parlaments habe gezeigt, dass es kein Vertrauen mehr in die Rechtsstaatlichkeit der Türkei gebe. Sommer: „Das Ansehen der Türkei nähert sich dem einer Bananenrepublik.“

Der sicherheitspolitische Sprecher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) im EU-Parlament, Hubert Pirker, pocht auf die Einführung des sogenannten Smart-Border-Systems vor einer Visabefreiung. Bei diesem System werden den Zeitpunkt, Ort der Einreise sowie die zulässige Aufenthaltsdauer in einer elektronischen Datenbank gespeichert.

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, habe die Türkei in den letzten Jahren die Visumpflicht für eine ganze Reihe von Ländern des Nahen und Mittleren Ostens aufgehoben und sei dadurch zur bevorzugten Route für illegale Migranten geworden, die nach Europa wollen. In den letzten zehn Jahren seien mehrere Hunderttausend Personen illegal über die Türkei nach Griechenland eingereist. Derzeit kämen auch täglich 200 Personen illegal über die grüne Grenze von der Türkei nach Bulgarien. Die meisten von ihnen wollten nach Deutschland. Die türkisch-bulgarische Grenze ist 494 Kilometer lang, die türkisch-griechische Grenze 206 Kilometer. „Die Grenze steht offen wie ein Scheunentor“, hatte die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Jahr 2012 geklagt. *M.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1102**

Rentabilität spielt keine Rolle

Prognosen darüber, wann die negativen Folgen der Energiewende bewältigt sein könnten, sind äußerst rar

Am 22. Januar hat das Bundeskabinett die Eckpunkte der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Doch während es für den verantwortlichen Minister Sigmar Gabriel (SPD) Lob und Kritik gab, stellte keiner die Frage, wie lange überhaupt noch die Erneuerbaren Energien gefördert werden sollen?

Ganze 21,8 Milliarden Euro beziehungsweise 240 Euro pro Kopf betrug die EEG-Abgabe 2013. In diesem Jahr wird sie um weitere rund zwei Milliarden Euro steigen. 6,24 Cent beträgt die Umlage, die auf jede Kilowattstunde verbrauchten Stroms entfällt, egal wie er erzeugt wurde und das bei einem durchschnittlichen Strompreis von 24 Cent je Kilowattstunde inklusive Steuern und Gebühren. Und auch wenn Wirtschaftsminister Gabriel sagt, er wolle die Subventionierung der Erneuerbaren Energien je Kilowattstunde von derzeit 17 Cent auf zwölf Cent senken, dann bedeutet das noch lange keine Strompreissenkung. Denn gleichzeitig soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien verstärkt werden auf 40 bis 45 Prozent bis 2025 und 55 bis 60 Prozent bis 2035. Immerhin soll der in großen Neuanlagen produzierte Strom Stück für Stück direkt am Strommarkt verkauft werden, statt mit garantierten Preisen jeglichem unternehmerischen Vertriebsrisiko enthoben zu sein. Doch in der Bilanz kann man sagen, dass es nur weniger Planwirtschaft für die Erneuerbare Energien geben wird.

„Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung und der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen verpflichtet ist“, heißt es gleich zu Beginn des Eckpunktepapiers, in dem auch betont wird, dass sich Deutschland auf diese Weise bis 2050 unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen mache, Klimaschutz betreibe und neue Wachstumsfelder mit erheblichen Arbeitsplatzpotenzialen schaffe. All das klingt schön, nur ist es fraglich, wie sicher der Industriestandort Deutschland, der jetzt schon mit die höchsten Strompreise weltweit hat, in Zukunft behaupten soll, wenn diese weiter explodieren.

Bereits im Jahr 2000 hatte die damals rot-grüne Bundesregierung das EEG aufgelegt, um die Erneuerbaren Energien konkurrenzfähig mit anderen Formen der Energieerzeugung zu machen. Derzeit sind aber immer noch Braun- und Steinkohle, Gas sowie Kernkraft wesentlich günstiger bei der Stromherstellung, obwohl hierfür ein zu bezahlender Rohstoff notwendig ist. Sonne und Wind gibt es hingegen kostenlos. Auch ist die Technik eines Gaskraftwerkes aufwendiger und kostspieliger als die eines Windrades.

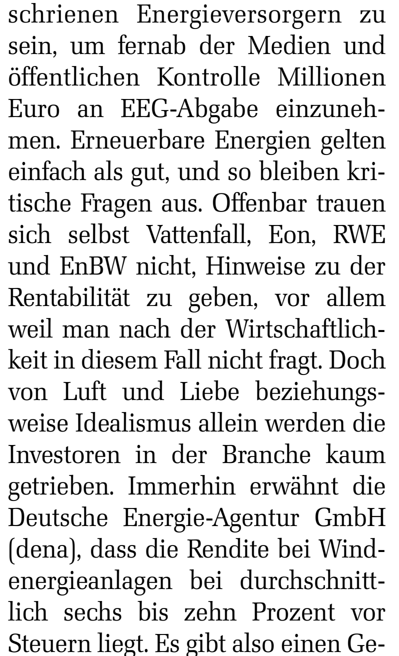
Trotzdem halten sich fast alle Verantwortlichen zurück, wenn es um eine Antwort auf die Frage geht, wann denn Erneuerbare Energien ohne Förderung rentabel am Strommarkt agieren können. Eine Anfrage der *PAZ* bei den vier großen Energieversorgern Vatten-

Erneuerbare Energien erfreuen sich einer Sonderrolle

fall, EnBW, Eon und RWE, die allesamt unter den Folgen der Energiewende leiden und sogar ihr Geschäftsmodell in Gefahr sehen, führte jedoch zu einem überraschenden Ergebnis. Anstatt Studien vorzulegen, die belegen, wie es um die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren Energien steht, verwiesen alle mit fast gleichem Wortlaut an den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. Dieser lieferte zwar zahlreiche Studien, in denen Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft und Biomasse auf ihre Stromgestehungskosten hin untersucht wurden, doch eine Prognose vom Verband, ab wann die Erneuerbaren wirtschaftlich ohne Subventionen arbeiten können, gibt es nicht. Auch eine Beispielrechnung in der steht, dass beispielsweise ein Windrad mit einer Leistung von vier Megawatt plus Installation soundsoviel Euro kostet, Betriebskosten von x Euro hat und in einer windreichen Gegend bei y Stunden Betrieb im Jahr z Kilowattstunden Strom erzeugt, war nirgends zu erhalten.

„In der Spitze werden in Norddeutschland mittlerweile 100000 Euro pro Jahr und Windrad verlangt“, wird das größte kommunale Netzwerk kommunaler Energiedienstleister Thüga in Bezug auf Pachtraten im „Handelsblatt“ zitiert. Auch dass in Bayern die Profiteure der EEG-Abgabe sitzen, erfährt man. Merkwürdigerweise sind die Produzenten von Strom aus Erneuerbaren Energien in den Medien jedoch wenig präsent, mit Ausnahme des Windkraftbetreibers Prokon, was aber auch nur möglich wurde, weil eben zu lange das Geschäftsmodell des Unternehmens nicht hinterfragt wurde.

Es scheint also offenbar zu genügen, keiner von den vier großen, als raffgierige Kapitalisten verschrienen Energieversorgern zu sein, um fernab der Medien und öffentlichen Kontrolle Millionen Euro an EEG-Abgabe einzunehmen. Erneuerbare Energien gelten einfach als gut, und so bleiben kritische Fragen aus. Offenbar trauen sich selbst Vattenfall, Eon, RWE und EnBW nicht, Hinweise zu der Rentabilität zu geben, vor allem weil man nach der Wirtschaftlichkeit in diesem Fall nicht fragt. Doch von Luft und Liebe beziehungsweise Idealismus allein werden die Investoren in der Branche kaum getrieben. Immerhin erwähnt die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), dass die Rendite bei Windenergieanlagen bei durchschnittlich sechs bis zehn Prozent vor Steuern liegt. Es gibt also einen Gewinn für die Betreiber, der aber offenbar nur dank Subventionszahlung möglich ist. Hierzu merkt der Bundesverband WindEnergie e.V. aber an, dass die Windenergie im Jahr 2014 rund 42,3 Prozent der EEG-geförderten Strommenge produzieren, aber nur 19 Prozent der Förderung erhalten wird, sprich, Windkraft – zumindest die deutschlandweit rund 24000 an Land installierten Räder – arbeiten schon jetzt vergleichsweise rentabel.





Was kostet ein Windrad? Während fast alles andere auf seine Wirtschaftlichkeit hin überprüft wird, scheint diese bei Erneuerbaren Energien keine entscheidende Rolle zu spielen Bild: action press

Doch dann brachte dieser Tage eine neue Studie des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik ein wenig Licht ins Dunkel. In 30 Jahren dürfte laut Experten der Ausbau der Erneuerbaren Energien so vollzogen sein, dass man auf fossile Rohstoffe verzichten könne. Bis dahin müssten jedoch rund 300 bis 380 Milliarden Euro investiert werden. Derzeit würden pro Jahr 83 Milliarden Euro für Gas, Öl und Kohle ausgegeben. Diese Kosten würden dann ganz wegfallen. Doch bereits in 15 bis 20 Jahren dürften die jährlichen Energiewendekosten durch Einsparungen bei fossilen Rohstoffen gedeckt werden.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Propaganda bei Frauenquote?

Hamburg – „Man kann erkennen dass es eine vorherrschende Linie bei den intellektuell tonangebenden Medien ‚Zeit‘ und ‚Spiegel‘ bis zur ARD gibt und unausgewogen berichtet wird“, beklagt Günter Buchholz, Initiator der „Frankfurter Erklärung zur Gleichstellung“ im „Spiegel“. Das Hamburger Magazin hatte den emeritierten BWL-Professor zu seinem Offenen Brief an den Deutschen Presserat befragt, in dem dieser die Berichterstattung zur Frauenquote in vielen deutschen Medien als Propaganda kritisiert hat. „Gleichstellung ist nicht Gleichberechtigung“, so der Tenor der „Frankfurter Erklärung“, die allerdings bisher erst von 1115 Personen unterzeichnet wurde, obwohl sie bereits vor einem Jahr verabschiedet wurde. *Bel*

Mord-Paragraf im Visier

Berlin – Derzeit häuft sich die Kritik am Strafgesetzbuch, genauer gesagt an den Paragrafen 211 und 212, die sich mit Tötungsdelikten befassen. Vor wenigen Tagen fragte die Linksfraktion im Bundestag nach, ob die Bundesregierung plane, die Initiative der schleswig-holsteinischen Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) aufzugreifen. Diese hatte besagte Paragrafen als NS-Paragrafen kritisiert, wurde jedoch bei der Justizministerkonferenz der Länder mit ihrem Vorschlag einer Reform abgewiesen. Als „Spitzfindigkeit“ wurde ihr Vorschlag abgetan. Ein Strafrechtler merkte im Rahmen der Debatte an, dass nur, weil ein Paragraf in der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sei, er deswegen noch lange kein „NS-Paragraf“ sei. Doch nun moniert auch der Deutsche Anwaltsverein die Paragrafen. Diese würden das Motiv und den Charakter des Täters, aber nicht die Tat in den Vordergrund stellen. *Bel*

Nackt im Netz

Trotz Sicherheitslecks setzen Behörden Vernetzung fort

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) meldete vor wenigen Tagen einen „Fall von großflächigem Identitätsdiebstahl“. 16 Millionen Benutzerkonten seien von Kriminellen ausgespäht und Passwörter geknackt worden. Das Amt richtete umgehend eine Prüfseite für Bürger ein (www.sicherheitstest.bsi.de), die jedoch rasch überlastet war und zusammenbrach, so dass das BSI selbst in die Kritik geriet.

Da selbst das auf Datensicherheit spezialisierte BSI im Rahmen des Datenklaus ungeschickt agierte, wurde in den Medien die Frage gestellt, ob die deutschen Behörden überhaupt auf die Entwicklungen der Technik eingestellt seien. Denn die Vernetzung der Bürger auch mit staatlichen Einrichtungen schreitet weiter voran und reicht von der elektronischen Steuererklärung bis zu elektronischer Eingabe bei Polizei und im Gesundheitswesen.

Einerseits wollen die Behörden für die Bürger auch digital erreichbar sein, andererseits sind sie gegenüber Angriffen von außen nicht umfassend genug gerüstet, wie gerade erst der Abhörskandal, ausgelöst vom US-Geheimdienst NSA, zeigte. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) räumte im Deutschlandfunk zum aktuellen Datenklau ein, dass es unfassbar sei, was zurzeit beim Thema Datensicherheit geschehe – Missbrauch sei schneller möglich, als der Gesetzgeber reagieren könne. In Deutschland gibt es somit bestenfalls eine Kakofonie



Bild: action press

Behörden im Internet: Geht Verfügbarkeit vor Sicherheit?

staatlicher Schutzansätze, auch wenn der elektronische Behördenverkehr jetzt in puncto Datenschutz und Sicherheit verbessert werden soll.

Als Vorreiter sieht sich Hessen, zuständig für das webbasierte Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwertransporte, kurz VEMAGS. Das Auslagern einzelner Teilaufgaben ins Ausland ist Dienstleistern hier künftig nicht mehr erlaubt. Das Risiko, dass beispielsweise Informationen über Transporte der Bundeswehr in falsche Hände geraten, werde so signifikant reduziert, so die Landesregierung. Doch was nützen nationale Schranken in einem auf internationale Datenspeicher und Verfügbarkeit angelegten Netz?

Auch Bayern sieht sich gern als Musterschüler: Der Freistaat erweitert seine in den 1990ern eingeführte Netzwerkfahndung. „So haben wir beispielsweise seit 2012 mit unseren hochspezialisierten ‚Cyber-Cops‘ die bundesweite Vorreiterrolle“, sagte jetzt Minister Joachim Herrmann (CSU). Beim Verfassungsschutz des Landes ist ein „Cyber-Allianz-Zentrum“ eingerichtet. Zugleich verantwortet Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) den Ausbau der elektronischen Staatsverwaltung inklusive „Bayern-Server“ als einheitlichem Rechenzentrum. Die Antwort des Musterschülers Bayern lautet also: mehr Fahndung und Sicherung, aber auch mehr elektronische Bündelung und Zentralisierung und damit leider auch Schaffung neuer Angriffsziele.

Die Erkenntnis, dass bestimmte sensible Bürgerdaten gar nicht ins Netz gehören, ist indes politisch immer weniger vertreten. Für die Behörden gilt somit: Verfügbarkeit ist Trumpf, nicht Sicherheit. *SV*

MELDUNGEN

Indonesien droht Australien

Jakarta – Die Kampfflugzeuge stünden bereit und könnten Australien innerhalb von einer Stunde erreichen, so der Sprecher der indonesischen Luftwaffe in Richtung der australischen Regierung. Anlass für die Drohung ist der Umstand, dass australische Kriegsschiffe in den letzten Wochen vermehrt die Seegrenze zwischen beiden Ländern verletzt haben. Dies geschah jedoch mit Ankündigung, da Canberra zuvor mitgeteilt hatte, keine Bootsflüchtlinge, die über indonesische Häfen versuchen, Australien zu erreichen, Aufnahme zu gewähren. Die Rückführung von Asylsuchenden aus dem Irak und Afghanistan missfällt Jakarta, da Indonesien die Menschen auch nicht aufnehmen will. *Bel*

Nato: Nicht lieb, aber teuer

Brüssel – Die Kostensteigerungen beim Neubau des Nato-Hauptquartiers in Brüssel sorgen für Missstimmung. So vermeldete der britische „Telegraph“, die britischen Steuerzahler, die 15 Prozent der Kosten zu tragen haben, müssten mit einem um mindestens 25 Prozent steigenden Betrag rechnen. Dies sei in Zeiten, in denen das eigene Verteidigungsbudget immer wieder gekürzt werde, eigentlich nicht hinnehmbar. Bereits Ende 2013 hatte sich abgezeichnet, dass der zuständige Bauträger mit den veranschlagten 460 Millionen Euro nicht auskommen werde. So hatte er weitere 245 Millionen Euro gefordert. Um einen Baustopp zu verhindern, wurden noch im Dezember 20 Millionen Euro gewährt, über weitere Forderungen wird nun nachverhandelt, obwohl es von Beginn an absehbar war, dass der Baukostenvoranschlag des Bauträgers nicht realistisch sein konnte, denn er lag 210 Millionen Euro unter den eigenen Schätzungen der Nato. *Bel*

Athen vor dem politischen Erdbeben?

Griechische Regierung hat noch ein Jahr, um die Partei Syriza zu entzaubern, sonst droht die eigene Entmachtung

Ein kleines Detail im griechischen Parlamentsrecht könnte in den kommenden Monaten noch drastische Auswirkungen auf ganz Europa haben. Gelingt der radikalen Syriza-Partei unter dem Links-populisten Alexis Tsipras die Machtergreifung in Athen, dann könnte die bisherige Euro-Rettungspolitik wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

Das Ende der Amtszeit von Griechenlands Staatspräsidenten Karolos Papoulias im März 2015 möchte die Syriza, die größte Oppositionspartei Griechenlands, als Hebel nutzen, um endlich an die Macht zu kommen. Der Plan sieht wie folgt aus: Bei der notwendigen Wahl eines neuen Staatsoberhauptes muss ein Kandidat drei Fünftel der Abgeordnetenstimmen auf sich vereinen. Kommt diese Anzahl nicht zustande, sind per Gesetz die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen vorgeschrieben. Mit der Ankündigung von Syriza-Parteichef Alexis Tsipras, seine Partei würde nicht einmal einen Kandidaten für das höchste Staatsamt unterstützen, wenn dieser aus dem linken Lager käme, ist das Szenario Neuwahlen inzwischen sehr wahrscheinlich geworden. Die amtierende Koalitionsregierung aus Nea Demokratia, Pasok und Dimar kann sich im Parlament nämlich nur noch auf eine hauchdünne Mehrheit von vier Stimmen stützen. Um die erforderlichen drei Fünftel zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes zusammenzubekommen, sind die Stimmen der linksradikalen Syriza notwendig.

Tsipras' Kalkül, so durch die Hintertür Neuwahlen zu erzwingen, ist keineswegs ein Vabanque-Spiel. Bei Umfragen schneidet Syriza bisher regelmäßig als Sieger ab und liegt deutlich vor der Nea Demokratia von Premier Antonis Samaras. Dessen Koalitionspartner, die einst mächtige Pasok, ist inzwischen sogar so weit in der Krise, dass sie in Umfragen locker von den Wirrköpfen der Goldenen Morgenröte überrundet wird.

Die Aussicht, dass in Athen künftig Tsipras und seine Syriza-Genossen an den Hebeln der Macht sitzen, dürfte in Brüssel und einigen anderen Hauptstädten für Alarmstimmung sorgen. Tsipras ist ein begnadeter Linkspopulist, der immer wieder mit drastischen Forderungen überrascht. Das Kartenhaus Euro-Rettung endgültig zu Fall bringen könnte etwa seine Drohung, nach einer Machtübernahme sämtliche griechische Zahlungen an die EZB einzustellen. Und Deutschland sollte darauf gefasst sein, dass Tsipras mit konkreten Reparationsforderungen für Furore sorgt.

Offen bleibt einstweilen, welchen Trumpf die politische Elite Griechenlands aus dem Hut zaubern will, um die Machtübernahme durch Syrizas – einem Konglomerat von Kommunisten, Trotzkisten, Anarchisten und radikalen Ökologen – noch zu verhindern. Wie das Warten auf ein

Rätsel gibt die Flucht eines verurteilten Linksterroristen auf

Wunder wirkt die Ankündigung von Staatspräsident Papoulias, er werde seine Amtszeit so lange wie möglich ausschöpfen. Regelrecht in die Falle geraten ist Ministerpräsident Samaras. Nachdem der Premier sich zunächst in Schweigen gehüllt hatte, scheint er nun die Flucht nach vorn antreten zu wollen. Laut der Zeitung „Kathimerini“ strebt Samaras inzwischen selbst vorzeitige Neuwahlen an. Unklar ist, worauf er seine Hoffnungen auf Machterhalt stützt.

Dass ein wirtschaftlicher Aufschwung der Regierung noch kurzfristig Rückenwind gibt, dürfte reines Wunschdenken sein. Zwar gilt offiziell die Parole, Griechenland werde schon 2014 einen Primärüberschuss im Staatshaushalt erzielen und bis zum Ende des Jahres sogar an die Kapitalmärkte zurückkehren. Die Realität sieht indessen anders aus. Die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordniveau, täglich bleiben Stromrechnungen von vier Millionen Euro unbezahlt, dem herbeigerechneten Primärüberschuss zum Trotz wächst Griechenlands Schuldenberg weiter an. Angesichts dieser Lage gibt es inzwischen Befürchtungen, dass man in Athen auch nicht vor „unkonventionellen“ Mitteln zurückschrecken werde, um Syriza noch von der Macht fernzuhalten.

Anlass für die Vermutung gibt der Umstand, dass einem äußerst gewaltbereiten Linksterroristen der Gruppe „17. November“ unter sehr dubiosen Umständen die Flucht aus der Haft gelungen ist. Zu mehrmals lebenslänglicher Haft verurteilt, war dem mehrfachen Mörder Freigang gewährt worden. Wenig überraschend nutzte der Terrorist das wundersame Angebot zum Ausgang, um abzutauchen. Inzwischen liegen von ihm erste Drohungen vor, griechische Politiker umzubringen. Der inhaftierte Anführer der Gruppe „17. November“ hat inzwischen die Vermutung geäußert, beim Abtauchen sei ganz bewusst nachgeholfen worden. Mit dieser Vermutung steht er in Griechenland keineswegs allein da. Kommt es in Griechenland zu einem massiven Wiederaufleben des Linksterrorismus dürfte zumindest ein Teil der Wählerschaft ihr Kreuz nicht bei der linksradikalen Syriza machen, sondern lieber für mehr „Sicherheit“ stimmen.

Für Schlagzeilen ganz anderer Art sorgt in Griechenland inzwischen der Großspekulant George Soros. Mit der Gründung von „Solidaritätszentren“ für Bedürftige und Spenden für die Heizung von Schulen untermauert der milliardenschwere Soros einmal mehr seine Selbstinszenierung als wohltätiger Menschenfreund. Derartige Öffentlichkeitsarbeit fällt durchaus auf fruchtbaren Boden. Allzu oft gerät in Vergessenheit, dass Soros mit seinen Währungsspekulationen – etwa während der Asien-Krise Ende der 90er Jahre – selbst genug Armut und Elend mitzuverantworten hat. *N. Hanert*



Kommt nicht nur bei den Griechinnen gut an: Der smarte Alexis Tsipras steht in Umfragen gut da Bild: pa

Radikale Mönche

Buddhisten attackieren Christen und Moslems

Nach dem Kampf gegen die aufständischen Tamil Tigers vom Volksstamm der Tamilen droht Sri Lanka erneut ein blutiger Bürgerkrieg. Es sind ausgerechnet Mönche des im Westen als Friedensreligion gefeierten Buddhismus, die nach Birma nun auch in Sri Lanka für Unruhe unter den anderen Religionen des Landes sorgen. Sie und ihre singhalesischen Anhänger attackieren christliche Kirchen und Gläubige sowie Dutzende von Moscheen. Die christliche Organisation Open Doors spricht bereits davon, dass Sri Lanka wieder in den Weltverfolgungsindex aufgenommen werden müsse. Rund zehn Kirchen sollen geschlossen worden sein. Seit 1. Januar gab es bereits 30 Übergriffe vor allem im Süden des Landes. Zudem werden Geschäfte von Nicht-Buddhisten und der Verkauf von Halal-Lebensmitteln sowie entsprechende Fleischereien boykottiert. Die Polizei zeigt sich gegenüber dem Mob hilflos.

„Die Welt ist nicht nur für Muslime“, skandieren die Mönche und rekrutieren begeisterte Nationalisten der singhalesischen Mehrheit für ihren gewalttätigen Kampf. Immerhin hängen zehn Prozent der 20 Millionen Einwohner dem islamischen Glauben an. Der Anführer der Protestbewegung „Bodu Bala Sena“, Galagoda Atte Gnanasara, wirbt mit dem Slogan „Dies ist eine buddhistische Nation“ und macht Andersgläubigen das Leben schwer. Hauptargument ist der Vergleich mit Malaysia, den Malediven und Bangladesch, die jetzt muslimische Länder seien. Sri Lanka müsse sein kulturelles Erbe bewahren, denn ihm drohe dasselbe Schicksal. Muslime würden regionale Gruppen bilden, Kinder zum islamischen Glauben bekehren und buddhistische Frauen heiraten. Amnesty International spricht bereits davon, dass die Regierung in der Hauptstadt Colombo die Unruhen und Gesetzlosigkeiten der radikalisierten Mönche toleriere und nichts dagegen unternehme.

Verhältnisse wie auf Malediven gefürchtet

Es scheint eine Tendenz zu sein. In ganz Südostasien werden religiöse Minderheiten, die oft auch ethnische Gruppen sind, zu Zielscheiben radikalisierter Majoritäten. Buddhisten gegen Moslems, Muslime gegen Christen, Hindus gegen Buddhisten. Hassprediger schüren den Volkszorn. Und die meisten Regierungen sehen tatenlos zu. *Joachim Feyerabend*

Polygame Seifenoper

Erfolgreiche Doku kippt indirekt Gesetz: Inoffizielle Vielehe nun auch in Utah erlaubt

Ist Vielehe (Polygamie) in den USA erlaubt? Eine provokante Frage. Die Antwort ist nein. Eine Familie mit mehr als einer Ehefrau wurde 1862 in allen Staaten als ungesetzlich erklärt, wie es auch in Europa und dem größten Teil der Welt der Fall ist. Doch so einfach ist die Sache nicht, denn Polygamie wird in einer Grauzone des Gesetzes heimlich praktiziert, vor allem in Utah, wo die Hälfte der 2,5 Millionen Einwohner Mormonen sind. In den USA insgesamt sind es nur zwei Prozent.

Obwohl die offizielle mormonische Kirche, die „Kirche Jesu Christi. Der Heiligen der letzten Tage“, die Praxis selbst seit 1890 gezwungenermaßen verdammt hat (einst Bedingung für die Anerkennung von Utah als Bundesstaat) und Gläubige, die sie praktizieren, ex-kommuniziert werden, existiert Polygamie weiterhin in Splittergruppen fundamentaler Mormonen. Dabei sind die Gesetze in Utah besonders streng. Hier verbietet nämlich bereits das Gesetz das Zusammenleben eines Mannes mit mehreren Frauen. Die Fundamentalisten haben sich wegen der Verdammung von der Hauptkirche getrennt und versuchen seit Langem, ihre spezielle Familienform per Gesetz zu legalisieren. Dies ist ihnen jetzt gelungen.

2011 strahlte der Kabelkanal TLC die Doku-Serie „Sister Wives“ („Schwester-Frauen“) aus, die das Leben des Kody Brown mit seinen vier Frauen zeigte, mit denen er zusammen 17 Kinder hat. Die Serie wurde ein Erfolg, läuft bereits in der vierten Staffel und hat rund 2,5 Millionen Zuschauer. Doch bereits kurz nach dem Serienstart schritten Staatsanwälte von Utah ein und behaupteten, die Familie würde allabendlich über das Fernsehen kriminelle Akte begehen. Zwei Jahre lang versuchten sie, Beispiele dafür zu finden. Ohne Erfolg. Doch musste Kody Brown, so wie andere Polygamisten vor ihm, jederzeit befürchten, verhaftet und mit Gefängnis wie Auflösung seiner Familie bestraft zu werden. So zog er mit seinen „Sister Wives“ und den Kindern nach Las Vegas und reichte eine Klage gegen den Staat Utah ein.

Serienstar Kody Brown hat vier Frauen und 17 Kinder

Im Dezember konnten die Browns ihren Sieg feiern. Der US-Bezirks-Richter Clark Waddoups legalisierte das Zusammenleben mit mehreren Frauen. Offiziell ist Kody Brown behördlich sowieso nur mit seiner ersten Frau Meri verheiratet, mit den drei anderen wurde er kirchlich getraut. Der Richter begründete, dass ein pures eheähnliches Zusammenleben unter einem Dach Privatsache sei und unter die in der Verfassung verankerte persönliche sowie Religionsfreiheit falle. Eine polygame Familie ist danach so lange frei, wie sie ohne kriminelle Aktivitäten lebt. Solche hatte es in der Vergangenheit auch gegeben, als Gesetzeshüter gegen fundamentale Mormonen-Clans einschritten, welche Frauen unterdrückten, minderjährige Mädchen in Ehen mit alten Männern zwangen und Jungen als Konkurrenz ausstießen.

Der Washingtoner Anwalt Jonathan Turley, der die Brown-Familie vertritt, nannte das Urteil einen Meilenstein: „Das Wichtige an dieser Entscheidung ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Staates (Utah) eine plurale Familie in der Öffentlichkeit so sein kann wie im Privaten. Das Gesetz zwang diese Familien, eine Lüge zu leben ..., um Nachforschung und Verfolgung zu entgehen.“

Interessant ist, ob sich nach der breit geführten Debatte die Akzeptanz der Vielehe in den USA verändert. Denn das Verbot der Polygamie gilt nicht nur für Mormonen, sondern theoretisch für jedermann. Vor allem auch für die Moslems, denen der Prophet Mohammed vier Frauen zugedacht hat. Was die meisten islamischen Länder heutzutage nicht gehindert hat, Polygamie ebenfalls offiziell zu verbieten. Nur in weiten Gebieten, vor allem in Afrika und Asien, in denen die Gesellschaft nach Stammesriten lebt, haben Männer noch mehr Frauen, die gar als Statussymbol gelten. In den USA wohnen nach Schätzungen rund 50000 bis 100000 muslimische Familien, die in Polygamie leben. Ihre Lebensform wurde bisher von der Masse der US-Bürger abgelehnt. Auch befanden sie sich in einer Grauzone zwischen geheimer Duldung und möglicher Verfolgung. Sie können jetzt aufatmen.

„Amerikaner haben einen Doppelstandard, wenn es zu unkonventionellem Zusammenleben kommt“, sagt Mark Henkel, der sich „Nationaler Polygamie-Advokat“ nennt: „Auf der einen Seite gibt es diese TV Show mit Hugh Hefner und seinem Leben mit drei jungen Mädchen. Jedermann liebt die Show, denn es ist Hollywood. Doch wenn er mit allen verheiratet wäre, wäre er ein Krimineller.“ Dasselbe kann man von Kody Brown und seinen „Sister Wives“ nicht mehr sagen. Die Lebensform der Browns wurde offiziell entkriminalisiert. *Liselotte Millauer*

Kurzsichtige Manipulation

Banken zerstören das ohnehin schon geringe Vertrauen in ihre Branche weiter

Elke König, Chefin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), nach zu urteilen, kann sich die Öffentlichkeit in Sachen Bankenskandale noch auf einiges gefasst machen. Die Manipulation an Devisen- und Edelmetallmärkten sei schlimmer als beim Libor-Skandal, so die Warnung, die unlängst von Deutschlands oberster Bankenaufseherin zu hören war.

In der Ankündigung steckt Brisanz. Schon was rund um die „London Interbank Offered Rate“, den sogenannten Libor, an Betrug und krimineller Energie nachgewiesen wurde, wäre noch vor einigen Jahren als wirre Verschwörungstheorie abgetan worden. Mittlerweile ist allerdings juristisch nachgewiesen, dass sich Händler internationaler Großbanken vor der Ermittlung des Libor, einem weltweit wichtigen Referenzzinssatz für das Geschäft zwischen Banken, so abgesprochen hatten, dass Zusatzprofite in Milliardenhöhe angefallen sind. Mit der Manipulation des Libors hatte man sich in den Banketagen ein extrem lukratives Zusatzgeschäft ausgeguckt. Der Libor regelt weltweite Geld-Transaktionen in einem Umfang von etwa 500 Billionen US-Dollar.

So wie es nun aussieht, war der Libor-Betrug allerdings nur ein kleiner Vorgeschmack auf weitere kriminelle Bankaktivitäten. Die deutsche Bafin sowie Behörden in den USA, Großbritannien und der Schweiz untersuchen derzeit, ob Händler von Großbanken auch im Devisenhandel illegale Absprachen getroffen haben. Bestätigt sich der Verdacht, dann droht den beteiligten Banken – wie beim Libor – nochmals die Verhängung von Milliardenstrafen. Unter Manipulationsverdacht stehen bei den Ermittlern inzwischen ebenso die Edelmetallmärkte.

In Deutschland wird derzeit ein besonders dubioses Geschäftsmodell unter die Lupe genommen. Über Jahre hinweg haben es einige Banken fertiggebracht, sich mehr Steuern erstatten zu lassen, als sie zuvor überhaupt an die Finanzämter gezahlt haben. Unter Nutzung eines gesetzlichen Schlupfloches wurden mit Aktien-Leerverkäufen und andere Transaktionen kurz vor und nach der Auszahlung von Dividenden (Cum-Ex-Geschäfte) auf geschickte Art Steuererstattungen zusammen konstruiert. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums berichtet, könnte der Gesamtschaden jährlich im Milliardenbereich liegen.

Bafin-Präsidentin Elke König bescheinigt angesichts der Vielzahl von Skandalen der Branche nicht weniger als geschäftspolitische Kurzsichtigkeit. Die Vorwürfe um die Manipulation von Referenzzinsen, Edelmetallen und Devisenkursen hätten „eine Branche in Verruf gebracht, deren Ansehen ohnehin lädiert war, die aber wie keine andere darauf angewiesen ist, dass man ihr vertraut“.



Hier glänzt inzwischen nichts mehr: Deutsche Bankenmetropole Frankfurt am Main *Bild: action press*

Selbst die Deutsche Bank ist schwer angeschlagen

Insbesondere für Europas Banken geht es noch um weit mehr als nur um verspieltes Vertrauen. Eine Reihe von Geldhäusern könnte sich schon bald in der Situation wiederfinden, dass sie erneut beim Steuerzahler um Milliardenhilfen bitten müssen. Ausgerechnet der Plan, Europas Banken krisenfester zu machen, könnte sich zu einem Katalysator für die nächste Banken-Krise erweisen. Zur Vorbereitung der EU-Bankenaufsicht sollen bis November von der EZB die Bilanzen von 130 europäischen Banken geprüft werden. Nicht nur der Ex-Bundesbanker Axel Weber befürchtet, dass die anstehenden Bilanzprüfungen der Anstoß für eine verhängnisvolle Entwicklung sein können. Am Markt könnten „Spieler gegen die möglichen Verlierer der Bilanzprüfungsübung wetten und sie abstoßen ... Das könnte tatsächlich zu neuen Schieflagen führen ... Und es werden wieder die Staaten sein, die den Banken frisches Kapital geben müssten“, so Weber.

Einen Vorgeschmack, mit welchen Hiobsbotschaften in den nächsten Monaten zu rechnen ist, lieferte vor Kurzem die Deutsche Bank. Statt den bisher offiziell bekannten 9,3 Milliarden Euro an Problemkrediten meldete Deutschlands größte Bank plötzlich 19,7 Milliarden Euro bei der Europäischen Bankenaufsicht. Damit haben sich die offiziell eingestandenen „faulen Kredite“ auf einen Schlag mehr als verdoppelt. Die Deutsche Bank begründet dies mit unterschiedlichen Bewertungsmethoden, was jedoch offen lässt, in welcher Höhe Risiken nun wirklich bestehen.

Auch der jüngst gemeldete Verlust der Deutschen Bank von gut 1,2 Milliarden Euro für das letzte Quartal 2013 bei einem Gesamtgewinn für das Jahr in Höhe von 1,1 Milliarden Euro ist eine nähere Betrachtung wert. An sich hat die Bank gut verdient, allerdings sind horrende Gerichtskosten von 623 Millionen Euro angefallen. Dazu kamen Strafzahlung in den USA von 1,4 Milliarden Euro, 723 Millionen Euro Strafe verhängte die EU-Kommission wegen der Verwicklung in den Libor-Skandal. Unterm Strich haben die Gewinne kaum ausgereicht, um Gerichtskosten und verhängte Strafzahlungen abzudecken.

Tatsächlich könnten sich Deutschlands Banken im Rahmen des neuerlichen Stresstest noch nicht einmal als der größte Problemfall in der Euro-Zone entpuppen. Nach Berechnungen, die an der Berliner „European School of Management and Technology“ angestellt wurden, fehlen Europas Banken insgesamt 767 Milliarden Euro. Allein auf Frankreichs Banken entfallen dabei 285 Milliarden Euro. Für Deutschland wird – insbesondere bei den Landesbanken – mit einem Bedarf von insgesamt 199 Milliarden Euro gerechnet. Extrem kritisch könnte die Lage für Banken in Belgien, Zypern und Griechenland werden, da der Finanzbedarf der Banken dort auf leere Staatskassen stößt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Fusion der roten Zahlen

Hamburg – Während die meisten Medien bereits verkünden, dass Hapag-Lloyd durch die geplante Fusion mit der chilenischen Container-Reederei CSAV vom fünftgrößten zum viertgrößten Anbieter in der Branche werde, hegt man in der Stadt Hamburg noch Bedenken. Hamburg gehören 36,9 Prozent des angeschlagenen Hapag-Lloyd, mit einer Fusion würde eine Kapitalerhöhung notwendig, die Hamburg 40 Millionen Euro kosten würde. Zudem schrieb nicht nur die deutsche Reederei in den letzten Jahren rote Zahlen. Auch CSAV ist angeschlagen. *Bel*

Indirekt an die Mafia gezahlt?

Brüssel – 350 Millionen Euro soll die Europäische Investitionsbank 2013 an ein italienisches Straßenbauprojekt als Kredit vergeben haben, bei dem der italienische Rechnungshof bereits 2011 Alarm geschlagen hatte. Subunternehmer sollen Gelder veruntreut und an die Mafia weitergeleitet haben. Ermittlungen laufen bereits. *Bel*

Kälteschutzmittel: Streit eskaliert

Brüssel – Die EU-Kommission will ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleiten, weil es Daimler nicht an der Verwendung eines verbotenen Kühlmittels hindert. Der Stuttgarter Autobauer gab 2012 bekannt, das einzige von der EU zugelassene Kältemittel R1234yf nicht weiter zu verwenden, weil es sich im heißen Motorraum entzünden und Flusssäure bilden kann. Für eine Übergangszeit soll das Mittel R134a eingesetzt werden, das aber die strengen Klimaschutzauflagen nicht erfüllt. Die Deutsche Umwelthilfe bestätigte indes im Januar 2014 die Gefährlichkeit des von der EU bevorzugten Kältemittels. *U.B.*

Kollaps durch offene Grenzen

Junge Bürger verlassen Rumänien und Bulgarien – Alte bleiben zurück

Beim Thema EU-Freizügigkeit werden fast nur die Auswirkungen auf die Zuwanderungsländer diskutiert. Ebenso angebracht ist es allerdings, einen Blick auf die Länder zu werfen, die Ursprung der Massenzuwanderung sind. Was Staaten wie Griechenland durch den Weggang qualifizierter Arbeitskräfte künftig droht, wird am Beispiel Bulgariens und Rumäniens deutlich.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich vor allem Spanien und Italien zum Ziel vieler Rumänen entwickelt. In weniger als 25 Jahren sind knapp eine Million von ihnen in beide Länder eingewandert. Eine weitere Million Rumänen ist in Richtung USA oder Kanada aufgebrochen. Zusammen mit der niedrigen Geburtenrate ist das Resultat der Massenabwanderung, dass Rumänien heute weniger als 20 Millionen Einwohner zählt. Damit ist die Bevölkerungszahl auf den Stand des Jahres 1968 abgesunken. Sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien bringt die Massenabwanderung das Sozial- und Wirtschaftsgefüge immer näher an den Rand des Zusammenbruchs. Schon heute hat ein rumänischer Arbeitnehmer im Schnitt für 1,2 Rentenempfänger aufzukommen. Das funktioniert bisher, weil die Renten relativ niedrig sind. Hält die Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung allerdings an, wird die Last für die Verbleibenden kaum noch zu stemmen sein.

Die Folgen sind aber nicht nur für das Rentensystem gravierend.

EU-Recht verschärft demografische Zeitbombe

Vor allem der Weggang von Akademikern entwickelt sich zum Hemmnis bei dem Versuch, wirtschaftlich aufzuholen. Rückwirkungen gibt es auch auf das Gesundheitssystem und das soziale Gefüge. Mittlerweile verlassen mehr Ärzte Rumänien, als jährlich Jungmediziner von den Universitäten ausgebildet werden. Im Land zurückgeblieben sind dafür etwa 350 000 rumänische Kinder, deren Eltern im EU-Ausland arbeiten und dort Kindergeld erhalten. Für das Phänomen wurde in der rumänische Sprache inzwischen ein eigener Begriff geprägt: Euro-Waisen.

Dass diese gesamte Problematik auf EU-Gipfeln wie auch in der öffentlichen politischen Diskussion hierzulande keine Rolle spielt, ist kaum verwunderlich. Infrage gestellt werden Dinge, die als Errungenschaften bejubelt werden: die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und die EU-Erweiterungspolitik. Stehen Länder wie Rumänien eines Tages mit dem Rücken zur Wand, weil sie ihre Renten- und Sozialsysteme nicht mehr selbst finanzieren können, dann ist zu befürchten, dass Brüssel nicht etwa Fehler eingesteht, sondern mit der nächste Forderung aufwartet: Mit dem Ruf nach Europäisierung – also Vergemeinschaftung – der Sozialsysteme. Als Argument könnte angeführt werden, dass Länder wie Deutschland vom Zustrom der Arbeitskräfte profitiert hätten und nun für die negativen Folgen in den Herkunftsländern aufkommen müssten.

Mit Skepsis zu sehen ist zudem, wie Rumänien dem Bevölkerungsschwund beikommen will. Bukarest plant, bis zu 800 000 rumänisch-stämmige Moldauer einzubürgern. Zu befürchten ist, dass diese Rumänien nur als Zwischenstation ansehen und in andere EU-Länder weiterziehen. *N.H.*

Immer neue Verdachte

Deutsches Gold: Bundesbank sät mit Ausreden weitere Gerüchte

Es sollte der Versuch sein, abermaligen Spekulationen über das in New York gelagerte Gold der Deutschen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Als die deutsche Zentralbank bekanntgab, dass die fünf Tonnen des Metalls, die 2013 nach Frankfurt verbracht worden waren, zum Teil aus brandneuen Barren bestanden, regte sich sofort der Verdacht, dass die alten Bundesbankbarren aus New York eben doch verschwunden seien, weshalb die Amerikaner nun neue Barren liefern müssten.

Den Verdacht wies die Bundesbank zurück: Die Umschmelzung sei erst in Deutschland erfolgt, weil die in New York gelagerten Stücke nicht dem Format „London Good Delivery“ entsprächen, das in Frankfurt üblich sei.

Nur das Format? Das Finanz-Portal „zerohedge“ berichtet über einen Brief der Bank von England vom Mai 1968, in welchem die Briten die Qualität (Gewicht, Reinheit) von gelieferten US-Barren kritisieren. Die Briten seien damit beruhigt worden, dass die Barren für die Bundesbank bestimmt seien und so britische Interessen nicht berührten, worüber gegenüber den Deutschen aber bitte Stillschweigen zu bewahren sei, so „zerohedge“. Diese Veröffentlichung ließ umgehend das Gerücht keimen: Misstrauen die deutschen Zentralbanker ihren US-Partnern doch, obwohl sie stets ihr Zutrauen zur US-Notenbank beteuern? Beschwichtigungsversuche von Bundesbankchef Jens Weidmann hinsichtlich der Existenz und Sicherheit des deutschen Goldes züchten offenbar immer nur neuen Verdacht.

Warum kann London problemlos liefern und New York nicht?

Doch der Verdacht hat gute Gründe: Warum, wenn es nichts zu verbergen gibt, weigern sich die Amerikaner weiterhin so verbissen, deutsche Kontrolleure zur „physischen Inaugenscheinnahme“ der deutschen Barren in ihre Tresore zu lassen? Und warum wird der Transport derart in die Länge gezogen? Deutschland besitzt offiziell 3396 Tonnen Gold, wovon Anfang 2013 in New York 1536 Tonnen (oder 45 Prozent) lagerten. Weitere 13 Prozent in London, elf Prozent in Paris und 31 Prozent in Frankfurt.

300 Tonnen sollen bis 2020 aus New York und alle 374 Tonnen aus Paris heimgeholt werden. Von den 37 Tonnen, die 2013 in der ersten Tranche ankamen, stammten indes nur fünf aus den USA. Die Begründung für die geringe Menge wirkt fadenscheinig: Einerseits habe man (noch) nicht über ausreichende Kapazitäten zum Umschmelzen verfügt. Andererseits sei der Transport aus Sicherheitsgründen kompliziert.

Merkwürdig nur, dass es der Bundesbank gelungen ist, 2000 und 2001 satte 940 Tonnen Gold in kürzester Zeit aus London nach Frankfurt zu holen. In der britischen Hauptstadt schrumpfte das deutsche Golddepot damit von 1440 auf 500 Tonnen. Die Diskrepanz nährt abermals den Verdacht, dass Frankfurt aus Rücksicht auf massive amerikanische Lieferprobleme derart kleine Mengen akzeptiert. Lieferprobleme hieße: Das deutsche Gold ist nicht mehr dort (verliehen, verkauft) und muss daher erst unauffällig am Weltmarkt zusammengekauft werden. *Hans Heckel*

Banken-Geiseln

Von Harald Tews

Überall wird Transparenz gefordert. Teilweise sogar mit Erfolg: Bundestagsabgeordnete legen ihre Nebeneinkünfte offen, Lobbyisten ihre Verquickungen mit der Politik und die NSA ihre Spionageprogramme – na ja, schön wäre es jedenfalls.

Ebenso abgeschottet wie die Spionagezentralen gibt sich die Schufa. Am Dienstag scheiterte vor dem Bundesgerichtshof die Klage einer Frau aus Hessen, die von der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung wissen wollte, weshalb sie nicht vollständig kreditwürdig war. Eine Bank hatte ihr einen Kredit für einen Autokauf verweigert, nachdem diese die Schufa-Daten der Frau abgefragt hatte.

Die Richter entschieden nun: Nein, die Schufa muss nicht das „Scoring“ genannte Bewertungssystem offenlegen. Es bleibt also Betriebsgeheimnis, nach welchen Kriterien uns die Schufa einstuft und bewertet. Sicher ist: Es reicht schon aus, in einem Problemviertel zu wohnen, um Abzüge bei der Kreditwürdigkeit zu erhalten. Für die Schufa und die Banken sind wir transparent. Umgekehrt gilt das nicht. Diese Macht weiß die Finanzindustrie zuungunsten der Verbraucher genüsslich ausnutzen. Denn wir sind Geiseln ihres Wohlwollens.

Mit gehangen

Von Rebecca Bellano

Soll es einen freuen oder ängstigen, wenn nun auch die Deutsche Bundesbank vorschlägt, dass zur Verhinderung einer Staatspleite nicht zuerst die Solidarität anderer Staaten greifen muss, sondern zuerst der reiche Bürger in Form einer Vermögensabgabe aushelfen muss? Da derzeit eine Pleite Griechenlands wahrscheinlicher ist als eine Insolvenz Deutschlands, überwiegt die Freude, zumal das Land noch genügend reiche Reeder haben soll, die bisher keinen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet haben, dafür aber bis heute noch zahlreiche ihrer Privilegien bewahren konnten. Allerdings befindet sich Athen längst im Rettungs-Programm und baut so schon auf die Solidarität anderer Euro-Länder.

Also dürfte es eher zukünftig drohende Staatspleiten betreffen. Wer da glaubt, Deutschland sei vor so etwas gefeit, der sollte sich daran erinnern, dass Berlin stets bereit ist, andere zu retten, obwohl Deutschland genügend eigene Probleme hat und selbst auf einem Schuldenberg sitzt, der offiziell 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beträgt. Irgendwann kann der Punkt kommen, an dem es hier düster aussieht. Und wer dann als reich gilt und zahlen muss, wird sich zeigen.

Doch völlig unabhängig davon, ob es einen persönlich treffen kann: Der Trend, Verantwortung auf andere zu übertragen, ist bedenklich. Im Grunde ist es nachvollziehbar, dass der Steuerzahler die Schulden des Staates übernimmt, da er die staatlichen Entscheidungsträger in der Mehrheit gewählt hat. Deutschlands Schulden werden derzeit zum Teil noch ungeborenen Menschen aufgebürdet. Derartiges ist unverantwortlich.

Schindluderei

Von Jan Heitmann

Dass sich der Staat während der nationalsozialistischen Herrschaft am Vermögen der Verfolgten und Entrechteten bereichert sowie die Sammlungen und Museen in den besetzten Ländern geplündert hat, gehört zu dem Teil des NS-Unrechts, der sich wenigstens materiell durch Restitution oder Entschädigung wiedergutmachen lässt. Es ist daher nicht nur ein rechtliches Gebot, sondern auch eine moralische Pflicht, dass nachweislich widerrechtlich oder unter Anwendung von Druck entzogenes Gut den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben oder eine finanzielle Gegenleistung gezahlt wird.

Aber nicht jeder Erwerb, der damals getätigt wurde, geschah im Rahmen der „Arisierung“ oder ist dem Komplex der „Raubkunst“ zuzurechnen. Deshalb ist es richtig, dass die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) jedes an sie herangetragene Restitutionsbegehren gewissenhaft prüft. Bisher hat sie sich stets entgegenkommend gezeigt. In Sachen Welfenschatz hingegen weigert sie sich beharrlich, etwas davon zurückzugeben.

Zu Recht, denn die Erben von dessen jüdischen Verkäufern glauben offenbar, mit fadenscheinigen Argumenten an ein Millionenvermögen kommen zu können. Dazu mag sie die Tatsache ermutigt haben, dass öffentliche Sammlungen in Deutschland sich seit einigen Jahren bisweilen verpflichtet zu fühlen scheinen, Restitutionsforderungen allzu eilfertig nachzukommen. Wären sie wirklich davon überzeugt, einen Anspruch auf die Kunstschätze zu haben, hätten sie ihn wohl schon wesentlich früher geltend gemacht.

Auch ein Privatsammler weigert sich, nur ein einziges Objekt herauszurücken: Der kürzlich entmündigte Cornelius Gurlitt, dessen Sammlung vor zwei Jahren grundlos beschlagnahmt wurde, denn gegen ihn wurde nicht etwa wegen Hehlerei, sondern wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt. Und sein Vater, der die Sammlung im Laufe von Jahrzehnten aufgebaut hat, war kein Kunsträuber, sondern Kunsthändler. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion geht hervor, dass von den 1280 beschlagnahmten Werken gerade einmal bei 79 Bildern „der begründete Verdacht auf NS-verfolgungsbedingten Entzug“, bei 593 ein Anfangsverdacht besteht. Auch nach zwei Jahren gibt es nur einen Verdacht und keinen Beweis.

Die Geschichte von Gurlitt als dem „Hüter des Nazi-Schatzes“ („Focus“) klingt umso konstruierter, als sein Vater Hildebrand über dessen Großmutter Elisabeth, eine Schwester der ostpreußischen Schriftstellerin Fanny Lewald, jüdischer Abstammung war. Nachdem er 1933 seinen Arbeitsplatz verloren hatte, nötigten die NS-Machthaber den hochangesehenen Experten mit internationalen Verbindungen zur Mitwirkung an ihren Kunstgeschäften. 1945 wurde seine Sammlung von den US-Militärbehörden beschlagnahmt und nach Überprüfung der Eigentumsverhältnisse 1950 zurückgegeben.

Da Gurlitt in den Folgejahren mehrere Ausstellungen damit bestückte, war ihre Existenz also kein Geheimnis. Trotzdem haben die Behörden erst vor zwei Jahren zugeschlagen. Seitdem halten sie die Hand auf der Sammlung und nun auch den Sammler unter „Betreuung“. Alles Zufall oder macht sich der Freistaat Bayern Hoffnung, den Kunstschatz in absehbarer Zeit „erben“ zu können?



Viel Lärm um nichts? Trotz Ermittlungen und reißerischer Medienberichte gibt es bisher keine konkreten Beweise dafür, dass die Gemäldesammlung von Cornelius Gurlitt unrechtmäßig erlangt worden ist

Bild: Bel

Gastbeitrag



Der Weg zum Weltfrieden

Von Georg Meinecke

Leidgezeugtes Denken führt zu Resultaten, die die Wiederholung der Ursache der Leiden in Zukunft verhindern sollen. Das alles bisherige Maßstäbe überbietende Leid, das der Zweite Weltkrieg mit der Folge von rund 50 Millionen Toten verursacht hatte, führte zur Schaffung der Staatengemeinschaft der Uno, deren Zwecke und Ziele in der UN-Charta vom 26. Juni 1945 niedergelegt sind. Ausweislich der Präambel der UN-Charta sind alle Völker der Erde fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren und Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können und für diese Zwecke Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, ihre Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und die Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird.

Die Vereinten Nationen haben sich deshalb in erster Linie zum Ziel gesetzt, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen“ sowie „freundliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln.“ Die Uno und die in ihr zusammengeschlossenen Völker haben sich auf der Basis der souveränen Gleichheit aller Mitglieder verpflichtet, ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Sie haben sich ferner verpflichtet, jede Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen.

Die Weltgeschichte seit Gründung der Uno im Jahre 1945 hat jedoch bewiesen, dass diese Form der Selbstverpflichtung, die bisherigen Möglichkeiten und das Instrumentarium der Uno offenbar nicht ausreichen, um Kriege zu verhindern und das gesteckte Ziel zu erreichen. Die wirksame Abschaffung des Krieges ist jedoch ohne Alternative notwendig, wenn die Vernichtung großer Teile der Menschheit durch neue Kriege verhindert werden soll. Die Ohnmacht der Uno lag und liegt darin, dass ihre Generalversammlung, auch hinsichtlich der entscheidenden Frage der Wahrung des Weltfriedens nur Empfehlungen abgeben konnte und kann. Das gilt weitgehend auch für den Sicherheitsrat, der im Auftrage der Völker die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens trägt, aber der ihm zugewiesenen Aufgabe der Friedenswahrung nicht gerecht werden konnte. Die negativen Erfahrungen und die Tatsache, dass inzwischen nahezu alle Völker und Staaten Mitglied der Vereinten Nationen geworden sind, machen deshalb eine Änderung der UN-Charta im Interesse der Realisierung der Ziele und Zwecke der Uno notwendig.

Selbstverpflichtung und Instrumentarium der Uno nicht ausreichend

Die Bestimmungen der UN-Charta erlauben, sie mit Zweidrittelmehrheit zu ändern. Ihre Änderung empfiehlt sich in folgenden Punkten: Kein Mitglied der Uno wird in Zukunft aus der Uno entlassen, weder durch Austritt noch durch Ausschluss. Nichtmitglieder – soweit überhaupt noch vorhanden – werden zum Beitritt aufgefordert. In allen Fragen, die die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens betreffen, den Oberbefehl über alle Streitkräfte der Mitgliedstaaten und deren Auf- und Abrüstung sind die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Uno ermächtigt, wirksame Beschlüsse zu fassen, die alle Mitglieder und ihre Organe unmittelbar wie geltendes Recht binden und verpflichten.

Danach beschließt die Generalversammlung der Uno zur wirksamen Sicherung des Weltfriedens beispielsweise: Der Oberbefehl über alle Streitkräfte aller Staaten und ihrer eventuellen Zusammenschlüsse wird der Generalversammlung beziehungsweise dem Sicherheitsrat übertragen. 90 Prozent aller Streitkräfte weltweit werden abgerüstet, die restlichen zehn Prozent bleiben dem Oberbefehl der Uno unterstellt als eine Art „Weltfeuerwehr“ oder „Weltpolizei“. Organe des Sicherheitsrates der Uno übernehmen nach einem genau festzulegenden Plan diese weltweite Abrüstung, in deren Rahmen im Maß der Abrüstung 90 Prozent allen Kriegsgerätes und 90 Prozent aller Waffen vernichtet werden. Und schließlich werden alle Atomwaffen, bakteriellen Waffen und chemischen Waffen sowie alle Minen zu Lande und zu Wasser vernichtet. Der Uno werden Kontrollrechte weltweit ermöglicht. Verstöße gegen alles Vorstehende werden geahndet.

Alle durch diese weltweite Abrüstung der Streitkräfte und Kriegsindustrie frei werdenden Kräfte und Mittel werden eingesetzt zum Erreichen des verbleibenden Zieles der Uno, nämlich die internationale Zusammenarbeit in jeglicher Weise zu intensivieren, um internationale Probleme humanitärer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art weltweit zu lösen und die Menschenrechte sowie ihre Einhaltung als Weltrechtsordnung weltweit durchzusetzen. Gedacht werden könnte an einen Weltfriedensdienst, in welchem junge Menschen auf der Welt anstelle früheren Militärdienstes einen friedlichen Gemeinschaftsdient ableisten könnten. Zur Bekämpfung des Hungers könnten Wüsten bewässert und urbar gemacht, Steppen aufgeforstet werden, zur Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen Sümpfe trockengelegt, könnten zur Bekämpfung des Analphabetentums Schulen gebaut, akute Notsituationen infolge von Naturkatastrophen und dergleichen bekämpft werden. Die frei werdenden Mittel der Rüstungsindustrie könnten genutzt werden, um neue umweltfreundliche Kraftwerke bisher unbekannter Leistungsstärke zu errichten.

Aufgabe der Wehrhoheit würde den Staaten Kraft und Freiheit geben

Voraussetzung für die Realisierung dieses Vorhabens ist es, dass die Völker und Staaten bereit sind, ihre Souveränität bezüglich der Wehrhoheit aufzugeben und darauf zu vertrauen, dass der Internationale Gerichtshof und neu einzurichtende Uno-Schiedsgerichte geeignetere Instrumente zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte und Probleme sind als der Krieg. Das sollte eigentlich keine Schwierigkeiten bereiten, haben doch die einzelnen Menschen ihre „persönliche Wehrhoheit“ zwecks Sicherung ihrer eigenen physischen Existenz seit Langem an die zuständigen Innenminister und sonstigen staatlichen Behörden abgegeben, ohne dadurch an Würde oder Freiheit Einbußen erlitten zu haben. Das Gegenteil war der Fall: Der einzelne Mensch hat durch diesen Verzicht an Würde und Freiheit gewonnen. Was dem einzelnen Menschen möglich war, was Ländern innerhalb nationaler Staaten möglich war, muss nunmehr zur Sicherung des Weltfriedens und der Realisierung aller Ziele und Zwecke der Uno auch den Staaten insgesamt möglich sein. Auch sie werden dadurch mehr Freiheit und Kraft erlangen.

Diese Entwicklung liegt im Zuge natürlicher Evolution, die die Staaten des Planeten Erde im Rahmen der UN-Charta von der bisherigen Außenpolitik zur notwendigen Weltinnenpolitik führt. Kooperation, nicht Konfrontation zwischen Menschen, ihren Ländern und Staaten ist für die Zukunft im Interesse der Wahrung des Weltfriedens angesagt. Das Böse in der Welt ist dagegen, das Gute in der Welt dafür! Wofür treten sie ein? Das sollte sich jedes Mitglied der Uno-Generalversammlung und jeder Politiker auf der Welt fragen.

Dr. Georg Meinecke ist Rechts- und Staatswissenschaftler. Als Rechtsanwalt hat er sich auf Patientenrecht spezialisiert. Außerdem engagiert er sich an führender Stelle in verschiedenen Menschenrechtsorganisationen. In den 70er Jahren war er Vorbild für die TV-Serie „Der Anwalt“.

Der gute Geist von Moritzburg

Das Kollwitzhaus bei Dresden hält die Erinnerung an eine große Ostpreußin auch mit Ausstellungen moderner Künstler hoch

Die Königsbergerin Käthe Kollwitz gilt als eine der bedeutendsten Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Ihr Andenken wird im Kollwitzhaus bei Dresden mit vielen Ausstellungen hochgehalten.

Das Barockschloss Moritzburg bei Dresden wirkt wie eine Erscheinung auf der Insel inmitten der Wasserfläche. Die prunkvolle Anlage ist aus dem schlichten Jagdhaus des Kurfürsten Moritz hervorgegangen. Dem Weidmannswerk diente auch der kleine Rüdenhof am Rande des Teichs. In seinem Wohnhaus befindet sich inzwischen ein Kunstmuseum, das an die Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz erinnert. Wenige Tage vor Kriegsende hat sie dort am 22. April 1945 ihre Augen für immer geschlossen.

Die Kollwitz wurde am 8. Juli 1867 in Königsberg geboren. Ihr Großvater mütterlicherseits war Julius Rupp. Der streitbare Theologe stand in Verbindung zu freikirchlichen Kreisen in Sachsen, beteiligte sich an der Revolution von 1848 und war politisch für die Deutsche Fortschrittspartei tätig. Seine Haltung drückt sich in der Devise aus, die heute wieder zweisprachig sein Denkmal in Königsberg ziert: „Wer nach der Wahrheit, die er bekennt, nicht lebt, ist der gefährlichste Feind der Wahrheit."

Auch seine begabte Enkelin lebte diesen Grundsatz. Sie studierte an der heimischen Kunstakademie, heiratete 1891 den Berliner Armenarzt Karl Kollwitz, zog mit ihm in die Reichshauptstadt und gebar zwei Söhne. 1898 hat der alte Adolph von Menzel ihre Grafikfolge zum schlesischen Weberaufstand für die Goldmedaille der Großen Berliner Kunstausstellung vorgeschlagen, konnte sich damit aber gegen den Zeitgeist noch nicht durchsetzen. 1919 war sie die erste Künstlerin, die in die Preußische Akademie der Künste berufen wurde.

1940 starb ihr Mann. Zwei Jahre später wurde die Berliner Wohnung ausgebombt und zahlreiche ihrer Werke wurden zerstört. Auf Veranlassung des Prinzen Ernst Heinrich von Wettin, der sie als Kunstfreund und Grafiksammler schätzte, konnte die 77-Jährige im Juli 1944 im Rüdenhof zwei kleine Zimmer im Obergeschoss des Gebäudes aus dem 18. Jahrhundert beziehen. Da sie die steile Stiege nicht mehr bewältigen konnte, blieb diese Kemenate ihr Aufenthalt bis zum Tod. Dort war sie umgeben von Möbeln aus dem königlich-sächsischen Depot. Der Prinz ließ einen Balkon errichten, von dem aus ihr Blick über den Schlossteich streifen konnte, in Richtung der von Bäumen bestandenen Insel mit dem Pavillon.

Zu den wenigen authentischen Gegenständen, die hier noch zu sehen sind, gehört die Goethemaske, welche die Künstlerin „zur Orientierung" immer in ihrer Nähe hatte. Ein Buch mit eigenhändigen Aufzeichnungen und eine Bernsteinbrosche liegen in der Vitrine. Als einziges Möbelstück der damaligen Einrichtung ist der Nachttisch im Zimmer vorzufinden. Zwei ihrer Kleinplastiken, die sie bis zuletzt um sich hatte, stehen hinter Glas.



Rüdenhof im Winter: In dem Wohnhaus am Schloss befindet sich das Kollwitzmuseum Bild: Kollwitzhaus

Bereits ein Vierteljahr nach dem Tod der Künstlerin verfügte die Landesverwaltung Sachsen die Einrichtung einer Gedenkstätte im Rüdenhof. Die sollte zu einem „Ausgangspunkt unseres heutigen künstlerisch-kulturpolitischen Schaffens" gestaltet werden. Der Beschluss von 1945 sah auch ein Stipendium für mittellose Kunststudenten vor. Obwohl zwei Jahre später die kulturpolitisch einflussreiche Künstlerin Lea Grundig dringend die Einrichtung der Gedenkstätte anmahnte, wurde dieser Gedanke erst in den 60er Jahren wieder aufgegriffen.

1959 schenkte der Sohn Hans Kollwitz eine Auswahl von Grafiken an das Museum Barockschloss Moritzburg. Dort erinnerte seit 1955 eine kleine Ausstellung an den Aufenthalt der Künstlerin. 1985 fand ein Kollwitz-Symposium unter Beteiligung der Ost-Berliner Akademie der Künste statt. Das Museum im Rüdenhof rückte endlich näher.

Doch erst nach der deutschen Vereinigung wurde der Rüdenhof dann durch ehrenamtliche Tätigkeit wieder öffentlich zugänglich gemacht. Der bedrohte Zustand des Baudenkmals rief zudem die Deutsche Stiftung Denkmalschutz auf den Plan. 1994 wurde dann endlich die 1945 avisierte Stiftung gegründet, und zum 50. Todestag der Künstlerin konnte das Museum eröffnet werden.

Die Kreissparkasse Köln unterstützt mit einem jährlichen Kostenzuschuss das Museum. Für das lange Zeit frei zugängliche Kollwitz-Museum Köln wird seitdem Eintrittsgeld erhoben, um mit diesen Einnahmen die Moritzburger Einrichtung stützen zu können. Im 15. Jahr seines Bestehens ermöglichten dann Fördermittel des Freistaates Sachsen den weiteren Ausbau. Neu eingerichtet wurde eine dezente Hörstation im Raum mit der Grafikfolge „Krieg". Tagebuchaufzeichnungen aus den Wochen vom Kriegsausbruch bis zum Verlust des Sohnes Peter 1914 auf dem Schlachtfeld in Flandern verweisen auf ein einschneidendes Erlebnis im Leben und Schaffen der Künstlerin.

> An 13. Februar 1945 von Dresden gemahnt

Im Erdgeschoss steht ein Flügel. Hier finden Lesungen und Konzerte statt. An einer kleinen Tiefdruckpresse lernen Kinder und Jugendliche die Radiertechnik von der praktischen Seite kennen. Die vielfältigen und technisch subtilen Blätter des Weber-Zyklus und viele weitere Radierungen der Zeit um 1900, in denen sich die Kollwitz als eine Virtuosin der Technik offenbart, stehen im Haus stets vor Augen.

Die Verbindung zum heutigen Kunstschaffen wird durch regelmäßige Wechselausstellungen hergestellt. Schwerpunktmäßig ist Druckgrafik zu sehen, was einerseits den eingeschränkten räumlichen Maßen entgegenkommt und darüberhinaus reizvolle Beziehungen zur Dauerausstellung bewirkt. In loser Folge werden die bisherigen Preisträger des Käthe-Kollwitz-Preises der Berliner Akademie der Künste präsentiert. Deren Werke beweisen immer wieder, welch erstaunliche Kontinuität im künstlerischen Anspruch der figurativen Grafik sich während der DDR-Zeit in Mitteldeutschland behaupten konnte.

Immer wieder werden auch zeitgenössische Künstler in Einzel- und Gruppenausstellungen präsentiert. Gegenwärtig sind Druckgrafiken der Dresdner Künstlerin Angela Hampel zu sehen. Die Künstlerin gehört zu der Generation, die in den 80er Jahren der DDR mit mythologischer Begrifflichkeit feministische Haltungen vertrat. Als eine Art der integrierten Opposition entfalteten diese Arbeiten daheim große Wirkung, gelangten aber auch über die innerdeutsche Grenze, beispielweise in die Sammlung von Peter Ludwig. Das Pathos von damals hat sich verwandelt.

Zwischen 1992 und 2004 stieg die Künstlerin auf einige der höchsten Gipfel der Welt. Auf den Flächen ihrer Grafiken behaupten sich immer noch die heraldisch dargestellten magischen Weiber, ob als sorbische Mittagsfrau, die mit scharfer Sichel die Köpfe abmäht, oder als schwarze Madonna über kahlen Kinderköpfen wie auf der Algrafie – ein lithografisches Druckverfahren – „Zum 13. Februar", die auf den Untergang von Dresden von 1945 verweist. *Sebastian Hennig*

Stiftung Käthe-Kollwitz-Haus, Meißner Straße 7, Moritzburg, Öffnungszeiten im Winter: Dienstag bis Freitag, 12 bis 16, Sonnabend und Sonntag, 11 bis 16 Uhr. Sonderausstellung Angela Hampel bis 9. Februar.

Das Imperium schlug zurück

Neue Funde belegen: 200 Jahre nach der Varusschlacht siegten Römer über die Germanen

Die Geschichte mutet an wie ein Hollywood-Film. Zwei Männer gehen mit Metallsonden auf die Suche am Rand des Harzes. Irgendwo im Wald am Harzhorn, einer leichten Erhebung über dem Nettetal im niedersächsischen Landkreis Northeim, soll sich einst eine mittelalterliche Burg befunden haben. Sie finden Metallgegenstände, können sie aber nicht einordnen. Später setzt einer das Foto davon ins Internet. Sekunden später sind Antworten da: Gegenstände aus der Römerzeit, sagt die Internetgemeinde.

Wie das? Den illegalen Gräbern wird es zu heiß. Sie geben die Funde an offizieller Stelle ab. Dort ist man fortan einer archäologischen Sensation auf der Spur. Bei dem Fund handelt es sich um eine römische Hipposandale. Eine Art Spikes für Pferdehufen bei unwegsamem Gelände.

Seit 2008 nun wird am Harzhorn fachlich gegraben. Ein römisch-germanisches Schlachtfeld kam zum Vorschein. Münzfunde und naturwissenschaftliche Datierungen erlauben genauere Zeitangaben. Die 30er Jahre des 3. Jahrhunderts waren es, als es hier einen Angriff der Germanen auf ein von Norden kommendes römisches Heer gab. Mehr als 200 Jahre nach dem vermeintlichen Ende römischer Eroberungen im germanischen Raum drang ein römisches Heer weit nach Germanien vor. Die Geschichtsbücher müssen neu geschrieben werden.

Hier müsse man Geschichte andersherum aufrollen, meint Projektleiter und Archäologe Michael Geschwinde vom Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege. Schriftliche Quellen erläuterten sonst die historischen Gegebenheiten und Abläufe. Über diese Schlacht findet man aber nichts in den Quellen.

Unvergleichbar, so Geschwinde, sei bei diesem Fund, dass ein geschichtliches Ereignis wie eingefroren präsentiert werde. Solch ein völlig unangetastetes Schlachtfeld ist auf der Welt einzigartig. Wenn kriegerische Auseinandersetzungen auf freien Feldflächen stattfanden, hat die Landwirtschaft alles vernichtet. Diese Entdeckung griffe in unsere Geschichtskenntnisse ein, meint Geschwinde, und zwinge uns zu Korrekturen unseres „römerfreien" Geschichtsbildes der ersten drei Jahrhundert nach Christus. Mehr als 2500 Objekte sind bisher seit der Entdeckung im August vergangenen Jahres gefunden worden, die meisten davon römischen Ursprungs.

Tödliche Waffe: römische Lanzenspitze Bild: Friedrich

Die Niedersächsische Landesausstellung „Roms vergessener Feldzug. Die Schlacht am Harzhorn" präsentiert im Braunschweigischen Landesmuseum eine solch gut besuchte Ausstellung mit den spektakulären Funden, dass die Schau bis zum 2. März verlängert wurde. Sogar das Schlachtfeld kann man dabei besuchen.

An einem nasskalten Januarsonntag begibt sich eine der ersten Besuchergruppen in diesem Jahr auf die Spuren der Römer. Unter Anleitung des Harzhorn-Führers Frank Schwarz treten die Besucher eine Zeitreise in die Tiefen des Barbaricums an. Wälder, durch die früher Bären, Luchse und Wölfe streiften, erscheinen vorm geistigen Auge. Der Verkehrslärm von der nahen Autobahn wird kaum wahrgenommen. Auch dass die feuchte Kälte die Kleidung bis auf die Haut durchdringt, ist bald vergessen. Zu faszinierend ist die Vorstellung, dass dort am Hang im Wald geschätzt vielleicht 15000 Legionäre marschierten. Immer in dreier Reihen, hinter ihnen der endlose Tross, der sich wie ein Lindwurm durch die Germania Magna windet.

Soldatenkaiser Maximinus Thrax führt sein Heer. Seine Späher haben die Bedrohung längst erkannt. Da warten Germanen im Hinterhalt. Schwarz versteht es, die Vergangenheit aufleben zu lassen, reicht Pläne sowie Fotos herum und lässt Repliken von Fundstücken durch die neuzeitlichen Hände wandern. So schwer war also eine Lanzenspitze, so filigran eine Schnalle. Wie, um Jupiters Willen, sind diese Massen hier hindurch gekommen? Wie konnten sie sich ernähren? Abseits der Kämpfe wurde vermutlich einem Legionär nach einer Verletzung das Kettenhemd ausgezogen. Man ließ es liegen.

1800 Jahre danach: Schwarz zeigt, wo die Torsionsgeschütze gestanden haben. Die römische Wunderwaffe, die in wenigen Sekunden etliche Katapultbolzen abfeuern konnte. Hunderte Schuhnägel erzählen vom Ausgang der Schlacht. Die Römer haben gesiegt. So wie fast immer. Doch das Ende des Imperiums war nicht mehr allzu fern.

Die Besucher wandern den Hang wieder hinunter. So mancher dreht sich um. Blitzten da gerade nicht metallene Rüstungen? Doch die parkenden Autos unten am Wegesrand zeigen es ganz deutlich: Man ist wieder zurück aus dem Herbst 235 nach Christus. *Silvia Friedrich*

Schlüsselfigur

Zum 100. Geburtstag von Alfred Andersch

Es gab eine Zeit in den 1980er Jahren, da stand der Autor Alfred Andersch hoch im Kurs. Sein Roman „Sansibar oder der letzte Grund" musste als Schullektüre herhalten. Die vom Erziehungseifer der 68er malträtierten Schüler sollten den Widerstand kennenlernen, jedenfalls jenen in der Zeit des Nationalsozialismus. Denn in dem 1957 erschienenen Roman macht sich eine Gruppe Kommunisten mit einer Jüdin und einer als „entartet" geltenden – offensichtlich von Ernst Barlach stammenden – Skulptur zur Flucht über die Ostsee nach Dänemark auf. Viel mehr bleibt von dem Roman auch nicht in Erinnerung. Er hat seine Schuldigkeit als literarisches Dokument über die NS-Zeit ebenso getan wie die übrigen Werke Anderschs, die wie „Die Kirschen der Freiheit" (1952) oder „Die Rote" (1960) das Flucht-Thema – Andersch selbst desertierte 1944 als Wehrmachtsoldat – auf stilistisch recht unbeholfene Weise variieren.

> Ausstellung in Zürich erinnert an den Autor

Doch in anderer Hinsicht war der am 4. Februar 1914 geborene Autor eine wichtige Persönlichkeit. In den 50er Jahren war Andersch, der 1933 als junger Kaderleiter der Kommunisten drei Monate im KZ Dachau einsaß, eine wichtige Integrationsfigur für junge Autoren. Zusammen mit Hans Werner Richter, den er bei der in US-amerikanischer Kriegsgefangenenschaft herausgegebenen Zeitschrift „Der Ruf" kennenlernte, gründete er die Gruppe 47. Anfang der 50er verließ Andersch der Gruppe mit dem Vorwurf, sie verwandele sich zu einer reinen Literaturbörse. Als Redakteur des Hessischen und des Süddeutschen Rundfunks sowie der Literaturzeitschrift „Texte und Zeichen" gab er anschließend aber jungen Autoren wie Bachmann, Böll, Hildesheimer, Koeppen oder dem ebenfalls vor 100 Jahren geborenen Arno Schmidt (siehe *PAZ* Nr. 3) ebenfalls ein Forum, das deren späteren Ruhm ermöglichte. Das Werk des am 21. Februar 1980 im Tessin gestorbenen Andersch erreichte trotz oder wegen quälender Schullektüre nie vergleichbare Ruhmeswerte.

So ist es kaum verwunderlich, dass im Jubiläumsjahr keine größeren Biografien zu Andersch erschienen sind. Einzig das Museum Strauhof in Zürich gedenkt mit der Ausstellung „Sie macht etwas im Raum, ich in der Zeit" noch bis zum 2. März des Künstlerehepaars Alfred und Gisela Andersch. Die zweite Frau des Autors – von seiner ersten, die eine Halbjüdin war, ließ er sich 1943 scheiden, damit er publizieren durfte – war Grafikerin, welche auch die Umschläge zu seinen Werken gestaltete. *Harald Tews*

»Und sie bewegt sich doch«

Vor 450 Jahren wurde der Astronom und Mathematiker Galileo Galilei geboren

Die römisch-katholische Kirche hatte sich noch nicht vom Schock der Reformation erholt, da wurde sie erneut in ihren Grundfesten erschüttert. Der italienische Gelehrte Galileo Galilei stellte das geozentrische Weltbild, wonach sich die Sonne um die Erde dreht, auf den Kopf und widersprach damit der Lehre der Kirche.

Seit der Antike glaubte man, dass die Erde der Mittelpunkt des Universums sei. Galileo aber bekannte sich zum heliozentrischen Weltbild: Die im All feststehende Sonne sei der Mittelpunkt aller Himmelsbewegungen und nicht die Erde. Seine Behauptung ließ sich nicht einfach als Narretei abtun. Er war Universitätslehrer und ein begehrter Gast in den ersten Kreisen von Pisa, Padua und Florenz. Gebannt lauschten die Mitglieder der Patrizierfamilien seinen Berichten über Experimente und Erfindungen. Zum Entsetzen der Kirche wurde er nicht müde, über seine ketzerische Vorstellung vom Universum zu referieren.

Galileo Galilei war nicht der Erste, der das geozentrische Weltbild für falsch hielt. Nicolaus Copernicus (1473–1543) aus Thorn hatte vor ihm durch Berechnungen die Wahrheit über das Verhältnis der Erde zur „Leuchte des Himmels“ erkannt, wie er die Sonne poetisch nannte. Nur war er so vorsichtig gewesen, mit der Veröffentlichung vor allem aus Furcht vor dem Spott der Fachwelt so lange zu warten, bis er den Tod herannahen fühlte.

Dem streitbaren Galileo drohte Schlimmeres, als er die wissenschaftlichen Beweise für die Theorie des Copernicus („mein Lehrer Copernicus, der verlacht wurde“) publizierte: der Scheiterhaufen. Um dem Tod als Häretiker zu entgehen, widerrief er am 22. Juni 1633 vor dem Inquisitionsgericht in Rom: „Ich halte jene Meinung des Copernicus nicht für wahr und habe sie nie für wahr gehalten. Ich, Galileo Galilei, schwöre ab, verfluche und verwünsche mit aufrichtigem Herzen und ungeheucheltem Glauben besagte Irrtümer und Ketzereien.“ Beim Verlassen des Tribunals soll er die Worte „Eppure si muove“ („Und sie bewegt sich doch“) gemurmelt haben.

Der am 15. Februar 1564 geborene Galileo stammte aus einer Tuchhändlerfamilie in Pisa und sollte Arzt werden. Nach vier Jahren brach er das Studium ab und wandte sich der Mathematik zu. Seine Vorträge machten ihn bald bekannt. 1589 trat er die Stelle eines Lektors für Mathematik an der Universität Pisa an, später lehrte er in Padua und Florenz. Er entwickelte ein Thermometer, bestimmte das spezifische Gewicht der Luft – nach der bisher geltenden Meinung hatte Luft gar kein Gewicht – und erforschte die Gesetzmäßigkeit des Freien Falls.

Erkundete als erster Astronom den Himmel mit Teleskop

Sein größtes Interesse aber galt der Astronomie. Der Toskaner war der erste Mensch, der den Himmel mit einem Teleskop erkundete und nicht nur mit dem bloßen Auge wie Copernicus und alle berühmten Astronomen vor ihm. Er hatte das in Holland erfundene Linsen-Fernrohr weiterentwickelt, bis es eine 33-fache Vergrößerung ermöglichte. Abend für Abend richtete Galileo den Blick ins All. Mit Hilfe seines „telescopios“ widerlegte er mittelalterliche Vorstellungen: Die Mondoberfläche ist keine glatte Scheibe, sondern eine Landschaft aus Tälern und Kratern, die Milchstraße besteht nicht aus Nebelwolken, sondern aus Myriaden von Sternen.

Was Galileo an einem Januartag des Jahres 1610 entdeckte, veränderte das Bild der Welt auf revolutionäre Weise: Der Jupiter wird von vier großen Monden (Galileische Monde) begleitet und umkreist. Es gibt also Himmelskörper, die sich nicht um die Erde drehten. Copernicus hatte recht gehabt.

Galileos Buch „Sidereus Nuntius“, („Botschaft von den Sternen“), das er unter den misstrauischen Augen der Inquisition im selben Jahr veröffentlichte, wurde ein Bestseller. Der „Sternenbote“ konnte sich relativ sicher fühlen. Kardinal Maffeo Barberini bewunderte und schützte ihn. Barberini wurde 1623 zum Papst gewählt. Als Urban VIII. ermunterte er den Wissenschaftler, über die Copernicanische Astronomie zu publizieren, aber unter der Voraussetzung, dass er sie nur als Hypothese, als mathematisches Modell darstelle. Galileo glaubte, diese Forderung in seinem 1632 erschienenen Buch „Dialogo“ auf listige Weise umgehen zu können. Er ließ das alte Weltbild der Kirche durch Simplicio, einen Einfältigen, verteidigen.

Bald machten Gerüchte die Runde, mit dem „Simplicio“ sei der Papst gemeint. Urban VIII. entzog ihm daraufhin seine Gunst. Die Inquisition erhielt den Auftrag, die Verbreitung des „Dialogo“ zu verhindern. In einem vom Vatikan bestellten theologischen Gutachten hieß es: „Die Sonne ist der Mittelpunkt der Welt und steht völlig unbeweglich im Raum. Kritik: Nach allgemeiner Auffassung ist dieser Satz philosophisch töricht und absurd, und formal ist er ketzerisch, insofern er der ausdrücklichen Meinung der Heiligen Schrift ... widerspricht.“ Und weiter: „Die Erde ist weder der Mittelpunkt der Welt noch unbeweglich, sondern bewegt sich als ganze und befindet sich in einer täglichen Bewegung. Kritik: Alle sagen, für diesen Satz gelte in philosophischer Hinsicht das gleiche wie für den vorigen, und hinsichtlich der theologischen Wahrheit ist er zumindest glaubensmäßig irrig.“

Die verbliebene Strafe übernahm seine Tochter

Das Urteil im Inquisitionsprozess gegen Galileo fiel vergleichsweise milde aus, vermutlich, weil sich die zehn Kardinäle des Tribunals über die Schuld des Angeklagten nicht einig waren. Drei von ihnen verweigerten ihre Unterschrift. Galileo erhielt als Strafe lebenslange Kerkerhaft, die aber bald in Hausarrest umgewandelt wurde. Dazu sollte er drei Jahre lang sieben Bußpsalmen pro Woche beten. Seine Tochter, die Nonne Celeste, übernahm diese lästige Pflicht für ihn. Immer unter der Aufsicht der Inquisition, durfte er zwar weiterforschen und Briefe mit anderen Wissenschaftlern wechseln, aber nicht mehr veröffentlichen. Vollständig erblindet starb er am 8. Januar 1642 auf seinem Landsitz in Arcetri.

Das geozentrische Weltbild nach der Lehre des Ptolemäus blieb auch in anderen Kulturen mit einer hoch entwickelten Astronomie wie China und Indien lange Zeit die vorherrschende Meinung. Der Vatikan entschloss sich 100 Jahre nach Galileos Tod, die physikalische Realität anzuerkennen. 1741 gewährte Papst Benedikt XIV. das Imprimatur, die Druckerlaubnis für dessen Gesamtwerk. Doch erst im Jahre 1992 wurde Galileo offiziell rehabilitiert, 2008 distanzierte sich die katholische Kirche ausdrücklich von der Verurteilung durch das Inquisitionsgericht. *Klaus J. Groth*

Nahm für seine Überzeugungen Kerkerhaft in Kauf: Galileo versuchte Papst Urban VIII. auszutricksen Bild: Archiv

Wie der Deutsch-Dänische Krieg begann

Mit dem Einmarsch in Schleswig wurde vor 150 Jahren aus einer Bundesexekution ein internationaler bewaffneter Konflikt

Im Zeitalter des Nationalismus entwickelte sich die Herrschaft des dänischen Königs im mehrheitlich von Deutschen bewohnten Schleswig und dem sogar zum Deutschen Bund gehörenden Holstein zu einem Anachronismus und zu einem Stachel im Fleisch der deutschen Nationalbewegung. Die in gewisser Hinsicht vergleichbare Herrschaft der britischen Könige über Hannover hatte 1837 mit dem Tode Wilhelms IV. aufgrund unterschiedlicher Erbfolgeregelungen in den beiden Königreichen ein harmonisches und unblutiges Ende gefunden. Ein ähnlich harmonisches und unblutiges Ende schien ursprünglich auch der Personalunion zwischen Dänemark auf der einen Seite sowie Schleswig und Holstein auf der anderen nach dem Tode Friedrichs VII. am 15. November 1863 beschieden zu sein. Zur Entrüstung der deutschen Nationalbewegung gelang es Friedrich jedoch, die Personalunion über seinen Tod hinaus zu sichern, indem er in den Elbherzogtümern die Erbfolge seines Königreiches durchsetzte. Hierfür erhielt er sogar 1852 im Londoner Protokoll den Segen der fünf europäischen Großmächte und Schwedens.

Die Fortsetzung der Personalunion genügte den dänischen Nationalisten jedoch nicht. Sie erstrebten einen dänischen Nationalstaat unter Einschluss Schleswigs mit der Eider als Südgrenze. Diese sogenannte eiderdänische Bewegung war derart stark, dass sie die Einführung einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und Schleswig durchsetzen konnte. Drei Tage nach dem Tode seines Vorgängers Friedrich VII. unterzeichnete Christian IX. diese sogenannte Novemberverfassung.

Damit verstieß Dänemark gegen das von ihm selber unterzeichnete Londoner Protokoll, denn als Gegenleistung für die Anerkennung der Fortsetzung der Personalunion über Friedrichs VII. Tod hinaus hatten die deutschen Großmächte erreicht, dass das im Vertrag von Ripen 1460 den Schleswig-Holsteinern gewährte Recht, „up ewig ungedeelt“, also auf ewig ungeteilt zu sein, ebenfalls von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurde. Eine Verfassung, die für Schleswig, aber nicht für Holstein galt, verletzte indes diesem Recht.

Bismarck nahm den ausländischen Großmächten die Chance zur Intervention

Die Dänen hatten sich damit dorthin manövriert, wo Preußens damaliger Ministerpräsident Otto von Bismarck sie haben wollte: ins Unrecht. Solange er die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahrte, hatte er nun die Möglichkeit, gegen die Dänen vorzugehen, ohne Sanktionen der nichtdeutschen Großmächte fürchten zu müssen, die das Londoner Protokoll ja selbst unterzeichnet hatten.

Bismarck war in seiner Schleswig-Holstein-Politik flexibel. Er selber sprach von einer Klimax der Ziele. Seine Politik war geprägt von der Einstellung, „dass die Personalunion der Herzogtümer besser war als das, was existierte; dass ein selbstständiges Fürstentum besser war als die Personalunion und dass die Vereinigung mit dem preußischen Staat besser war als ein selbstständiges Fürstentum“. Nun ging es erst einmal darum, die Einverleibung Schleswigs durch die Dänen rückgängig zu machen.

Bei der Verfolgung dieses Zieles konnte Bismarck die Österreicher mit ins Boot holen. Zum einen hatten diese das Protokoll ebenfalls unterzeichnet. Zum anderen wäre es mit ihrem Selbstverständnis als Führungsmacht des Deutschen Bundes schwerlich vereinbar gewesen, die Verteidigung des Rechts der zum Bund gehörenden Holsteiner, mit den Schleswigern ungeteilt zu leben, alleine den Preußen zu überlassen.

So setzten die beiden deutschen Großmächte durch, dass der Bundestag in Frankfurt eine Bundesexekution gegen den Herzog von Holstein, sprich den Dänenkönig, beschloss. Für diese Maßnahme stellten die deutschen Mittelstaaten Hannover und Sachsen jeweils 6000 Mann und die beiden Großmächte je 35000 Mann zur Verfügung. Am 22. Dezember 1863 standen zum Einmarsch bereit die Sachsen in Boitzenburg, die Hannoveraner bei Harburg und Lüneburg, die per Eisenbahn angereisten Preußen bei Hagenow und Wittenberg sowie die aus Prag per Schiff über die Elbe herangeführten Österreicher in Hamburg.

Die Dänen verzichteten auf die Verteidigung Holsteins. Von den Holsteinern in dänischen Diensten war keine große Kampfmoral im Kampfe gegen ihre deutschen Landsleute zu erwarten; und Dänemarks Nationalisten, die damals die Politik des Königreiches bestimmten, erhoben für ihren angestrebten großdänischen Nationalstaat zwar Anspruch auf Schleswig, aber nicht auf Holstein, das selbst sie als deutsch anerkannten.

So vollzog sich der Einmarsch der Exekutionstruppen in Holstein unblutig. Den Anfang machten die Sachsen, die mit General Heinrich Gustav Friedrich von Hake auch den Befehlshaber der Exekutionstruppen stellten. Sie überschritten als erste am 23. Dezember 1863 die holsteinische Südgrenze. Aufgrund des ausbleibenden dänischen Widerstandes konnte Hake bereits zwei Wochen später den Abschluss der Besetzung Holsteins vermelden.

Mit der Überquerung der Eider überschritten Preußen und Österreicher die Bundesgrenze

Weil die dänischen Nationalisten keinen Anspruch auf Holstein erhoben, ließ sich allein mit dessen Besetzung keine Rücknahme der dänischen Novemberverfassung erzwingen. Zu Recht erkannte man in Wien, „der Bund wird nicht wohl ein Expeditionskorps nach Holstein schicken können, um ein gleichgültiger Zeuge der Inkorporation Schleswigs in das Königreich Dänemark zu sein“. Der Kaiserstaat kam deshalb mit Preußen in der Punktation vom 16. Januar 1864 überein, Dänemark ultimativ aufzufordern, „die Verfassung vom 18. November 1863 in Ansehung des Herzogtums Schleswig definitiv zurückzunehmen“. „Erfolgt diese Zurücknahme nicht binnen 48 Stunden“, so heißt es in der Punktation weiter, „so werden die Gesandten Österreichs und Preußens Kopenhagen verlassen und das Herzogtum Schleswig wird von den schon in Bereitschaft gehaltenen österreichischen und preußischen Truppen von den etwa nach Maßgabe der ebenfalls in Frankfurt zu treffenden Anordnungen weiter heranzuziehenden Bundestruppen besetzt werden.“

Ein Antrag der beiden Staaten, dass sich der Deutsche Bund an dieser Verstärkung des Drucks auf Dänemark beteiligt, scheiterte jedoch am 14. Januar 1864 im Bundestag, so dass nun die beiden Signatarmächte des Londoner Protokolls alleine am 16. Januar Dänemark das zweitägige Ultimatum stellten. Die Dänen ließen das Ultimatum verstreichen und am 1. Februar 1864 überschritten die Truppen der beiden deutschen Großmächte mit der Überquerung der Eider die Nordgrenze des Deutschen Bundes. Aus einer Bundesexekution, sozusagen einer innerdeutschen Angelegenheit, war damit ein internationaler bewaffneter Konflikt, der Deutsch-Dänische Krieg geworden. *Manuel Ruoff*

Wem gehört der Welfenschatz?

Stiftung Preußischer Kulturbesitz wehrt sich gegen Restitutionsforderungen — »Limbach-Kommission« findet keine Lösung

Die Zukunft des Berliner Welfenschatzes ist weiter offen. Auch nach fünf Jahren kann die Kommission zur sogenannten NS-Raubkunst noch keine Empfehlung zum Umgang mit dem einstigen Reliquienschatz des Braunschweiger Doms geben.



Reliquienkreuz: Zum Welfenschatz, dem umfangreichsten Kirchenschatz in einer öffentlichen Kunstsammlung, gehören 42 Werke aus dem 11. bis 15. Jahrhundert

Bild: pa

Der ursprünglich aus 138 kunsthandwerklichen Exponaten bestehende Welfenschatz wurde seit dem 12. Jahrhundert über mehrere Jahrhunderte für den Braunschweiger Dom zusammengetragen. Er gelangte 1671 in den Besitz des Welfenhauses und wurde Georg V. als persönliches Eigentum zuerkannt, nachdem sein Königreich Hannover 1866 von Preußen annektiert worden war. Im Jahre 1929 verkaufte sein Enkel Ernst-August den noch 82 Objekte umfassenden und in Österreich verwahrten Schatz aus finanzieller Not für acht Millionen Reichsmark an ein jüdisches Kunsthändlerkonsortium, das sogleich 40 Objekte in den USA zu Geld machte. Von diesem, mittlerweile in den Niederlanden tätigen und in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Konsortium erwarb der preußische Staat als einziger Kaufinteressent im Juni 1935 durch Vermittlung der Dresdner Bank für rund 4,2 Millionen Reichsmark die verbliebenen 42 Werke für das Schlossmuseum, das heutige Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin, da deren Rückführung nach Deutschland eine „überragende kulturpolitische Bedeutung“ beigemessen wurde.

Ein Kuriosum am Rande: Saemi Rosenberg, der Verhandlungsführer des Konsortiums, ließ sich seinen Teil des Kaufpreises in Naturalien auszahlen, die er in den Berliner Museen aussuchen durfte. Er wählte 20 Kunstwerke im Gesamtwert von knapp 800 000 Reichsmark, die er nach Holland schaffte. Der Welfenschatz ist der weltweit umfangreichste Kirchenschatz im Eigentum einer öffentlichen Kunstsammlung und zugleich eines der wertvollsten Zeugnisse mittelalterlicher Kunst. Sein heutiger Wert auf dem Kunstmarkt wird auf knapp 400 Millionen Euro beziffert.

> »Keine Rückgabe, da Verkauf 1935 nicht verfolgungsbedingt«

In dem Streitfall geht es um die 42 Objekte im Berliner Kunstgewerbemuseum, für die seit April 2008 ein Restitutionsbegehren vorliegt. Die von der ehemaligen Berliner Justizsenatorin und Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach geleitete „Beratende Kommission“ kümmert sich um Streitfälle bei NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern, insbesondere aus jüdischem Besitz. Sie kann bei Differenzen über die Rückgabe von Kulturgütern angerufen werden. In diesem Fall allerdings kommen die Kontrahenten – die in Restitutionsfragen ansonsten sehr entgegenkommende Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) auf der einen und die Erben der damaligen Verkäufer auf der anderen Seite – zu keinem Konsens. Die Erben fordern die Rückgabe der Kunstschätze, da der Verkauf 1935 dem rassistischen Verfolgungsdruck auf die Juden geschuldet und der Kaufpreis nicht angemessen gewesen sei. Zudem hätten die Verkäufer nicht frei über die Summe verfügen können.

Die SPK dagegen ist „nach umfangreicher wissenschaftlicher Recherchearbeit“ der Ansicht, dass „die Voraussetzungen für eine Rückgabe nicht vorliegen“. Dabei beruft sie sich auf die Bestimmungen der Washingtoner Erklärung von 1998. Darin haben sich 44 Staaten und zwölf nichtstaatliche Organisationen bereit erklärt, während der Zeit des Nationalsozialismus beschlagnahmte Kunstwerke ausfindig zu machen, die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Erben zu ermitteln und in einem gerechten Verfahren die Rückgabe zu regeln.

Da die Wa-shingtoner Prinzipien lediglich rechtlich nicht bindende Generalregeln beinhalten, wurde diese Selbstverpflichtung in Deutschland durch eine „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom 14. Dezember 1999 sowie eine „Handreichung zur Umsetzung der Washingtoner Erklärung“ präzisiert. Die Vorgaben der Washingtoner Erklärung und ihre deutschen Folgedokumente bilden für die Stiftung als „unerlässliche Grundlage dafür, das Unrecht, das der Nationalsozialismus auch im Kunst- und Sammlungsbereich hinterließ, aufzuarbeiten und nach Möglichkeit wiedergutzumachen, stets die unverrückbare Richtschnur ihres Handelns“.

In Sachen Welfenschatz allerdings sieht die SPK einen „seltenen Einzelfall“. Denn auch wenn der Erwerb des Welfenschatzes nach dem 30. Januar 1933 stattgefunden habe und die Personen, von denen die Antragsteller ihren Anspruch ableiten, zu einem durch das NS-Regime verfolgten Personenkreis gehört hätten, sei dieser Verkauf aus Sicht der Stiftung nicht als NS-verfolgungsbedingte Zwangsveräußerung einzuordnen. Dazu führt sie an, dass sich der gezahlte Kaufpreis, den die im Ausland ansässigen Verkäufer erhalten hätten, nachweislich „im Rahmen des Üblichen und Erreichbaren“ auf dem damals sehr angespannten Kunstmarkt bewegt habe. Dies sehe man allein daran, dass die Summe in keinem Missverhältnis zu den zuvor in den USA erzielten Erlösen gestanden habe. Dokumente würden zudem belegen, dass diese Summe auch wirklich zur freien Verfügung an die Kunsthändler geflossen sei. Ein weiteres Argument der SPK ist, dass sich der Welfenschatz seit 1930 außerhalb Deutschlands befunden habe und zum Zeitpunkt des Verkaufs daher dem Zugriff des deutschen Staates entzogen gewesen sei, ebenso wie dieser keine Möglichkeit gehabt habe, Druck auf die Verkäufer auszuüben. Verwundert zeigt sich die SPK darüber, dass bis 2008 weder Restitutionsbegehren angemeldet noch Entschädigungs- oder Wiedergutmachungsleistungen für den Verkauf geltend gemacht wurden, obwohl der Verbleib des Schatzes seit Jahrzehnten allgemein bekannt ist.

> Intervention Israels gibt dem Fall eine politische Dimension

Die „Beratende Kommission“, hat Mitte Januar über das Rückgabeersuchen beraten und dazu die Beteiligten angehört sowie Gutachten ausgewertet — ergebnislos. Nun hoffen nicht nur die Kontrahenten auf eine baldige Empfehlung der Kommission. Denn der ohnehin schon komplexe Fall hat längst eine politische Dimension angenommen. Die israelische Kulturministerin Limor Livnat hatte sich bereits im Vorfeld der Befassung durch die Kommission in einem Brief an den damaligen deutschen Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, gewandt und bemerkt, Israel vertraue darauf, dass die Kommission sich der Bedeutung bewusst sei, „die diese Angelegenheit für das jüdische Volk insgesamt und besonders für die Holocaust-Überlebenden“ habe. *Jan Heitmann*

(Siehe Kommentar Seite 8.)

Wie Friedrich der Große nach Pennsylvania kam

Kaiser Wilhelm II. schenkte US-Präsidenten 1904 eine Statue des Preußenkönigs – Von zwei Weltkriegen durchs Land gejagt

Die Bäume hinter der Statue von Friedrich dem Großen sind kahl, doch im Frühjahr blühen sie wieder rosa. Allerdings sieht man den preußischen Monarchen dann von der Straße dahinter nicht mehr. Doch im Grunde interessiert sich sowieso keiner der rund 18 000 Einwohner von Carlisle Barracks im US-Staat Pennsylvania für die Bronzenachbildung der Preußenstatue, die von dem einst berühmten Bildhauer Joseph Uphues (1850–1911) gefertigt wurde. Das Original stand ursprünglich in Berlin Tiergarten, eine Replik befindet sich heute vor der Direktion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in Potsdam.

Eigentlich sollte Friedrich II. (1712–1786) als Symbol der deutsch-amerikanischen Freundschaft in Washington an renommierter Stelle stehen. Doch bereits als Kaiser Wilhelm II. seinen Botschafter in Washington 1904 das Geschenk an US-Präsident Theodore Roosevelt überreichen ließ, hielt sich die Freude des Beschenkten in Grenzen. Während das Kaiserreich stolz auf seinen aufgeklärten Monarchen war, war er für die republikanische USA ein Symbol eines überkommenen Herrschaftssystems. Da man den absolutistischen Monarchen nicht in die Nähe von Symbolen und Persönlichkeiten der Republik aufstellen wollte, stellte man ihn versteckt auf dem Grundstück des Army War College, einer höheren Bildungseinrichtung des US Army, auf.

Wie der Kaiser auf diesen Affront reagierte, ist nicht bekannt, doch erfreut haben dürfte ihn der Umgang mit seinem Geschenk nicht unbedingt. War es doch aus seiner Sicht eine große Geste gewesen. Bereits 1902 hatte er seinen Bruder Heinrich auf Rundreise in die Vereinigten Staaten geschickt. Spätestens seit 1898 gab es Spannungen zwischen Berlin und Washington. Denn als am Ende des Spanisch-Amerikanischen Krieges um die Philippinen sich die Deutschen einige pazifische Inseln des ehemals spanischen Kolonialbesitzes wie die Marianen und Palau einverleibten, reagierte Washington verstimmt, hatte man sich doch neben den Philippinen und einigen Inseln vom gewonnenen Krieg mehr erhofft. Auch drängten preußische Großgrundbesitzer auf Schutzzölle gegen billiges US-Getreide, das ihnen die Preise zerstörte. Die darauffolgende Disharmonie im deutsch-amerikanischen Verhältnis sollte der Preußenprinz mit seinem Besuch beenden. Und so legte Heinrich im Namen von Kaiser Wilhelm II. und der Kaiserlichen Marine zwei Kränze vor dem Grab des ersten US-Präsidenten George Washington nieder und pflanzte ein Bäumchen im Botanischen Garten, bevor er dann von Roosevelt empfangen wurde. Da die Reise als ein absoluter Erfolg bewertet werden konnte – schließlich hatten Zeitungen begeistert von dem sympathischen Kaiserbruder berichtet, er war von zahlreichen in die USA ausgewanderten Deutschen, aber auch von Politikern und Unternehmern empfangen worden, und die Elite-Universität Harvard hatte ihm sogar einen Ehrendoktor verliehen –, dachte man in Berlin, alles sei wieder gut.



Bild: SPSG / Oberhofmarschallamt, Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten (1927)

Eine Bronzenachbildung dieser Friedrich-II.-Statue ging als Geschenk in die USA: Ein Original stand lange im Park Sanssouci

Doch die Einmischung der Deutschen in Venezuela Ende des Jahres 1902 verärgerte die USA erneut. Hatte Washington doch mit der Monroe-Doktrin deutlich gemacht, dass man Südamerika als US-Interessengebiet betrachte. Und nun griffen die Deutschen militärisch ein, in dem Versuch, die Gelder der in Venezuela aktiven deutschen Unternehmen einzutreiben.

Um die US-Regierung wieder zu besänftigen, schickte der Kaiser dann 1904 Friedrich den Großen, der allerdings weniger freundlich aufgenommen wurde als Prinz Heinrich. Da zahlreiche deutsche und amerikanische Industrie- und Handelsunternehmen, aber auch Banken gegenüber ihren Regierungen betonten, wie wichtig für sie ein gutes deutsch-amerikanisches Verhältnis sei, da der beidseitige Handel ständig wachse, überzeugten wirtschaftliche Argumente beide Staaten davon, enger miteinander zu kooperieren. Und so entschied der US-Kongress, dem Kaiser und deutschen Volk ebenfalls eine Statue zu schenken. Der 1868 in Nordrhein-Westfalen geborene, nun in den USA lebende Bildhauer Albert Jaegers hatte eine Statue des 1730 in Magdeburg geborenen US-Generals Friedrich Wilhelm von Steuben für den LaFayette Park in Washington gefertigt. Steuben gilt als Schöpfer des amerikanischen Heeres, dem die USA den Sieg gegen Großbritannien im Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) zu verdanken haben. 1911 ging eine Kopie der Statue nach Deutschland.

Doch dann brach der Erste Weltkrieg aus. Zwar waren die USA lange neutral, doch Stück für Stück bezogen sie mehr Position für die Entente mit Großbritannien und Frankreich als Hauptrepräsentanten. Am 6. April 1917, nachdem das Reich zuvor den Uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausgerufen hatte, erklärten die USA dem Kaiserreich offiziell den Krieg. Und plötzlich war der Platz auf dem Gelände des Army War College in Washington für die Statue von Friedrich dem Großen nicht mehr abgelegen genug. „Während des Ersten Weltkriegs wurden negative Stimmen seitens des Kongresses und der Bevölkerung laut, es wurde sogar mit der Zerstörung des Denkmals gedroht“, ist es auf der Inventarliste von „American Painting and Sculpture“ verzeichnet. Und so wurde Friedrich der Große am 15. April 1918 aus der Öffentlichkeit entfernt. Erst 1927 kehrte er an seinen alten Platz zurück, um dann während des Zweiten Weltkrieges wieder eingelagert zu werden. Es dauerte fast zehn Jahre nach Kriegsende, bis er 1954 aus dem Depot geholt wurde. Doch dann erhielt er einen neuen Standort: am Paradeplatz einer anderen Einrichtung des Army War Colleges, jetzt aber in Carlisle Barracks, zwei Stunden Autofahrt von Washington entfernt.

Im Vergleich mit einer anderen Statue geht es dem Preußenkönig aber noch gut. So hatte der Bildhauer der Steuben-Statue auch eine Skulptur namens Germany geschaffen, die 1907 neben den Statuen von elf anderen seefahrenden Mächten der antiken und modernen Welt vor dem United State Customs House in New York aufgestellt worden war. Diese wurde 1918 in Belgien umbenannt und heißt bis heute so. *Rebecca Bellano*

Nicht jeder Bulgare ist Cigani

Zu: Nichts zu verlieren (Nr. 2)

Als Bulgare bin ich am Arbeitsplatz wie in der Gesellschaft ständig Beleidigungen ausgesetzt, weil fast alle Deutschen die Bulgaren mit Cigani – Zigeunern – gleichsetzen. Ich verstehe ja die Wut über das freche Abgreifen von Sozialleistungen durch Wohlstandssucher aus dem Osten, muss aber betonen, dass ein Bulgare Schulbildung und Beruf besitzt, dass er Ordnung und Sauberkeit liebt, dass er von seiner Arbeit und nicht vom Betteln oder Stehlen lebt, dass er seine Kinder nicht zum Einbrechen und zum Taschendiebstahl, sondern zur Schule schickt.

In Bulgarien unterscheidet man zwischen bulgarischem Volk und „Staatsbürgern“ mit bulgarischem Pass und fremder Muttersprache. Letztere genießen dort erhebliche Privilegien: Sie haben Strom und Wasser kostenlos, sie hausen unbehelligt in fremden Häusern und auf fremden Grundstücken, sie setzen sich ungestraft über die Schulpflicht hinweg und so fort.

Übrigens unternimmt mein Land große Anstrengungen zur Eingliederung der Cigani. Allerdings weitgehend vergeblich. Geregelte Arbeit ist nicht ihr Fall und neue Häuser und Wohnungen, die man ihnen zuweist, haben sie schon nach wenigen Wochen völlig ruiniert.

Mir ist unbegreiflich, weshalb die Cigani ein Recht auf die finanzielle Hilfe der Deutschen haben sollten. Haben sie jemals ins deutsche Sozialsystem eingezahlt? Ich kenne in Plovdiv und Varna viele anständige Familien, denen es schlecht geht. Da sollten wir doch alle schleunigst nach Deutschland ziehen!

Anton Tenkov, Geldern

Das Unnormale wird modern

Zu: Immer das Gegenteil (Nr. 2)

Wer heute die rot-grüne Medienlandschaft betrachtet, muss sich Vorwürfe machen, dass er keinen Migrationshintergrund nachweisen kann, nicht in der Lage ist, seinen sexuellen Neigungen medienwirksam Ausdruck zu verleihen, und auch noch als stinknormaler deutscher Michel seinen Pflichten nachkommt. Wie langweilig und anrüchig!

Wer dazu noch gewisse Euro-Rettungspakete, einen ungebremsten Zuwanderungszulauf ohne Prüfung von gegenseitigen Nutzen und Möglichkeiten infrage stellt, hat ganz schlechte Karten. Als Gutmensch unbrauchbar wird er in die rechte Ecke gestellt. Ein Ewiggestriger heißt es in der neuen Sprachregelung, welcher sich einer politisch korrekten Verhaltensweise störrisch widersetzt.

Wenn das Subjekt auch noch Deutschland als Heimat bezeichnet, ist das Maß voll. Diese altmodischen Sprachwendungen müssen einer differenzierten Prüfung auf neuzeitliche Eignung unterzogen werden. Wo sind wir nur hingeraten?

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

CSU knickt ein

Zu: Euro-Kritiker in der Defensive (Nr. 2)

Auch der CSU ist nicht mehr zu trauen, hat doch Herr Stoiber gerade jetzt erst die Parole ausgegeben, dass die EU sakrosankt sein muss, auch innerhalb der CSU.

Herr Seehofer ist genauso machtversessen und versucht, die EU-kritischen Stimmen einzufangen, ohne wirklich EU-kritische Politik nachzumachen oder durchsetzen zu wollen. Siehe lächerliches Ergebnis bei der Maut für Ausländer.

Matthias Mogler, Neuf-Brisach/Frankreich

Politisch entsorgt

Zu: Sehr verdächtig (Nr. 51/52)

Der AfD fehlt nach wie vor neben dem Euro-Thema ein verbindliches Programm. Dafür tummeln sich dort zuhauf Altparteien-Seilschaften, Bankrotteure, Mobbingspezialisten und sonstige Verlierertypen auf der Suche nach Geld und politischer Macht. Jedem Schwätzer wird nach dem Mund geredet und vage Programmpunkte immer weicher gespült, weil man hofft, damit der Nazikeule zu entrinnen und Konkurrenten zu entsorgen.

Leider stimmt alles, was Ulrich Thurmann, der Ex-Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, bei seinem Austritt aus der AfD geschrieben hat. Es sind noch viel mehr Leute ausgetreten. Schade, die letzte „Alternative für Deutschland“ wird gerade „politisch korrekt“ von der Partei alternativlos eingeebnet, die eben dieser Korrektheit einmal den Kampf angesagt hatte.

Ellen Wild, Frankfurt am Main



„Sozialtouristen“ im Anmarsch: Unwort des Jahres 2013 ist „Sozialtourismus“. Handelt es sich wieder um ein Sprachdiktat, das die Nennung eines Missstands unterbinden soll? Bild: action press

Der Westen schläft

Zu: Washington deckte Saudis (Nr. 2)

Wie vor einiger Zeit zu lesen war, hatten die Saudis wohl auch bei den letzten Terroranschlägen in Russland die Hände im Spiel. Angeblich ließen sie Russlands Präsidenten Wladimir Putin wissen, sie würden Anschläge zu den olympischen Spielen in Sotchi unterbinden, wenn Putin im Gegenzug seine Unterstützung Assads einstellte.

Natürlich lässt ein Putin sich nicht erpressen – die Terroranschläge in Wolgograd ließen nicht lange auf sich warten. Aber es ist ja sowieso bekannt, dass Saudi-Arabien und auch Katar die „Rebellen“ in Syrien lenken. Doch dem Westen scheint es egal zu sein. Der wird wohl erst aufwachen, wenn Europa an der Reihe ist. Und das wird kommen, wie das Amen in der Kirche – genug Moslems gibt es ja ohnehin schon.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Nichts als Fragen

Zu: Gewirr aus Widersprüchen (Nr. 3)

Ist es nicht merkwürdig, dass bei der gefundenen Ceska CZ 83 der Schalldämpfer durchgeglüht war und der Griff (bekanntlich aus Kunststoff) heil die Flammenhölle überstanden hat? Ist es nicht merkwürdig, dass diese Serie von der Stasi bestellt und über die Schweiz geliefert wurde? Hatte vielleicht der BND solche Verbindungen?

Rüdiger Röthke, Berlin

Falsches Ziel?

Zu: Washington deckte Saudis (Nr. 2)

15 der 19 mutmaßlichen Attentäter des 11. September waren saudische Staatsbürger. Hätte die Nato dann nicht in Saudi-Arabien einmarschieren müssen statt in Afghanistan?

Frank-Michael Rost, Erftstadt

Fragwürdige Auszeichnung eines »Unwortes«

Zu: Heiße Kartoffel (Nr. 3)

Immer wieder erfahren wir am Ende des Jahres das Unwort – seit 1991 bereits. Die Veröffentlichung ist einer „Unwort-Jury“ zu verdanken. Sie ist bei der Gesellschaft für deutsche Sprache in Darmstadt angesiedelt. In der Geschäftsstelle der Gesellschaft in Wiesbaden wird das Wort des Jahres schon etwas länger erwählt.

„Die Gesellschaft für deutsche Sprache ist eine politisch unabhängige Vereinigung zur Pflege und Forschung der deutschen Sprache. Sie möchte das Bewusstsein für die deutsche Sprache vertiefen und ihre Funktion im globalen Rahmen sichtbar machen.“ So ist es auch auf der Internetseite der Gesellschaft zu lesen. Die Sprachentwicklung wird kritisch betrachtet und auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung Empfehlungen für den allgemeinen Sprachgebrauch gegeben. Der Arbeitsschwerpunkt der Gesellschaft wird in der Tätigkeit des Redaktionsstabs beim Deutschen Bundestag deutlich, wo sie Ausschüsse, Ministerien, Institutionen in sprachlichen Fragen berät.

Auch in Fragen der Rechtschreibung ist der Redaktionsstab behilflich. Die Vorsitzende der Jury, die Sprachwissenschaftlerin Nina Janich, gab im Dezember 2013 das Unwort des Jahres bekannt und erklärte: „Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu.“

Das Unwort des Jahres lautet: „Sozialtourismus“, diesem Begriff folgt auf der Liste der Unwörter „Protz-Bischof“. Die Begründung für die Auswahl des Unwortes des Jahres von 700 verschiedenen Vorschlägen der 1300 empfangenen Zusendungen gibt eher die private Meinung der Vorsitzenden wieder.

Diese knappe Begründung wirft Fragen auf, so zum Beispiel, welches Recht sie meint, wer ist in der Pflicht und wozu? Das Gremium gibt zwar vor, unabhängig zu entscheiden, aber nicht nach der Häufigkeit der Vorschläge. Die Autoren der Vorschläge bleiben unerwähnt. Ist diese Verheimlichung im Zeitalter der totalen Vernetzung noch zeitgemäß, fragt so mancher Zeitgenosse.

Bei der Auflistung der Unwörter fällt auf, dass es sehr häufig Wortzusammensetzungen, also Komposita sind. Diese Begriffe sollen nach Auffassung der Jury gegen das Prinzip der Menschenwürde und gegen Prinzipien der Demokratie verstoßen, weil sie „einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren, da sie euphemistisch, verschleiernd oder gar irreführend“ seien. Zur Erinnerung mögen hier zwei weitere Wendungen der Vorjahre genannt werden: „Döner-Morde“ und „Opfer-Abo“. In den Medien war zu hören beziehungsweise zu lesen, dass es sich bei den Unwörtern um eine „Auszeichnung“ handele. Ist bei diesem Begriff nicht auch ein Euphemismus zu verbuchen?

Warum „Sozialtourismus“ eine Auszeichnung verdient, liegt sicherlich im Bereich der Deutungshoheit. Bei wem diese auch liegen mag. Wer deutet, hilft nicht unbedingt dem, dem geholfen werden soll. Die Freizügigkeit der Bürger innerhalb der 28 EU-Staaten wird seit dem 1. Januar allen gewährt. Ein großes Recht! Stehen diesem keine Pflichten gegenüber? Es entsteht zunächst der Eindruck, dass schon im Vorfeld der Gültigkeit des Rechts auf Freizügigkeit die Sprachwissenschaftler auf die sichtbaren, spürbaren Veränderungen im Sprachgebrauch geachtet haben. Die Wahl des Unworts des Jahres spiegelt dies wider.

Diese Auszeichnung mag angebracht sein, wenn es um die Registrierung von Wortneuschöpfungen geht. Spiegeln diese Wendungen aber politische Entwicklungen, öffentliche Diskussionen oder gar das Weltgeschehen wider? Der Begriff „Protz-Bischof“, der auf Platz 2 der Liste rangiert, lässt da Zweifel aufkommen, weiß man doch, dass damit eine Amtsperson in Hessen gemeint war/ist. Möglicherweise steht dieser Begriff aber für das Versagen vieler Gremien. Also doch einer Gruppe? Und damit ein Bezug auf Umwegen?

Norbert Tarsten, Köln

Bloß nicht denken

Zu: Löchrig wie Schweizer Käse (Nr. 51/52)

Meinungsfreiheit? Die haben wir nur bei unwichtigen Themen: Fußball, Glatteis, Bier- und Benzinpreis. Mir scheint, das Grundgesetz wurde aufgehoben. Der Amtseid des Präsidenten, Bundeskanzlers und der Minister wird – ohne dabei Sanktionen zu befürchten – ebenfalls nicht mehr beachtet. Und das trifft auch für unsere Geschichte zu. Demokratie? Mit der EU wurde diese, falls es so etwas gab, abgeschafft. Die EU-Verwalter sprechen da ganz ungeniert die Sprache einer Diktatur. Mangels Alternativen ist die sogenannte „Demokratie“ nicht wirksam. Über den konsequenten notwendigen Schritt des deutschen Volkes möchte ich lieber nicht nachdenken.

Klaus Borgolte, Kapstadt/Südafrika

Zeit, den USA die Stirn zu bieten

Zu: NSA profitiert von Lethargie der Deutschen (Nr. 3)

Uns bewegt die Politik, und mit Interesse verfolgen wir auch das Problem der Spionage der Vereinigten Staaten in Deutschland (in Politik, Wirtschaft, Finanzen, Organisationen, persönlichen Privatbereich und so weiter). Das freche Argument der USA, es sei alles zur Abwehr von Terroristen oder anderen Gefahren, ist natürlich gelogen – wie immer und alles, was zu diesem Thema von dort kommt. Das gilt auch bei diesem „No-Spy“-Vertrag, der derzeit ausgehandelt wird.

Was heißt eigentlich Vertrag? In diesem Falle hat Deutschland den USA klare und präzise Bedingungen zu stellen und nicht zu verhandeln. Als Untergeordneter der Vereinigten Staaten muss Deutschland gewisse Zugeständnisse machen, aber alles hat seine Grenzen. Am besten ist, wir fordern von den USA die umgehende und ersatzlose Schließung aller ihrer zahlreichen Spionage-Zentren bei uns. Denn diese haben nur ein Ziel: unsere Wirtschaft zu unserem Schaden und ihrem Vorteil auszuspähen.

Wie die US-Amerikaner wirklich zu uns stehen? Das hat das kleine Beispiel des abgehörten Kanzlerinnen-Telefons gezeigt. Die Rede, wir seien angeblich „Verbündete“, „Partner“ oder gar „Freunde“, war und ist Unsinn. Die USA dulden niemanden neben sich, sondern nur unter sich.

Nach wie vor wird Deutschland von den Vereinigten Staaten nicht wirklich ernstgenommen, und sie versäumen keine Gelegenheit uns vorzuführen. Die neugewählte Bundesregierung hat nun die Möglichkeit, endlich Einfluss zu nehmen. Das möge sie in Verantwortung für unser Land auch offensiv tun.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

Uni Legoland

Zu: Polemik gegen Humboldtforum (Nr. 51/52)

Der Ausdruck „No“-Humboldt zeigt doch, wessen Geistes Kind die Gegner des Humboldt-Forums sind. Über deren Unterstützung aus der linken Ecke muss man sich nicht wundern. Etwas anderes ist das ganze Konzept. Was soll es, nur eine Schlossfassade zu bauen? Es ist wohl nichts anderes übriggeblieben, soll der Besucher nicht von vornherein in die Flucht geschlagen werden.

Wozu studieren Architekten so lange und beschäftigen dann noch Statiker, Akustiker, Baufachleute und Innenarchitekten? Eine Ausbildung in der „Uni Legoland“ täte es da auch. Ein George Bähr hat die Frauenkirche geplant, bauüberwacht, eingerichtet – und das alles ordentlich und allein. Welcher heutige Architekt könnte das noch?

Werner Scholz, München

Böses Erwachen in der Diktatur

Zu: Fehler gehören wiederholt (Nr. 50)

Gibt es noch Hoffnung, dass die europäischen Völker aufwachen und erkennen, wohin uns all die selbsternannten EU-Eliten führen wollen? Keiner soll glauben, dass hier nur lupenreine Demokraten am Werk sind. Auch dann nicht, wenn sie mit dem Karlspreis ausgezeichnet werden.

Dessen Initiator, Dr. Kurt Pfeifer, hat die Zielsetzung 1949 unter anderem so formuliert: „Er (der Karlspreis) zielt auf freiwilligen Zusammenschluss der europäischen Völker, um in neu gewonnener Stärke die höchsten irdischen Güter – Freiheit, Menschlichkeit und Frieden – zu verteidigen ...“ Im krassen Gegensatz dazu steht der nun geehrte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. In seinem Positionspapier von 2012 lässt er wie folgt aufhorchen: „Die nationalen Parlamente handeln nicht im Interesse der EU und sollten daher in ihrer Bedeutung deutlich zurückgedrängt werden.“

Man staunt über Van Rompuy, dass die demokratisch gewählten nationalen Parlamente, die die Interessen ihrer Völker vertreten, nicht im Sinne der EU handelten. Was nimmt sich dieser EU-Bürokrat heraus? Der britischen EU-Parlamentsabgeordnete Nigel Farage titulierte ihn darauf als „stillen Meuchelmörder der europäischen Demokratie“. Die Souveränität der einzelnen europäischen Staaten wird sukzessive unterhöhlt und abgeschafft, und das nicht erst seit dem willenlosen Durchwinken von ESM und diversen Rettungsschirmen.

Wenn man näher hinschaut, stellt sich die Frage nach der Demokratie in Deutschland bereits bei derartigen Einheitsbeschlüssen des Parlaments. Ist das alles Volkes Wille? Der ehemalige Chef der Euro-Gruppe und Kollege von Van Rompuy, Jean-Claude Junkker, hat sich 1999 sehr treffend geäußert: „Wir beschließen etwas, stellen das in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Die überlieferte Äußerung eines wahrhaftigen – leider unbekannten – Demokraten sollte uns hier Warnung sein: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Erich Lienhart, Bühl

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 5 – 1. Februar 2014

Tilsiter Käse in Königsberg

Das Königsberger Museum Friedländer Tor zeigt die Ausstellung „Tilsiter Käse“ aus dem Stadtmuseum Tilsit. Diese Ausstellung beschäftigt sich mit der Käsesorte „Tilsiter“, dessen Rezept in der Stadt Tilsit erfunden wurde. Sie informiert über die Geschichte des Tilsiter Käses und den Prozess des Käsens. Zu ihren Exponaten gehören Fotos ehemaliger Käsereien ebenso wie eine Kollektion von Käse-Karikaturen des Königsberger Künstlers Igor Paschenko.

Das Rezept des Tilsiter Käses tauchte in der Mitte des 19. Jahrhunderts auf als Ergebnis der Arbeit einiger Generationen. Eine große Rolle bei der Entstehung des Tilsiter Käses spielten Nachkommen von Schweizern. Zunächst versuchten diese in der neuen Heimat, ihren berühmten Emmentaler zu produzieren. Sie mussten aber bald die Erfahrung machen, dass ihr aromatischer Qualitätskäse gewohnter Art in Ostpreußen nicht zu produzieren war. Das lag an der dortigen Vegetation der Grasarten, die eine ganz andere war als in der Schweiz. So wurde nach Alternativen gesucht. Als Ergebnis langjähriger Arbeit gelang es schließlich 1845 den Käsern, mit den in Ostpreußen vorhandenen Ressourcen einen hochwertigen Käse herzustellen. Eine Frau aus Milchbude bei Tilsit soll dabei eine tragende Rolle gespielt haben. Und „Tilsiter“ wurde denn auch die Bezeichnung des neuen Produktes, das sich sehr schnell großer Beliebtheit erfreute.

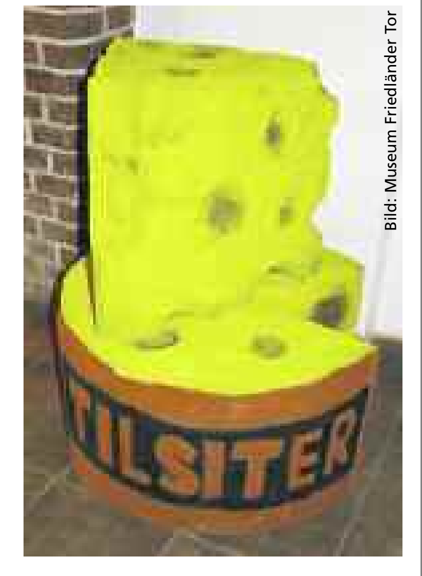


Bild: Museum Friedländer Tor

Exponat der Ausstellung

Es wurde zwar versucht, das Rezept geheim zu halten, doch gelangte es in die Schweiz, so dass ab 1893 diese Sorte auch in der Eidgenossenschaft hergestellt wurde. Dort erlangte der Käse eine solche Popularität, dass zu seinen Ehren ein Dorf benannt wurde. 2007 wurde in der Schweiz der kleine Ort Holzow in Tilsit umbenannt.

Heute zählt der Tilsiter zu den 20 besten Käsesorten der Welt. Er ist in vielen Ländern Europas bekannt und wird außer in der Schweiz auch in Dänemark, Polen und Litauen hergestellt.

2009 wurden die Stadt Tilsit [Sowjetsk] und Tilsit in der Schweiz Partnerstädte. Damit zeigte sich eine weitere Eigenschaft des Käses: Er ist in der Lage zu vereinigen.

Die Ausstellung ist noch bis zum 1. März dieses Jahres zu sehen.

PAZ

Nähere Informationen erteilt das Museum Friedländer Tor, 236004 Kaliningrad, ul. Dzerschinskogo 30, Telefon 644020.

Wo Geld ist, ist auch ein Weg

Kurische Nehrung: Straße wird saniert, doch Radwege befinden sich nach wie vor in Planung

In diesem Jahr soll die Straße auf der Kurischen Nehrung bequemer und komfortabler werden. Doch während die Hauptstraße von Cranz bis an die litauische Grenze befestigt und verbreitert wird, bleibt weiter offen, ob das Geld für die geplanten Radwege ausreicht.

Seit die neue Autobahn von Königsberg nach Cranz, ein Teil der sogenannten „Ringautobahn“, fertiggestellt ist, sind Reisen auf die Kurische Nehrung zum Vergnügen geworden, da die Straße mit bundesdeutschen Autobahnen vergleichbar ist. Doch wenn man Cranz in Richtung Kurische Nehrung verlässt, hört der Spaß auch schon auf.

An der Einfahrt zum Nationalpark Kurische Nehrung ist die Straße zwar noch in einem befriedigenden Zustand und ausreichend Parkplätze stehen auch zur Verfügung, doch ansonsten hat sich in Sachen Straßenzustand in den letzten Jahren wenig getan. Das mag auch erklären, warum sich kaum noch lange Schlangen vor dem Schlagbaum zur Einfahrt zum Nationalpark Kurische Nehrung bilden, wie es noch bis vor wenigen Jahren vor allem im Sommer üblich war.

Im Jahr 2012 wurde die Straße teilweise repariert, indem man Schlaglöcher beseitigte. Die Arbeiten betrafen den Bereich der Einfahrt und einen Streckenabschnitt in der Nähe des Dorfes Rossitten.

Jetzt stehen größere Arbeiten an. Wenn die finanziellen Mittel es erlauben, soll die Straße auf den wichtigsten Abschnitten befestigt und verbreitert werden. Der Untergrund, auf dem der Asphalt liegt, ist sandig und instabil. Deshalb hat sich die Straße stark verformt, die Ränder haben sich abgesenkt oder sind abgebrochen, wodurch die Fahrbahn immer enger wird. Und das, obwohl die Straße auf der Kurischen Nehrung ohnehin nicht besonders breit ist. Ihre Form erinnert an ein gewundenes Band mit bizarren Wendungen, was auch die Unfallgefahr erhöht.

Auf der litauischen Seite der Kurischen Nehrung hat man bereits im vergangenen Jahr mit der Fahrbahnerneuerung begonnen.



Bevorzugen naturbelassene Wege: Elche im Nationalpark Kurische Nehrung

Bild: J.T.

Auch dort war davor lange Zeit keine größere Straßenreparatur durchgeführt worden und man hatte sich im Wesentlichen auf die Beseitigung der Schlaglöcher beschränkt. Infolgedessen war die Strecke besonders in dem Bereich zwischen Nidden und Schwarzort sehr schlecht. Allerdings haben Sturm und Regen die Bauarbeiten, mit denen im Herbst begonnen wurde, zum Erliegen gebracht, so dass auf einigen Abschnitten, wo bereits der Asphalt entfernt worden war, die Straße nahezu unpassierbar ist. Deshalb ist auf diesen Abschnitten das Fahrrad ein alternatives Verkehrsmittel, da der litauische Teil der Nehrung mit Radwegen ausgestattet ist. Für den russischen Teil sind Radwege erst in der Planung. Bislang fehlen die Mittel, aber in dem Moment, wo sie vorhanden sind, soll das Radwege-Projekt verwirklicht werden. Pläne gibt es schon seit 2007. Damals gab der sogenannte „Regionale Hilfsfonds

Beantragung von Mitteln verschlafen

für den Nationalpark Kurische Nehrung“ den Auftrag zur Entwicklung einer entsprechenden Planung. Im Rahmen des EU-Projekts „Velobaltika“ wurden 230 000 Euro für die Planung bereitgestellt. Diese Mittel wurden ausgegeben, aber die Konzeption, die mit diesem Geld erarbeitet wurde, widersprach einer Reihe von Normen, weshalb sie bei den ökologischen Gutachten durchfiel. Danach stellte die EU ihre Finanzierungshilfe ein.

Erst 2013 stellte sich heraus, dass vom Gebietsbudget keine Mittel für die Einrichtung von Radwegen genutzt werden können, da der Nationalpark föderales Gebiet ist. Diese Tatsache ist allgemein bekannt. Deshalb ist es umso verwunderlicher, dass die Leitung des Nationalparks sich erst jetzt dazu entschlossen hat, eine Anfrage bezüglich der Zuteilung von Mitteln für den Bau von Radwegen an das Ministerium für Naturschutz und Ökologie in Moskau zu richten.

Als vergangenen Sommer eine Delegation des Europaparlaments die Kurische Nehrung besuchte, wunderte sich diese darüber, dass noch nicht einmal mit dem Bau der Radwanderwege begonnen worden war, obwohl schon viele Jahre darüber geredet wurde. Die Verwaltung des Nationalparks begründete die Verzögerung damit, dass zunächst öffentliche Anhörungen durchgeführt und Erhebungen über die angrenzenden Wälder vorgenommen werden müssten.

Bleibt zu hoffen, dass nun im Zuge der Straßenerneuerung doch noch Radwege gebaut werden, damit die Kurische Nehrung auch für Radtouristen attraktiv wird.

Jurij Tschernyschew

Gutshaus Groß Potzdorf in neuem Glanze

Das Anwesen erlebt eine Renaissance als Edelherberge – Insbesondere Pferdefreunden wird manches geboten

Das Schloss in Groß Pötzdorf [Pacółtowo], Kreis Osterode erstrahlt in neuem Glanze. Noch bis vor Kurzem leckten bei dem einst blühenden ostpreußischen Gutshof die Dächer und waren die Räumlichkeiten verwahrlost. Jetzt besticht das in einem ziemlich abseitigen Landwinkel bei Grünfelde und Tannenberg gelegene Schloss durch eine pietätvolle Restaurierung. Die gelungene und vollständige Revitalisierung des Schlosses, das nun als Erholungsheim mit Wellness-Bereich und Bildungsstätte genutzt wird, ist neueren Datums.

2008 erwarb Karolina Wajda, die Tochter eines renommierten polnischen Regisseurs und einer bekannten Schauspielerin, die ganze Anlage samt einem weitläufigen Grundstück. Binnen etlicher Jahre schaffte sie es, das Anwesen in ein wahres Prachtstück zu verwandeln. Schon früher, nach der politischen „Wende“ des Jahres 1989, hatte eine Danziger Firma einen gebührenden Beitrag zur erfolgreichen Sanierung des Schlosses geleistet. Doch erst der neuen Besitzerin gelang es, dem zwar imposanten, aber immer noch renovierungsbedürftigen Anwesen neues Leben einzuhauchen. Ihr Hauptziel war es, das Objekt mit der umliegenden Gegend einem anspruchsvolleren Publikum aus dem In- und Ausland zu erschließen. Pferdefreunden steht ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, ihrem Hobby zu frönen. Als begeisterte und erfahrene Reiterin bietet die neue Gutsbesitzerin mit teilweise adligen Vorfahren ihren Sportskameraden vielfältige Möglichkeiten.

Davon, dass auch deutschsprachige Gäste in Groß Pötzdorf herzlich willkommen und stets gern gesehen sind, zeugt eine aufschlussreiche Homepage in deutscher Sprache. Zwar ist das Deutsch etwas holperig, doch kann man dieser Quelle manch geschichtliche Information über den Ort entnehmen. Dabei wird die Vorkriegszeit nicht ausgelassen, sondern klar thematisiert (www.palacpacoltowo.com/de/geschichte/).

Der optimistisch anmutende Fall Groß Pötzdorf lässt darauf hoffen, dass bald auch andere Objekte dieser Art eine Neugeburt feiern werden. Doch auch schon jetzt kann man sich anderer erfolgreich erretteter Schlossanlagen erfreuen, wie etwa derer in Gallingen bei Bartenstein und in Rhein. Dies veranschaulich einen krassen Unterschied zu den Zuständen jenseits der innerostpreußischen Grenze. Doch tut sich auch etwas im russischen Teil Ostpreußens. So wurde dort erst vor Kurzem auf höchster Ebene der Entschluss gefasst, das baufällige Kant-Haus in Judtschen bei Insterburg vor dem endgültigen Verfall zu retten. *Grzegorz Supady*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

dass diese Winterwochen in uns die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung immer wieder wach werden lassen, wie ich in der letzten Folge schrieb, hat auch unsere Leserinnen und Leser zur Feder greifen lassen. Das heißt, der Brief von Frau **Helga Lendzian** aus Erkrath, mit dem ich unsere heutige Kolumne beginnen will, kam schon vor der Veröffentlichung bei uns an. Sie übersandte uns also aus eigenem Impuls ihren Beitrag, wie auch die Anfangszeilen ihres Schreibens beweisen: „Passend zu den sich nun wieder jährenden Ereignissen im Jahre 1945 möchte ich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen, eine Erfolgsstory." Das liest man gerne, denn ein Beitrag wie der von Frau Lendzian lockert die Reihe der schicksalsschweren Erinnerungen auf, die unsere nächsten Folgen weitgehend bestimmen werden. Also lassen wir sie erzählen:

„Eine mir gänzlich unbekannte Lyckerin, Frau Bieber geborene Kischkel, meines Jahrganges – 1925 – findet meine Anschrift durch einen länger zurück liegenden Artikel von mir im *Ostpreußenblatt* oder durch den Hagen-Lycker Brief mit dem Beitrag ‚Das Soldatengrab im Schwarzwald'. Sie suchte – es war ihr ein Herzensbedürfnis, sagte sie –, etwas über meinen Onkel, **Hans Fligge** aus Lyck, zu erfahren, und bat mich, ihr etwas über diesen Verwandten zu erzählen. Ich hatte mit ihm in meiner Kindheit wenig zu tun gehabt. Hans Fligge wurde nicht Soldat, da er einem kriegswichtigen Betrieb, der Gärtnerei Fligge, vorstand. Erst im Herbst 1944 kam ich ihm etwas näher, als ich ihm in der Gärtnerei helfen konnte, da seine jungen Leute aus der Gärtnerei eingezogen waren.

Diese Lyckerin, Frau **Elfriede Bieber**, nannte meinen Onkel ihren Lebensretter, dem sie sich noch immer zu tiefstem Dank verpflichtet fühlte und dem sie deshalb einen Stern kaufen möchte. In dem für uns alle schrecklichen Januar 1945 lebte und arbeitete sie ohne Angehörige in der Stadt. Mein Onkel habe sie förmlich gezwungen, am Abend vor dem Einmarsch der Roten Armee am 23. Januar eine von ihm angebotene Fahrmöglichkeit nach Westen zu nutzen. Er selbst blieb in Lyck, wurde verschleppt und verstarb in Russland. Das erfuhr Frau Bieber durch das Rote Kreuz. So erhielt ich eine Schilderung der letzten Tage in Lyck. Es muss eine schreckliche Atmosphäre gewesen sein, als die Kirchenglocken plötzlich zu ungewohnter Zeit läuteten und es keine Menschen mehr auf der Straße gab. Frau Bieber, damals Fräulein Elfriede **Kischkel**, kam im Westen an. Vor gar nicht so langer Zeit nahmen wir Kontakt miteinander auf. Ich fand alte Bilder, die ich ihr schicken konnte. Ganz unerwartet erhielt ich einen wunderschönen Blumenstrauß als Dankeschön. Es war ein sehr bewegendes Erlebnis für mich, auf einigen Umwegen und sehr verspätet, einiges über meinen Onkel zu erfahren, den ich vorher ganz anders eingeschätzt hatte."



Glänzt in Orangerot: Königsberger Mülltonne von 1939 Bild: privat

Frau Biebers Schicksal stand also sprichwörtlich unter einem guten Stern, und deshalb wollte sie ihm wohl einen echten Stern kaufen. „Gibt es das?", fragt Frau Lendzian. Ja, das gibt es, allerdings wird nicht der Stern gekauft, sondern der noch namenlose Himmelskörper wird nach dem beschenkten Menschen benannt. Vielleicht gibt es wirklich „einen Stern, der seinen Namen trägt", und sicher werden wir das noch erfahren – oder ob Frau Bieber diesen Sternenkauf symbolisch gemeint hat. Aber eine ganz besondere Geschichte ist es schon, und wir danken Frau Helga Lendzian sehr dafür.

Als die Ostpreußische Familie vor nunmehr 42 Jahren von einem der damaligen Redakteuren des *Ostpreußenblattes* ins Leben gerufen wurde, geschah das unter dem Motto „Du sollst nicht mehr allein sein". Denn viele Vertriebene hatte es in Gebiete verschlagen, in denen sie kaum Landsleute fanden, mit denen sie über Heimat und Schicksal sprechen konnten. Über die damals nur einmal im Monat erscheinende, recht bescheidene Kolumne sollten sie Kontakt zu anderen Vertriebenen erhalten, vor allem zu Landsleuten aus ihrer engeren Heimat. Für manche Leserinnen und Leser bot das *Ostpreußenblatt* die einzige Gelegenheit, alte Bekannte und neue Freunde zu finden, und diese von uns selbst gestellte Aufgabe bekam noch eine besondere Bedeutung, als der Eiserne Vorhang fiel. Auch heute steht das Motto „Du sollst nicht alleine sein", über unserer Familienarbeit, denn es gibt immer noch Vertriebene, die sich einsam fühlen, obgleich sie versorgt und gepflegt werden. Es sind die Ältesten unter uns, die keine gleichaltrigen Schicksalsgefährten aus ihrer Heimat mehr haben, mit denen sie über ihre Kindheit und Jugendzeit sprechen können. Ich kenne diesen „Kahlschlag", wenn man feststellen muss, dass Freunde und Bekannte, die immer für ein Gespräch bereit waren, nicht mehr da sind. Wenn dann noch körperliche Behinderungen hinzukommen, ist die Einsamkeit programmiert. Dann ist unsere *PAZ* mit der Ostpreußischen Familie oft die letzte Verbindung zur Heimat.

So war ich auch nicht verwundert, als mir mitgeteilt wurde, dass eine ältere Dame angerufen habe, die nach eigenen Aussagen in einem ähnlichen Alter wie ich und Königsbergerin sei und mich auch kennen würde. Allerdings war mir ihr Name unbekannt, was zwar nicht bedeutet, dass wir uns nicht doch irgendwann vor oder nach der Flucht begegnet wären, aber das erwies sich als unwichtig, als ich wunschgemäß zurückrief. Hauptsache für Frau **Sebber** war, dass sie endlich einmal mit einer Königsbergerin aus ihrer Altersgruppe sprechen konnte. Und so wurde es ein langes Gespräch, das wir endlos hätten fortsetzen können, soviel Gemeinsamkeiten schälten sich heraus. Vor allem, was die Flucht betraf, denn wir verließen beide in diesen Januartagen 1945 unsere Heimatstadt, beide kamen über See in den Westen. Natürlich sprachen wir auch über unsere Kindheit und unsere beruflichen Anfänge in Königsberg. **Ingeborg** Sebber besuchte die Meisterschule des Deutschen Handwerks und auf diesem Fundament baute sie im weiteren Leben ihre Berufslaufbahn als Modedesignerin in Berlin auf. Später zog sie zu ihrer Tochter nach Lübeck, wo sie noch heute wohnt. Altersbedingt hat sie so gut wie keinen Kontakt zu Königsbergern, mit denen sie über die schon in unserem Gespräch angedeuteten Erinnerungen sprechen kann, das Telefon bleibt stumm. Ich schlug ihr vor, ihren Wunsch in unsere Kolumne zu veröffentlichen, denn es gibt sicherlich Leser und Leserinnen, mit denen sie diese Erinnerungen austauschen kann. Vielleicht finden sich ja auch alte Bekannte von Frau Sebber wie Absolventen der Meisterschule oder Nachbarkinder aus Maraunenhof, wo die Familie in der Sudermannstraße 19 gewohnt hat. Ein 94-jähriges Leben wie das von Ingeborg Sebber ist mit Sicherheit sehr begegnungsreich gewesen. Ich wünsche ihr jedenfalls beglückende Gespräche. (Telefon 0451/793521.)

Im Falle der Mitte der 30er Jahre von ostpreußischen Schülern geschriebenen Aufsätze über ihre Heimat, die in dem Nachlass eines norddeutschen Pädagogen gefunden wurden, hat die Ostpreußische Familie ihre Mittlerrolle bestens bewiesen. In Folge 24/13 konnten wir von diesem erfreulichen Fund berichten, über den uns Frau **Ute Eichler** eingehend informierte. Es handelte sich um zwei Mappen mit 53 Berichten, die in den Jahren 1935/36 im Rahmen einer Austauschaktion mit der Schule Deichhausen bei Büsum von den älteren Schulkindern der Schule Sausgörken geschrieben wurden. Heute können diese gut erhaltenen Aufsätze als authentische Dokumente über das Leben in einem ostpreußischen Dorf vor Krieg und Vertreibung angesehen werden. Aber noch wertvoller dürften sie für die damaligen Aufsatzschreiber und ihre Familien aus dem bei Barten gelegenen Ort sein und damit für die Kreisgemeinschaft Rastenburg – das meinte Frau Eichler und lag damit genau richtig. Denn kurz nach der Veröffentlichung meldete sich die Redakteurin des Heimatbriefes „Rund um die Rastenburg" und Leiterin des Bildarchivs, Frau **Edith Kaes**, und bekundete ihr Interesse an dem Fund. Sie wollte mit den in der Kreisgemeinschaft vorhandenen Adressen einen Namensabgleich durchführen, der dann auch erfolgte, wie wir in Folge 29/13 berichten konnten. Leider erbrachte eine erste Sichtung die Gewissheit, dass einer der Aufsatzschreiber im Zweiten Weltkrieg gefallen ist. „Sicher werden wir von dieser Suchaktion noch weiter hören", hatte ich geschrieben.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Und das ist geschehen, wenn wir auch nicht davon hören, sondern lesen können. Frau Kaes berichtete nämlich in der Dezemberausgabe 2013 des Heimatbriefes über die Veröffentlichung in der *PAZ* und listet auf, was in so kurzer Zeit schon geschehen ist. Sie geht ausführlich auf die Schulaufsätze ein, die ihr vorliegen und in denen die Schüler über ganz unterschiedliche Dinge berichtet haben. „In schönstem Sütterlin wurde über das Gutsleben, die Viehzucht, die Fahrt mit dem Milchwagen und Autobus oder über den Einzug der Elektrizität und das Überleben der Masern geschrieben." Die 31 Schulkinder, die sich an dieser damals durch das Rote Kreuz vermittelten Austauschaktion beteiligt haben, werden namentlich aufgeführt. Die erste Reaktion kam von einer Leserin, deren Familie aus Sausgörken stammt und die über das Schicksal von drei Genannten genaue Angaben machen konnte. Es sind **Wilhelm Romey** sowie **Erwin** und **Herta Schiwek**. Erwin ist jener Junge, der als 21-Jähriger fiel. Auch seine Schwester Herta lebt nicht mehr. Ihre ältere Schwester **Else** hat sich sehr über die ihr vermittelten Kopien der Aufsätze ihrer verstorbenen Geschwister gefreut und mithilfe ihrer Nichte versucht, auf einem Klassenbild von 1934 die späteren Aufsatzschreiber zu finden. Ein anderes Foto zeigt Erwin Schiwek auf der Schulbank, einen blonden Jungen mit ernstem Gesicht. Dadurch beweist diese Geschichte, dass sie nicht Vergangenheit ist, sondern bis in die Gegenwart reicht, was auch die Meldung des ehemaligen Schülers **Bruno Dreyer** bestätigt, denn ihm konnte Frau Edith Kaes zu seinem 90. Geburtstag ein ganz besonderes Geschenk übermitteln: Kopien seiner beiden Aufsätze, die er als Zwölfjähriger geschrieben hat – vor 78 Jahren!

Ja, unsere Ostpreußische Familie als Fundgrube! Nicht immer spektakulär, aber inhaltsschwer. Wie die gesammelten Jahrgänge von ostpreußischen Heimatbriefen, die Frau **Elisabeth Kuhn** aus Hamburg zu vergeben hat. Es handelt sich um die Heimatbriefe für den Kreis Heiligenbeil Nr. 1 bis 58, für den Kreis Wehlau Nr. 44 bis 90 und für den Kreis Braunsberg Nr. 1 bis 30. Ehe Frau Kuhn sie in der Papiertonne entsorgt, fragen wir unsere Leser: Wer will sie haben? Abzuholen nach Anruf bei Frau Elisabeth Kuhn, Untere Bergkoppel 20 in 21033 Hamburg, Telefon (040) 7398775.

Sie versieht seit 75 Jahren ihren Dienst, die Königsberger Mülltonne, auch jetzt in russischer Gebrauchsnahme. Kein bisschen zerbeult, mit glänzender Inschrift „Königsberg Pr. 1939" – so entdeckte sie Frau **Lilli Janßen** aus Iserlohn auf ihrer jüngsten Heimatreise an einer Tankstelle im Umfeld der Stadt. Sie sind eben durabel, unsere ostpreußischen Mülltonnen wie die Insterburger von 1935, die wir in Folge 49/13 zeigten.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir dürfen unsere Wurzeln niemals kappen

Jörn Pekrul reflektiert das Flüchtlingsschicksal seiner Mutter

Wir hatten sie schon angesprochen, die „Königsberger Wanderungen" von **Jörn Pekrul**, die er für unsere Ostpreußische Familie geschrieben hat, als Gruß und Dank für die unerwartete und positive Resonanz aus unserem Leserkreis auf seine in Bild und Wort festgehaltenen Eindrücke im nördlichen Ostpreußen. Heute wollen wir seine in einem längeren Beitrag aufgezeichneten Reflexionen bringen, die er in seiner Elternheimat bei jedem Besuch empfindet – nach langen Überlegungen, ob er sie nach außen tragen sollte. Er entschied sich dafür, weil ihm die Umstände der gesamten ostpreußischen Familie vertraut sind und er sich mit den Lesern und Leserinnen aus der Erlebnisgeneration wie auch mit ihren Kindern und Enkeln verbunden fühlt. Vielleicht ermöglichen sie dem einen oder anderen einen Vergleich und geben ein paar Anregungen des Verfassers weiter – 69 Jahre nach der Flucht –, die das Leben seiner Mutter und somit auch das des Sohnes bestimmte.

„Im letzten Jahr verstarb meine Mutter. Sie war sechs Jahre alt, als die Vertreibung begann. Die Gräueltaten der Roten Armee, vor allem an Mädchen und Frauen, gingen auch an ihr nicht vorbei. Jedoch schafften es gute Menschen, den Rest Leben wieder zu stärken, als der Treck weit im Westen unseres Landes versickerte. Dort war der Empfang zwar eisig: jahrelang Schläge auf dem Schulhof, weil: ‚Flüchtling, evangelisch, Osten', aber auch einzelne Menschen, die sich für die Unwillkommenen einsetzten. Oft konnten es nur kleine Gesten sein, doch selbst diese hellten in der Erinnerung den Flüchtlingsalltag auf, gaben sie ihr doch Kraft und Mut für ein weiteres Stück des Weges und retteten vor dem Gefühl des vollständigen Verlorenseins. Das Mädchen wurde eine fleißige Schülerin. Es machte eine Ausbildung, übte ihren erlernten Beruf aus – und trug ihren Teil zum Aufbau unseres Landes bei. Sozialhilfe zu beantragen, das wäre ihr nie in den Sinn gekommen. Die Lebensleistung der Heimatvertriebenen – erbracht trotz eines nie gelöschten Trauerschattens. Ich wuchs in der Pflichtethik Kants auf, das schönste Geschenk, das mir meine Eltern mitgegeben haben. Wir sind kein intellektuelles Haus, seine Lehren sind vielmehr Teil der ostpreußischen Wurzeln, die auch in einem einfachen Leben den Alltag besser ablaufen lassen.



Im Licht der Morgensonne: die Stoa Kantiana Bild: Jörn Pekrul

Am Ende erlebte ich im Pflegealltag, dass sich Borniertheit und Inkompetenz bei vielen Nichtbetroffenen bis heute erhalten haben. Jedoch erfuhr ich auch hier Anteilnahme von gänzlich unerwarteter Seite, und zwar von Russen meiner Generation. In ihren letzten Lebensmonaten starteten die Ereignisse der Flucht wieder einen Großangriff und mobilisierten Urängste, die so lange mühsam beherrscht worden waren: Die weite Ebene voll von Armeen, deren Schlachtruf ‚Matka! Matka!' aus den Tiefen der Vergangenheit bis an das Krankenbett drang. In nächtlichen Kämpfen wehrte ich diese Armeen ab, dabei ihr die Hand haltend, ihr Lieder aus der Heimat vorsingend, ihr Geschichten aus dem Land ihrer Kindheit und aus den Evangelien vorlesend. Am Ende war sie alleine – endlich. Ich begleitete sie zum Tor, durch das sie wieder nach Hause ging – in den Frieden der Heimat weit im Osten, in die Ruhe. Meine Lebensaufgabe war erfüllt, meine Fürsorge bleibt beim Vater.

Ein Sommertag in Königsberg im August 2013. Auf dem Kneiphof, am Grab des Kant, legt mein russischer Freund ein paar Blumen nieder. Es ist mein 50. Geburtstag. Anstatt eines Geschenkes, das er mir zukommen lassen wollte, bat ich ihn um diese Geste. Im Andenken an meine Landsleute, die dort lebten und starben oder fort mussten. Für einen jungen Russen eine ungewöhnliche Bitte, doch er verstand. Er schrieb mir, dass dieser Herzenswunsch eines Deutschen in ihm ein eigentümliches Gefühl der Ruhe und Friedens ausgelöst hätte, das er nicht mit Worten erklären könne. Soweit die Eindrücke eines ‚1963er Ostpreußen' zu den Ereignissen, die uns heute noch prägen. Sie bestätigen die Kraft, die uns zufließt, wenn wir diese Verbindung zu unseren Wurzeln nicht kappen. In der deutschen Lyrik gibt es die Geschichte von dem Goldenen Ball, der von Generation zu Generation durch alle Zeiten weiter gereicht wird. Es sind die durchlebten Erfahrungen, die zur Entwicklung kommender Geschlechter beitragen."

Reichen wir den Goldenen Ball weiter, den Jörn Petrul aufgefangen hat. Börries von Münchhausen hat über ihn ein wunderbares Gedicht geschrieben, in der letzten Strophe heißt: „Weithin im Saal der Zeiten sieht mein Blick dem Spiel des Lebens zu, gefasst und heiter, den goldnen Ball wirft jeder lächelnd weiter – und keiner gab den goldnen Ball zurück!" *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Minuth, Christel, geb. **Samland**, aus Wehlau, Gartenstraße 4, am 3. Februar
Wittenberg, Anna, geb. **Wittenberg**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 2. Februar

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Fuchs, Helene, geb. **Manglitz**, aus Kleinmark, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf; Kreis Elchniederung, am 7. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fallbach, August, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Szammetat, Lotte, geb. **Grätsch**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Weber, Eberhard, aus Königsberg/Preußen, Markgrafenstraße 7, am 31. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Biesemeier, Elisabeth, geb. **Riehl**, aus Treuburg, am 5. Februar
Doerk, Meta, geb. **Dejan**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Hermann, Fritz, aus Seerappen, Kreis Samland, am 4. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kaffka, Frida, aus Lyck, Yorkplatz, am 4. Februar
Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blaschke, Hildegard, aus Lyck, Eisenbahn Haus, am 6. Februar
Janett, Dora, geb. **Lunau**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Februar
Kroll, Hertha, geb. **Berlinke**, aus Patersort, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bohnhof, Charlotte, aus Lyck, Soldauer Weg, am 1. Februar
Buroff, Alma, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 7. Februar
Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kamien, Erich, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 4. Februar
Katzmarzik, Agnes, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Kowalewski, Emma, aus Lyck, Rothof, am 2. Februar
Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 7. Februar
Kuhrau, Martha, geb. **Benson**, aus Königsberg, Kreis Samland, am 1. Februar
Lange, Willy, aus Lank/Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Ziegler, Ella, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartkowski, Kurt, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 3. Februar
Bürrig, Karl-Heinz, aus Lyck, Steinstraße, am 1. Februar
Christofzik, Anneliese, aus Lisken, Kreis Lyck, am 6. Februar
Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Grabowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, und aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Legler, Ingeborg, am 2. Februar
Makossa, Marie, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Rohde, Lieselotte, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Rose, Elsa, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Stabbert, Hans, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Stanko, Helene, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Steffen, Margarete, geb. **Kowalleck**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Warnecke, Elfriede, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Bast, Charlotte, geb. **Fritz**, aus Ebenrode, am 7. Februar
Becker, Ursula, geb. **Scharwies**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Börder, Ruth, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Samland, am 1. Februar
Burbott, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Gerken, Frieda, geb. **Jurrat**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Gonska, Willi, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar
Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Ludwig, Ruth, aus Lyck, Abbau, am 5. Februar
Markus, Helmut, aus Neu-Tecklenburg/Posen, am 2. Februar
Metzker, Liesbeth, geb. **Blekat**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 3. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Schlifka, Frieda, geb. **Nee**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Warnecke, Elfriede, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar
Willutzki, Dr. Hans, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Both, Waltraud, geb. **May**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Buczko, Herbert, aus Lyck, Morgenstraße, am 7. Februar
Gehrke, Gretel, geb. **Bresslein**, aus Lötzen, am 2. Februar
Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Kühnel, Alice, geb. **Pahlke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 5. Februar
Loyda, Else, geb. **Kosinowski**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 7. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Piekatz, Margarete, geb. **Kerstan**, aus Lelesken, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Rüder, Lieslott, geb. **Küffel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Wieprecht, Ursula, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Achenbach, Irmgard, geb. **Platzek**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Bollmann, Helga, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 3. Februar
Edinger, Irmgard, aus Gusken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Fratzke, Hildegard, geb. **Konrad**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Gerull, Hertha, geb. **Weich**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 6. Februar
Geschwandtner, Heinz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Goerges, Udo, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz, am 1. Februar
Gibas, Margot, geb. **Nowotzin**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Gosdek, Lydia, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Gudat, Gerhard, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Hanneken, Willi, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Hartmann, Erna, geb. **Link**, aus Jaxen, Kreis Samland, am 7. Februar
Husemann, Irmgard, aus Regeln, Kreis Lyck, am 4. Februar
Ilgen-Sentek, Irmgard, geb. **Sentek**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Ischdonat, Werner, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Klein, Erna, geb. **Seitz**, aus Thierenberg, Kreis Samland, am 3. Februar
Kobialka, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 4. Februar
Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße, am 2. Februar
Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, am 4. Februar
Meyer, Magdalena, geb. **Stein**, aus Wehlau, am 5. Februar
Mielke, Gerda, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Müller, Kurt, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Scheuer, Edith, aus Lyck, Blücherstraße, 5. Februar
Stankewitz, Willy, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. Februar
Tannenberger, Irmtraut, geb. **Kraska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Trompell, Karl, aus Pobethen, Kreis Samland, am 4. Februar
Willwoll, Ruth, geb. **Bleyer**, aus Ebenrode, am 5. Februar
Woehler, Gerda, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Zandereit, Hanna, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behrendt, Arnhold, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 1. Februar
Breitinger, Ruth, geb. **Feyerabend**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 7. Februar
Düttmann, Hannelore, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Februar
Fleischer, Brigitte, geb. **Witulski**, aus Neidenburg, am 4. Februar
Hauswald, Paul, aus Alknicken, Kreis Samland, am 1. Februar
Jucknat, Hellmut, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Klein, Edith, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. Februar
Laskowski, Eva, geb. **Podufal**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, und aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar
Linke, Hildegard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Lipka, Heinz, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Marks, Günther, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Februar
Meding, Helga, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Februar
Neumann, Irene, geb. **Luttkus**, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Ohlmeier, Elisabeth, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Februar
Preush, Helmut, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 1. Februar
Redel, Edith, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 4. Februar
Schadwill, Dieter, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 7. Februar
Schawaller, Franz, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Scheffler, Heinrich, aus Goldbach, Karpau, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Schröder, Helmut, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. Februar
Schulz, Edeltraud, aus Kielen, Kreis Lyck, am 7. Februar
Symanzik, Baldur, aus Urbanken, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Untiedt, Christa, geb. **Krieger**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Weber, Irmgard, geb. **Pagalies**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adelheit, Rosemarie, geb. **Meier**, aus Ebenrode, am 7. Februar
Benz, Erika, geb. **Schnibbe**, aus Wehlau, am 5. Februar
Boy, Fritz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar
Broszies, Bernd, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Heckmann, Hannelore, geb. **Drosdatis**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 7. Februar
Jeromin, Maria, geb. **Kurrek**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Karweina, Erich, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Kriest, Gerda, geb. **Diesing**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Pieper, Doris, geb. **Kasimir**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Schenk, Gertrud, geb. **Zipper**, aus Wehlau, am 6. Februar
Schmid, Anne-Sophie, geb. **Walendy**, aus Treuburg, am 6. Februar
Schröder, Renate, geb. **Przykopp**, aus Treuburg, am 2. Februar
Schulz, Hildegard, geb. **Dudda**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Skirloff, Lothar, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Storim, Fritz, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Zimmermann, Erika, geb. **Pawelzik**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Dittchenbühne im Februar:

Mittwoch, 5. Februar, 19 Uhr: Vortrag Heilhypnose. Mit der inneren Weisheit Lösungen finden. Referentin: Brigitta von Werder-Geiger. Eintritt 10 Euro.

Freitag, 7. Februar, 20 Uhr: Premiere „Die Möwe". Drama von Anton Tschechow. Eintritt 25 Euro.

Sonntag, 9. Februar, 16 Uhr: Die Möwe. Eintritt 15 Euro.

Dienstag, 11. Februar, 19 Uhr: Vortrag „Die Friesen – Sprache, Geschichter und Bräuche eines kleinen Volkes an der Nordsee". Mit Professor Thomas Steensen und einem Essen (friesische Weinsuppe mit Schinken. Kosten 15 Euro.

Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr: Die Möwe. Drama von Anton Tschechow.

Sonntag, 23. Februar, 16 Uhr: Die Möwe. Eintritt jeweils 15 Euro.

Karten und Auskünfte unter: Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de Internet: www.forumbaltikum.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 1. Februar, 16.30 Uhr, Phoenix: Die Stasi in West-Berlin. Doku, D 2010.
SONNABEND, 1. Februar, 22.05 Uhr, N-TV: Die Wolfsschanze – Hitlers geheimes Hauptquartier.
SONNABEND, 1. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Das waren die Grünen. Doku, D 2013.
SONNTAG, 2. Februar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 2. Februar, 22.20 Uhr, MDR: Putins Spiele. Die Doku (D 2014) wirft einen Blick hinter die Kulissen der Machtpolitik Russlands.
MONTAG, 3. Februar, 20.15 Uhr, ARD: Wildes Deutschland. Berlin. Die Großstadt mit internationalem Flair ist gleichzeitig Lebensraum von Tausenden Waschbären, Füchsen, Fledermäusen, Eichhörnchen und Bibern. Doku.
MONTAG, 3. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Sotschi. Glanz und Kehrseiten der Putinschen Olympia-Medaillen. Doku.
DIENSTAG, 4. Februar, 20.15 Uhr, ZDF: Nicht alles war schlecht (2/2). DDR – Sehnsucht, Trotz und Rock'n'Roll.
DIENSTAG, 4. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Waffen für die Welt – Export außer Kontrolle. Doku.
DIENSTAG, 4. Februar, 23.35 Uhr, Arte: Hitlers Polizei. Doku, D 2011.
MITTWOCH, 5. Februar, 13.15 Uhr, SWR: Planet Wissen. Lebensborn – Kinder für Hitler.
MITTWOCH, 5. Februar, 14.45 Uhr, SWR: Bilderbuch. Entlang der Oder zur Neiße. Heimatreport.
DONNERSTAG, 6. Februar, 20.10 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen. Wendepunkt an der Westfront.
DONNERSTAG, 6. Februar, 22.30 Uhr, SWR: Mit Kennedy durch Deutschland.
FREITAG, 7. Februar, 15.15 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1963: Ich bin ein Berliner, Doku, F 2010.
FREITAG, 7. Februar, 15.35 Uhr, 3sat: Die Eroberung Sibiriens. Abenteurer und Kosaken.
FREITAG, 7. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Staatsgeheimnis Lkw-Maut. Wie Politik und Großkonzerne kungeln.
FREITAG, 7. Februar, 21.15 Uhr, N24: Die Wahrheit über die Mondlandung.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Montag, 12., bis Sonntag, 18. Mai: **Busfahrt** der Landesgruppe zusammen mit der AdM Mannheim zum **Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen** am 17./18. Mai in Kassel. Einladung zu einer Fahrt nach Holland zum Besuch des weltschönsten Frühlingsparks Keukenhof und zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel. Reiseroute: **1. Tag:** Busfahrt Mannheim Rotterdam, Stadtbesichtigung und Hafenrundfahrt. **2. Tag:** Führung Den Haag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung einer Käserei und der Stadt Gouda. **3. Tag:** Besuch Tulpenland Keukenhof inklusive Eintritt. **4. Tag:** Amsterdam mit Stadtführung und Grachtenfahrt. **5. Tag:** Rotterdam, Kassel-Braunatal, unterwegs Besichtigung der Windmühlen von Kinderdijk. **6. und 7. Tag:** Deutschlandtreffen in Kassel und Rückreise. Leistungen: Vier Übernachtungen mit Halbpension im 4-Sterne-Hotel in Rotterdam, zwei Übernachtungen mit Halbpension im Best Western Ambassador in Kassel-Baunatal, Führung und Hafenrundfahrt in Rotterdam, Führung in Den Hag, Eintritt Porzellanmanufaktur Delft, Besichtigung Käserei mit Kostprobe, Besuch inklusive Eintritt Tulpenland Keukenhof, Stadtführung und Grachtenfahrt Amsterdam, Eintritt Deutschlandtreffen, Busfahrt Mannheim – Holland – Kassel – Mannheim inklusive aller Rundfahrten. Bei genügender Teilnehmerzahl fährt der Bus über Stuttgart. Preis pro Person im Doppelzimmer 660 Euro, Einzelzimmerzuschlag 148 Euro. Mit der Anmeldung sind 150 Euro auf das Konto der Memellandgruppe Mannheim Kto. 741 570 84, BLZ 67050505, Sparkasse Rhein-Neckar Nord, zu überweisen, der Restbetrag bis 25. März. Anmeldung bis spätestens 25. März an Uta Lüttich, 70192 Stuttgart, Feuerbacher Weg 108, Telefon (0711) 854093 oder Uwe Jurgsties, Kirschblütenweg 13, 68542 Heddesheim.

Buchen – Sonnabend, 1. Februar: „Jul – ein schwedisches Lichterfunkeln“ – Busfahrt zur Ausstellung im Schloss Waldenbuch und zur Schokoladenfabrik. Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137. – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr: Fröhliches Hüttenbeisammensein in Krumbach/Baden. Auskunft unter Telefon (06281) 8137.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 5. Februar, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Hans-Dieter Krauseneck referiert über „Ännchen von Tharau“. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Stuttgart – Mittwoch, 12. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: „Stint ahoi“. Eingeladen sind die Mitglieder der Kreis- und der Frauengruppe zur traditionellen Faschingsveranstaltung. Beiträge der Mitglieder sind erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 13. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Die Frauengruppe trifft sich zum traditionellen Fischessen. Anmeldungen bei Frau Mater. – Sonnabend, 15. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

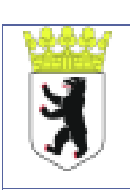
Bamberg – Mittwoch, 19. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über Marion Gräfin Dönhoff.

Hof – Sonnabend, 8. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof, 95030 Hof: Grützwurstessen.

Kitzingen – Freitag, 14. Februar, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Valentinstag und fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

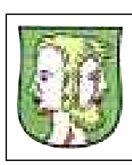
Landshut – Dienstag, 4. Februar, 14 Uhr, Heilig-Geist-Kirche: Ausstellung König Ludwig. 15 Uhr: Kaffee in der Blauen Stunde. – Dienstag, 18. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Jahreshauptversammlung und Kassenprüfung.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



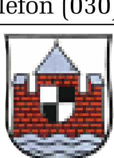
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 1. Februar, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.





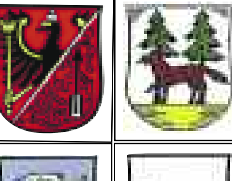
Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 8. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



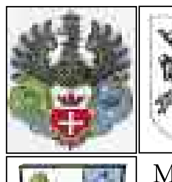
Rastenburg – Sonntag, 9. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Ostpreußische Küche. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



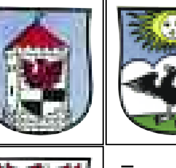
Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



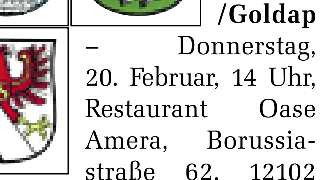




Königsberg / Samland / Labiau – Mittwoch, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.







Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 20. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

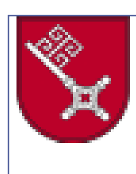


Bartenstein – Sonnabend, 22. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.





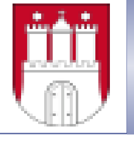
Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Fasching. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Die Gruppe hat eine gemeinsame Drei-Tagesfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 16. bis 18. Mai mit „JWD-Busreisen“ vorbereitet und 36 Betten in innerstädtischen Hotelzimmern reservieren lassen. Da eventuell nicht benötigte Zimmer nur bis zum 4. April abbestellt werden können, ist der 4. April auch der Anmeldeschluss für die Busfahrt. Anmeldungen werden daher baldmöglichst direkt bei JWD-Busreisen erbeten (Frau Venderbosch, Telefon 4854633). Reserviert sind folgende Zimmerkategorien im zentral gelegenen Novostar Hotel Kassel Zwei-Sterne-garni: EZ (Standard): 199 Euro (nur 2 Zimmer, nur per Treppe zu erreichen), EZ (Komfort): 224 Euro (8 x Nichtraucher und 2 x Raucher), DZ (Standard): 169 Euro (5x Nichtraucher und 1x Raucher), DZ (Komfort): 176 Euro (4 x Nichtraucher und 2 x Raucher). Die Busfahrt hin und zurück ab Bremen ist im Preis eingeschlossen, ebenso der Eintritt zum Deutschlandtreffen. Die Mitfahrt ohne Hotelübernachtung kostet 59 Euro einschließlich Eintritt.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

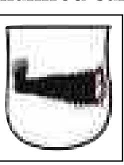
Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. bis 18. Mai in den Messehallen von Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee – gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rückfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Meckelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 26. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Zu Beginn wird satzungsgemäß die Jahreshauptversammlung durchgeführt, wie den Mitgliedern mit Tagesordnung bekannt gegeben. Für den anschließenden Teil ist es gelungen, Professor Günter Hertel, einen besonderen Ostpreußenfreund, für einen Vortrag zum Thema „Elchniederung heute“ zu gewinnen. Gäste sind herzlich willkommen.

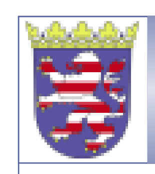
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 15. Februar, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe feiert Fasching.



HESSEN

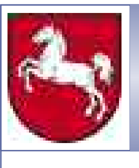
Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: Preußischer Fasteloawend“. Beginn wie üblich mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen. Die Gruppe freut sich über jeden, der etwas hierzu beträgt. Mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. – **Fahrt zum Deutschlandtreffen** – Die angekündigte Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel wird durchgeführt, da die Mindestteilnehmerzahl erreicht ist. Es sind noch Plätze frei. Weitere Anmeldungen nehmen Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788, oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327, entgegen.

Kassel – Donnerstag, 6. Februar, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung. Anschließend gestaltet Ruth Barthel den Heimatnachmittag: „Freud und Leid zur Winterszeit“.

Wetzlar – Montag, 10. Februar, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Joachim Albrecht spricht über den Humor der Ostpreußen. Gäste sind willkommen. – **Bericht** – Für weitere zwei Jahre hat die Jahreshauptversammlung der Wetzlarer Kreisgruppe während ihres Monatstreffens im Januar ihren bisherigen Vorstand im Amt bestätigt. In den Wetzlarer Grillstuben wählten die Mitglieder erneut Kuno Kutz (Volpertshausen) zum Vorsitzenden und Hildegard Henning (Wetzlar) zu seiner Stellvertreterin und Schriftführerin. Horst Koschinski (Oberndorf) bleibt Schatzmeister und Karla Weyland (Rauschenberg) Kulturbeauftragte. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung stellte Hildegard Henning den schlesischen Dichter Joseph Freiherr von Eichendorff (1788–1857) vor, dessen Gedicht „Oh Täler weit, oh Höhen, oh schöner grüner Wald“ in der Vertonung von Felix Mendelssohn-Bartholdy zu einem bis heute viel gesungenen Volkslied wurde. Das Jahresprogramm der Wetzlarer Ost- und Westpreußen sieht für 2014 elf Veranstaltungen vor, darunter Vorträge über den Neuanfang des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit in Wetzlar und das Leben der Königin Luise von Preußen. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559. Hildegard Henning, Telefon (06441) 770512.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud’. – Sonnabend, 15. Februar, 15.11 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ möchte die Gruppe eine fröhliche Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang. Mit von der Partie ist das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal und einige mehr. Wer zu dem Programm beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 20. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 14. Februar, 12 Uhr, Jutta Pauls Kaffeestübchen (Ihmeblick), Roesebeckstraße 1: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klops-Essen. Anschließend hält Luise Wolfram einen Lichtbilder-Vortrag. Um Anmeldung bei Roswitha Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Roeß, Telefon (0511) 332724 wird gebeten. – Am 17./18. Mai fährt die Gruppe nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen. Interessierte Mitglieder und Gäste werden um Voranmeldungen gebeten, da der Bus rechtzeitig bestellt werden muss.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Jahreshauptversammlung.

Osnabrück – Dienstag, 11. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 21. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt – teilweise in Farbe – Ausschnitte aus der „Ostpreußenreise 1937“. Mit der Schmalfilmkamera gedrehte Amateuraufnahmen sind durch historisches Material ergänzt worden. – Informationen

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

zu den weiteren geplanten Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de



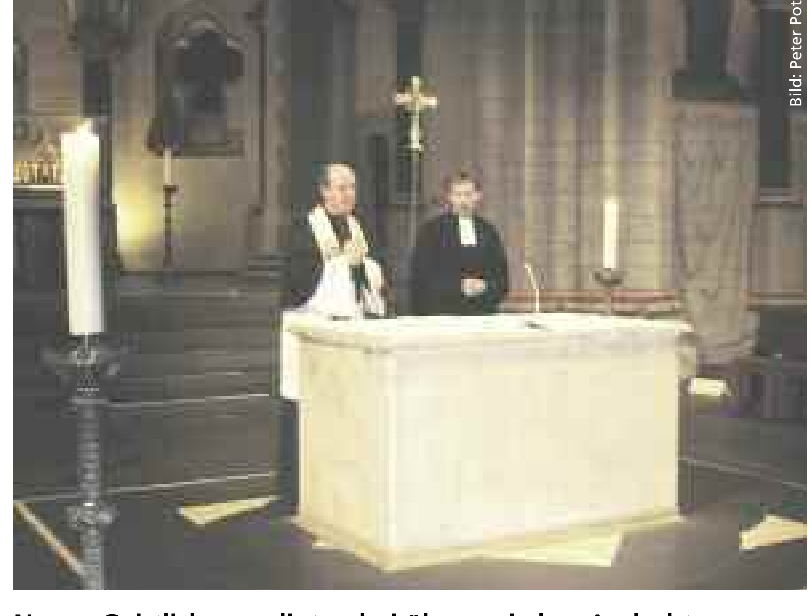
NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Montag, 3. Februar, 14 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußische Platt. – Donnerstag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch. – Sonntag, 9. Februar, Stadthalle Bad Godesberg, Kleiner Saal: **Mitgliederversammlung**. Beginn um 15 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken. Ausnahmsweise beginnt die Versammlung bereits um 15.30 Uhr, damit die Teilnehmer sich ab 16.11 Uhr in das karnevalistische Getümmel stürzen können. Das bekannte Motto lautet: „Karneval und Fastnacht – vom Rhein bis an die Memel". Tagesordnung des offiziellen Teils: 1. Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, 2. Wahl des Protokollführers, 3. Totenehrung, 4. Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung. 5. Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Vorstands. 6. Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Frauengruppe. 7. Kassenbericht. 8. Bericht der Kassenprüfer. 9. Entlastung des gesamten Vorstands. 10. Anträge. 11. Verschiedenes – Sonnabend, 15. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Traditioneller Winterball der Landsmannschaft Ostpreußen, Schlesien und der Sudeten. Buntes kulturelles Programm: Cirkus Schule Don Meloni, Volkstänze, Gesangverein „Frisch Auf" Meindorf und andere. Große Tombola. Eintritt: 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich eingeladen. Weitere Auskünfte bei Manfred Ruhnau Telefon (02241) 311395.



Neuss: Geistliche predigten bei ökumenischer Andacht

Düsseldorf – Mittwoch, 5. Februar, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen, Westpreußen und Sudetenland. – Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Eichendorffsaal: Karnevalistischer Nachmittag „Lustige Ostseewellen" für alle Landsmannschaften. Eintritt 7 Euro.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Freitag, 7. Februar, 17.30 Uhr, Brauhaus, großer Saal: Einladung zum Essen. Es gibt Eisbein oder Kassler mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. Preis 13 Euro. Anschließend Unterhaltungsprogramm und Zeit zum Schabbern. Anmeldung ist bis spätestens 3. Februar erforderlich bei Josef Block, Telefon (05241) 34841, oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211, erforderlich. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres zu Ablauf, Programm und Preis wird nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. Februar, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Neuss – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Jahreshauptversammlung mit Ergänzungswahl.** Mit Grützwurstessen. – **Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaften in Neuss** – Im Rahmen der Gebetswoche für die Einheit der Christen luden die Neusser Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Nieder- und Oberschlesien, Sudetenland und Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion zu einem ökumenischen Gottesdienst in die St. Quirinus-Basilika ein. Die liturgische Leitung lag in den Händen von Msgr. Guido Assmann, Oberpfarrer von St. Quirin und dem Leiter für den Verband evangelischer Gemeinden, Pfarrer Sebastian Appelfeller. Gemeinsam gesungene Lieder und vorgetragene Fürbitten prägten den Gottesdienst in dem nahezu voll besetzten Gotteshaus. Die beiden Geistlichen betonten den Geist des Friedens und der Verständigung, wozu auch gerade die Menschen aus dem Osten trotz ihres schweren Schicksals berufen sind. Musikalische Glanzpunkte setzten Sabine Schneider mit ihrer großartigen Solostimme, einfühlsam begleitet von Joachim Neugert an der Münsterorgel, „Ave Maria" von Charles Gounot, „Pie Jesu" von Gabriel Fauré und „Jerusalem, die du tötest die Propheten" von Felix Mendelsohn. Mit dem abschließenden Segen und dem Lied „Großer Gott wir loben Dich" endete eine christliche Andachtsstunde voll innerer Anteilnahme. Ein würdiger Auftakt für das weitere Jahresprogramm.

Witten – Montag, 17. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Weltreise", 2. Teil, von Norbert Buchmann.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 7. Februar, 15 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 9. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Heiteres und Besinnliches. – Dienstag, 18. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Freitag, 7. Februar, 15.30 Uhr, Uwe-Seele-Park (Fußballschule), Am Stadion 4, Bad Malente-Gremsmühlen: **Jahreshauptversammlung.** Die Jahreshauptversammlung beginnt mit folgender Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Jahresbericht des Vorsitzenden, 4. Kassenbericht, 5. Bericht des Kassenprüfers, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Wahlen a) Vorsitzender, b) Stellvertretender Vorsitzender, c) Schriftführer, d) Kassenführer, e) Stellvertretender Kassenführer, f) Beisitzer, g) Zwei Kassenprüfer, 9. Anfragen und Verschiedenes. Gäste sowie Freunde der Landsmannschaften sind herzlich willkommen. Anmeldung zur Jahreshauptversammlung bis zum 4. Februar im Blumenhaus Franck, (Inh. R. Dluzak) in der Bahnhofstraße oder unter Telefon Malente 2659.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, Wiggers Gasthof, Bahnhofstraße 33: Jahreshauptversammlung mit Fleck oder Königsberger-Klops-Essen.

Bad Schwartau – Sonnabend, 8. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1: Winterfest der Ostpreußen. Die Gruppe eröffnet die Ballsaison wie in den Vorjahren mit ihrem traditionellen Witnerfest. Flotte Musik zum Tanzen und ein bunter Abend erwarten die Teilnehmer. Eintritt 10 Euro im Vorverkauf, 11 Euro an der Abendkasse. Vorverkauf im Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) und in der Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120. Telefonische Anmeldungen nehmen auch Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 und Regina Gronau, Telefon (0451) 26706, entgegen.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Extremsportler Wolfgang Kulow aus Lensahn hält einen Vortrag zum Thema: „Mit dem Fahrrad über den zugefrorenen Baikalsee". Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr, Fröhlicher Nachmittag. Auskunft unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. Februar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Vortrag von Frau Böttcher über „Walter Scheffler". Alle Landsleute sind herzlich willkommen!

Vorstellung der Heimatstuben

Auf Wunsch vieler Leser möchte die *PAZ* den Betreibern der ostpreußischen Heimatstuben die Möglichkeit geben, sich vorzustellen und bittet um Zusendung entsprechender Beiträge (etwa eine DIN-A4-Seite). Sie sollten neben Adresse, Kontaktdaten und Öffnungszeiten auch Informationen über Art und Anzahl der Exponate enthalten sowie über aktuelle und zukünftige Pläne, gerne mit Fotos..

Zuschriften erbeten an rosenthal@preussische-allgemeine.de

Ostpreußisches Landesmuseum



Gudrun Jakubeit: Kurische Nehrung Bild: OL

Sonnabend, 8. Februar, 10.30 bis 17 Uhr und Sonntag, 9. Februar, 11 bis 17 Uhr: **Experimentelle Blitzreise** – Malerisch in den kurischen Nehrungszauber eindringen. Malworkshop für Erwachsene mit Gudrun Jakubeit

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt auf maximal zehn Personen. Weitere Informationen und Anmeldung: Atelier Gudrun Jakubeit, E-Mail: gudrun@jakubeit.info, mobil im Atelier: (0175) 4868735.

In diesem Intensivmalkurs schauen wir uns die aktuelle Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg zur Künstlerkolonie Nidden an und „reisen" selbst mit dem Pinsel, dem Spachtel oder dem Zeichenstift in die Dünenlandschaft der Nehrung. Der Arbeitsraum im Museum wird zur Malwerkstatt und ermöglicht ein großzügiges Experimentieren, ohne „plain air" von der Vielfalt des Motives erdrückt zu werden. Hier können ungewohnte malerische Techniken ausprobiert, kombiniert und kreiert werden. Wolkenspiegelungen auf der Wasserfläche des Haffs, Sanddünenlandschaften, auch bekannt als „Sahara des Nordens", Kurenkreuze auf dem romantischmelancholischen alten Fischerfriedhof in Nidden, alte sturmzerzauste Pinien, die malerisch den Blick über die lange Nehrungszunge umrahmen, und natürlich Fischer und ihre Netze bieten uns für dieses Wochenende genügend Inspiration, um mit großer Leidenschaft malen zu können.

Die Künstlerin Gudrun Jakubeit begleitet die Teilnehmer mit neuen Impulsen, maltechnischen Tipps, ausführlichen Bildbesprechungen und Übungen zur Farblehre und Bildgestaltung. Die Landschaft und der Ort Nidden entwickelten sich am Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Energie- und Kraftort für die Künstler. Wir werden diese Kraftquelle nutzen und direkt mit Licht, Leidenschaft, Mut und Farbe den besonderen Reiz aufs Papier lenken. Kosten für beide Tage: 120 Euro pro Person (inklusive Museumseintritt).

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.alleinsteinlandkreis.de

Einladung zur Mitgliederversammlung

Hiermit laden wir Sie als Kreistagsmitglieder zur ersten Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V. ein. Die Versammlung findet statt am Sonnabend, 14. Juni, 10 Uhr, Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Hagen a.T.W, 49170 Hagen, Schulstraße 7. Tagesordnung: 1. Eröffnung, Begrüßung, Beschlussfähigkeit, 2. Wahl eines Protokollführers, 3. Genehmigung des Protokolls vom 13. April 2013, 4. Bericht des Kreisvertreters, 5. Jahresabschluss 2013, 6. Bericht des Schatzmeisters, 7. Bericht der Kassenprüfer, 8. Jahresabschluss 2011/2012, 9. Entlastung des Kreisausschusses/Vorstandes, 10. Haushalt 2014, 11. Wahlen (Vorstand und Kreistag), 12. Satzungsänderung (Redaktionelle Änderung nach Vorgaben des Finanzamtes), 13. Wahl eines Ehrenvorsitzenden und eines Ehrenmitgliedes, 14. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung müssen eine Woche vor Sitzungsbeginn schriftlich beim Vorstand vorgelegt werden. Ihr aktives/passives Wahlrecht sowie vor allem das Stimmrecht setzen zwingend die Mitgliedschaft in der Kreisgemeinschaft voraus. Schriftliche Mitgliedsanträge können noch bis zur Sitzung beim Vorstand nachgereicht werden. Wir wünschen eine gute Anfahrt.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Reise vom 28. Juni bis 8. Juli

Neuer vorgesehener Reiseplan der Kreisgemeinschaft Braunsberg für 2014: **1. Tag**, Sonnabend, 28. Juni: Abfahrt des Busses von Deutschland nach Posen zur Übernachtung im Hotel „Novotel“. **2. Tag**, Sonntag, 29. Juni: Weiterfahrt über Gnesen nach Thorn, Stadtbesichtigung und Mittagspause. Weiterfahrt zur Übernachtung in Braunsberg, Hotel „Kristal“ und Hotel „Kopernik“ in Frauenburg. **3. Tag**, Montag, 30. Juni: Rundfahrt durch den Kreis, Tagesabschluss: Messe für den Ehrenvorsitzenden Gerhard Steffen in der Kirche zu Pettelkau. **4. Tag**, Dienstag, 1. Juli: Besichtigung der Marienburg mit Führung, Rundgang durch die Stadt Elbing, Rückfahrt zu den Hotels in Braunsberg und Frauenburg. **5. Tag**, Mittwoch, 2. Juli: Frauenburger Dombesichtigung mit Orgelkonzert, Besuch unseres Gedenksteines, Überfahrt von Frauenburg nach Kahlberg, Bademöglichkeit, Fischessen, und zurück per Schiff. **6. Tag**, Donnerstag, 3. Juli: Fahrt nach Nikolaiken, Übernachtung im Hotel Robert's Port, Besichtigung von Nikolaiken, nach dem Abendessen Bootsfahrt auf dem Spirdingssee. **7. Tag**, Freitag, 4. Juli: Fahrt nach Kruttinnen, Bootsfahrt, Staken, Mittagessen im Hotel Habenda, Besuch des Bauernhausmuseums der Frau Christel Dickti in Sadry 3 (Zondern), 11-700 Mragowo (Sensburg), Ernst Wichert Haus in Peitschendorf. **8. Tag**, Sonnabend, 5. Juli: Fahrt nach Wuttrienen (Butryny), Kreis Allenstein: Gedenkstein-Enthüllung der Kreisgemeinschaft Braunsberg zu Ehren eines Bischofs aus Braunsberg, (wird noch von André Schmeier ausgesucht), Rückfahrt über „Heilige Linde“ mit Orgelkonzert, zurück zur Übernachtung in Braunsberg und Frauenburg. **9. Tag** Sonntag, 6. Juli: Abfahrt nach Danzig, Stadtführung, Besuch der Klosterkirche Oliwa, Seesteg Zoppot, Übernachtung im Hotel „Muzyka“ unweit der Altstadt. **10. Tag**, Montag, 7. Juli: Weiterfahrt über Lauenburg – Stolp nach Stettin, Stadtrundfahrt und Schlossbesichtigung, Übernachtung im Hotel „Radisson“. **11. Tag**, Dienstag, 8. Juli: Rückfahrt nach Deutschland und zu den Zusteigestellen der Hinfahrt. Kleine Programmänderungen noch vorbehalten. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Postpanne beim Heimatbrief

Der neue Heimatbrief Kreis Gerdauen Nr. 52 ist am 20. Dezember 2013 von der Druckerei in Husum an alle in der Kartei erfassten Versandadressen auf den Postweg gebracht worden. Leider scheint ein nicht unbedeutender Teil der Sendungen nicht bei ihren Empfängern angekommen zu sein, wie uns zahlreiche Rückmeldungen von Landsleuten in den vergangenen Tagen und Wochen gezeigt haben. Wo die vermissten Heimatbriefe innerhalb des Postverkehrs liegengeblieben oder abhanden gekommen sind und wie hoch das Ausmaß der offensichtlich durch die Deutsche Post verschuldeten Panne ist, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Wir unternehmen alle uns möglichen Schritte, um der Sache auf den Grund zu gehen. All diejenigen, die in unserer Kartei erfasst sind und den Weihnachts-Heimatbrief (Nr. 52) bis jetzt noch nicht erhalten haben, werden gebeten, sich umgehend beim Leiter der Kreiskartei, Walter Mogk, Am Eichengrund 1 f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0170) 12305377, E-Mail: walter.mogk@t-online.de, zu melden. Wir werden Ihnen aus unseren Restbeständen ein Ersatzexemplar zukommen lassen. Außerdem benötigen wir Ihre Rückmeldung, um den Umfang des uns entstandenen Schadens für die Durchsetzung möglicher Regressforderungen möglichst genau zu dokumentieren.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Hinweis zu Öffnungszeiten des Samlandmuseums

Aufgrund von Umbauarbeiten im Preußen-Museum in Minden ergeben sich für unser Samland-Museum ab sofort veränderte Besucherzeiten wie folgt: Geöffnet Montag bis Donnerstag von 8 bis 16.30 Uhr, freitags von 8 bis 12.30 Uhr.

An Sonnabenden sowie Sonn- und Feiertagen bleibt das Museum ganztägig für Besucher und Führungen geschlossen. Die Anmeldung von Besuchen im Samland-Museum ist immer erforderlich entweder im Sekretariat des Preußen-Museums unter Telefon (0571) 83728-36, oder unter Telefon (0571) 46297, abends 19 bis 21 Uhr. Sobald sich Änderungen in den Besucherzeiten ergeben, erfolgt an dieser Stelle ein Hinweis.

Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17./18. Mai in Kassel, auf dem Messegelände.

Unsere Kreisgemeinschaft wird mit einem eigenen Stand vertreten sein. Liebe Landsleute, Sie haben dort Gelegenheit, in unsere EDV Einblick zu nehmen. Wahlweise kann in der Heimatortskartei nach Verwandten gesucht oder in der umfangreichen heimatlichen Fotosammlung geblättert werden. Gewünschte Bestellungen an Auszügen der Heimatortskartei und Kopien der Foto-Sammlung werden dort angenommen.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Masuren in Neumünster 2014

Das Heimathaus der Kreisgemeinschaft Lötzen/Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersiedlung), lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag“ statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 16 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 16.15 Uhr. Der Eintritt ist frei. Der Besuch von Heimatmuseum und Archiv ist zu fast jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler (040) 6083003 möglich.

März: „Ostpreußen fasziniert“ – eine vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern erarbeitete Tafelausstellung. Zu sehen im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, von Dienstag, 11. März (Ausstellungseröffnung um 14 Uhr) bis Freitag, 11. April. – Sonnabend, 15. März: „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“. Ausstellungseröffnung um 14 Uhr. Die Gemälde sind eine Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Ein schönes Begleitheft zur Ausstellung ist kostengünstig erhältlich. (Sonnabend, 22. März: Geschlossener Teilnehmerkreis.)

April: Freitag, 11. April: Ende der Ausstellung „Ostpreußen fasziniert“ im Rathausfoyer. – Sonnabend, 26. April: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „... und plötzlich war alles anders“. Drei Schülerinnen der Klaus-Groth-Schule stellen ihren beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten prämierten Film vor. (Ersatzweise: „Geschichten aus der Geschichte“, die 2. Folge, Dieter und Ute Eichler)

Mai: Mittwoch, 14. Mai: Die von Brigitte Profé geleitete Gruppe der Ost- und Westpreußen in Neumünster kommt zu Besuch. Gäste sind willkommen. Beginn: 16.15 Uhr. (Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel am 17./18. Mai, Heimattreffen der Lötzener Kreisgemeinschaft.) – Sonnabend, 24. Mai: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Von Neumünster über Breslau (Wroclaw) nach Brüssel“ Kerstin August, eine junge Neumünsteranerin, die am Verwaltungssitz der EU in Brüssel arbeitet, stellt mit Bildern ihren interessanten beruflichen Werdegang vor. – Montag, 26. Mai: Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund, Ortsverein Neumünster, ist zu Gast in der Heimatsammlung Lötzen, dem Patenschaftsmuseum der Stadt Neumünster. Eine über Jahrzehnte gewachsene Sammlung wird vorgestellt. Gäste sind willkommen. Beginn: 19.30 Uhr!

Juni: Sonnabend, 14. Juni: Geschlossener Teilnehmerkreis. – Dienstag, 17. Juni: Reserviert für BdV. – Sonnabend, 21. Juni: Reguläre Öffnungszeit 10 bis 16 Uhr. Finissage Helene Dauter. – Sonnabend, 28. Juni: Eröffnung der „Retrospektive Elena Steinke“. Die aus Königsberg stammende Künstlerin, die seit 13 Jahren in Nordfriesland lebt und arbeitet, zeigt einen Querschnitt aus drei Jahrzehnten ihres künstlerischen Schaffens. Vernissage um 14 Uhr. Laudatio: Ute Eichler.

Juli: Sonnabend, 19. Juli: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute.

August: Sonnabend, 16. August: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Vor 40 Jahren erschien der Roman ‚Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?‘“ – eine Veranstaltung zum 80. Geburtstag von Arno Surminski. Einen Streifzug durch Leben und Werk des Schriftstellers unternehmen Dieter und Ute Eichler. Noch nicht terminiert: 60 Jahre Patenschaft der Stadt Neumünster für die Kreisgemeinschaft Lötzen.

September: Sonnabend, 20. September: Von 10 bis 16 Uhr

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 19

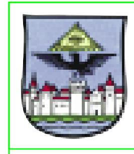
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Vor 100 Jahren der Beginn des Ersten Weltkrieges – was war da los in Ostpreußen? Vortrag von Dr. Manuel Ruoff, Historiker, Hamburg.

Oktober: Sonnabend, 18. Oktober: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Na, man ist nicht ungestraft Deutsche.“ Anlässlich des 50. Todestages von Agnes Miegel eine Annäherung an Leben und Werk (von Ute Eichler) und die Darstellung persönlicher Erinnerungen an die Dichterin (von Eberhard Steinke, Breklum).

November: Sonnabend, 15. November: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Ende der Ausstellung von Werken der Künstlerin Elena Steinke. Um 16.15 Uhr: Angelika Rischer, Märchenerzählerin aus Hamburg, erzählt Ostpreußische Märchen.

Eventuell am 1. Mai Beteiligung am traditionellen Flohmarkt der Böcklersiedlung, organisiert vom „Stützpunkt“. Eventuell am 3. Mai Beteiligung am Stadtteilfest durch zusätzliche Öffnungszeit. Bereitschaft von Hildegund Hergenhan, „Bändergundel“ aus Kiel, auch in 2014 einen Unterrichtstag „Die Kunst des Bandwebens“ zu erteilen, liegt vor. Programmentwurf, Stand 20. Januar 2014. Änderungen vorbehalten.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Treffen in Kassel

Im Vorfeld des Deutschlandtreffens der Landsmannschaft Ostpreußen am 17. und 18. Mai in Kassel finden am Donnerstag, 15. Mai, und Freitag, 16. Mai, Sitzungen des Vorstandes, des Kreisausschusses und des Kreistages der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit statt. Einzelheiten zu den Beratungspunkten werden später bekannt gegeben.

Alle bis dahin angereisten Tilsit-Ragniter haben die Möglichkeit, sich am Freitagabend im Restaurant „Komödienstadel“ in der Karthäuser Straße 5 A zu einer gemütlichen Runde zusammenzufinden. Bei der Gelegenheit können alte Bekanntschaften aufgefrischt und neue geschlossen werden. Über eine rege Teilnahme freut sich der Vorstand.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimatreise 2014

Die Stadtgemeinschaft plant für das Jahr 2014 eine zehntägige Busreise in die Heimat. Sie wird vom 12. bis 21. Juni unter der Reiseleitung von Vorstandsmitglied Siegfried Dannath-Grabs stattfinden. Folgender Ablauf ist vorgesehen: 12. Juni: 7 Uhr Abfahrt ab Bochum Hbf., 10.15 Uhr Hannover Hbf. ZOB, 12 Uhr Hamburg Hbf. ZOB, S-Bahnhof Bernau bei Berlin zum deutsch/polnischen Grenzübergang Küstrin nach Schneidemühl. Übernachtung im Hotel Gromada. 13. Juni: Weiterfahrt über Marienburg (Fotostopp), Allenstein nach Nikolaiken. Übernachtung im Hotel Golebiewski. 14. Juni: Weiterfahrt zum polnisch/russischen Grenzübergang Goldap, Insterburg, Gumbinnen nach Tilsit. Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Kronus. 15. Huni: Tag zur freien Verfügung. Möglichkeit zu Taxifahrten in die Umgebung. 16. Juni: Tagesausflug nach Ragnit mit Stadtführung, Besichtigung des Ostpreußenmuseums Breitenstein und Abstecher zum Memelufer bei Untereißeln. 17. Juni: Rundfahrt Elchniederung, Heinrichswalde, Kreuzingen. 18. Juni: Weiterfahrt über Königsberg nach Cranz. Übernachtung in Cranz im Hotel Baltische Krone. 19. Juni: Fahrt auf die Kurische Nehrung, Besichtigung der Vogelwarte Rositten, Abstecher nach Pillkoppen und Dünenwanderung. Übernachtung im Hotel Baltische Krone in Cranz. 20. Juni: Abreise Richtung Braunsberg zur russisch/polnischen Grenze. Weiterfahrt über Frauenburg, Elbing nach Danzig. Mittagessen und weiter nach Kolberg. Übernachtung im Hotel New Skanpol. 21. Juni: Heimreise. Für Auskünfte steht Siegfried Dannath-Grabs zur Verfügung, Telefon (0351) 8037740.

BdV Bayern schreibt Kulturpreis 2014 aus. Der Kulturpreis wird für künstlerische, literarische oder wissenschaftliche Beiträge vergeben oder für solche aus dem Bereich der Brauchtumspflege. Er besteht aus dem Hauptpreis – einer Urkunde und einer Dotation bis zu 2000 Euro sowie bis zu zwei Ehrengaben. Für die Verleihung vorschlagsberechtigt sind die BdV-Kreis- und Bezirksverbände, die landsmannschaftlichen Landesverbände sowie die Mitglieder des Landesvorstandes des BdV-Bayern. Bewerbungen und Vorschläge sind zusammen mit den erforderlichen Unterlagen bis zum 15. Mai 2014 beim Bund der Vertriebenen. Landesverband Bayern e. V., Am Lilienberg 5, 81669 München einzureichen. Weitere Auskünfte unter Telefon (089) 481447, E-Mail-Adresse: info@bdv-bayern.de

»Sie sind der Rolli«

Ein unverhofftes Wiedersehen in Polen nach Jahren

Mein Nachbar erzählte mir eine sonderbare Geschichte. Sie ist so einmalig, dass ich sie weitersagen muss: „In jungen Jahren sind Lilo und ich viel gereist. Wir waren oft in Norwegen, aber auch in Polen. Als wir einmal in der Nähe der russischen Grenze bei Bialystok waren, gerieten wir in eine Polizeikontrolle. Das Übliche: Passkontrolle,. Führerschein, Gesichtskontrolle, Blick in den Kofferraum. Und dann umrundete die junge Polizistin wieder und wieder unseren Wagen. Sie schaute in die Papiere, dann auf das Nummernschild am Heck, schüttelte den Kopf, sagte aber nichts. Zum Schluss empfahl sie uns noch auf unsere Nachfrage ein Nachtquartier in der Nähe von Augustowo.

Unser Zimmer war bescheiden, aber sauber und die Vermieterin eine nette Person. Am nächsten Morgen waren wir früh aus den Federn. Wir liefen zum nahe gelegenen See und badeten ausgiebig. Auf dem Rückweg zur Pension zogen wir vier Stoppelrüben aus einem Acker, putzten sie an Ort und Stelle und verspeisten sie wie die Kinder genüsslich. Als wir am Abend des nächsten Tages von der Wanderung zurückkamen, fanden wir auf dem Tisch eine Vorladung des Kreisamtes Augustowo. Die Vermieterin wusste von nichts, riet uns aber, der Einladung zu folgen.

Auf dem Kreisamt komplementierte man uns gleich in ein Büro, wo uns eine Dame mittleren Alters vor ihrem Schreibtische zwei Plätze anwies. Sie sprach deutsch. Sie sah uns ernst an und sagte: ‚Sie haben gestohlen.‘ Dann schaute sie lange und aufmerksam in unsere Papiere. Ich dachte, das kann doch nicht wahr sein. An einen Diebstahl hätte ich zuletzt gedacht. Und dann sagte sie: ‚Und Sie sind der Rolli?‘ Jetzt fiel ich aus allen Wolken. Woher kannte sie meinen Spitznamen aus meiner Grundschule? Ich schaute sie verdutzt an, sie lächelte dann und sagte: ‚Ich bin die Johanna.‘

Erst ganz allmählich dämmerte mir: Sie war das polnische Dienstmädchen aus unserer Nachbarschaft in Delmenhorst. Sie war eine verschleppte Ostarbeiterin. Weil sie es bei ihren Leuten nicht so gut hatte, kam sie oft zu meiner Mutter. Sie unterhielt sich mit ihr, manchmal spielten wir auch ‚Mensch ärgere dich nicht‘, Wir mochten uns. Und als der Krieg zu Ende war, versteckte sie sich bei uns, um nicht von den Russen repatriiert zu werden. Als die Luft rein war, reiste sie alleine über Österreich in ihre Heimat.

Zwei identische Kettchen aus Zlotys als Beweis

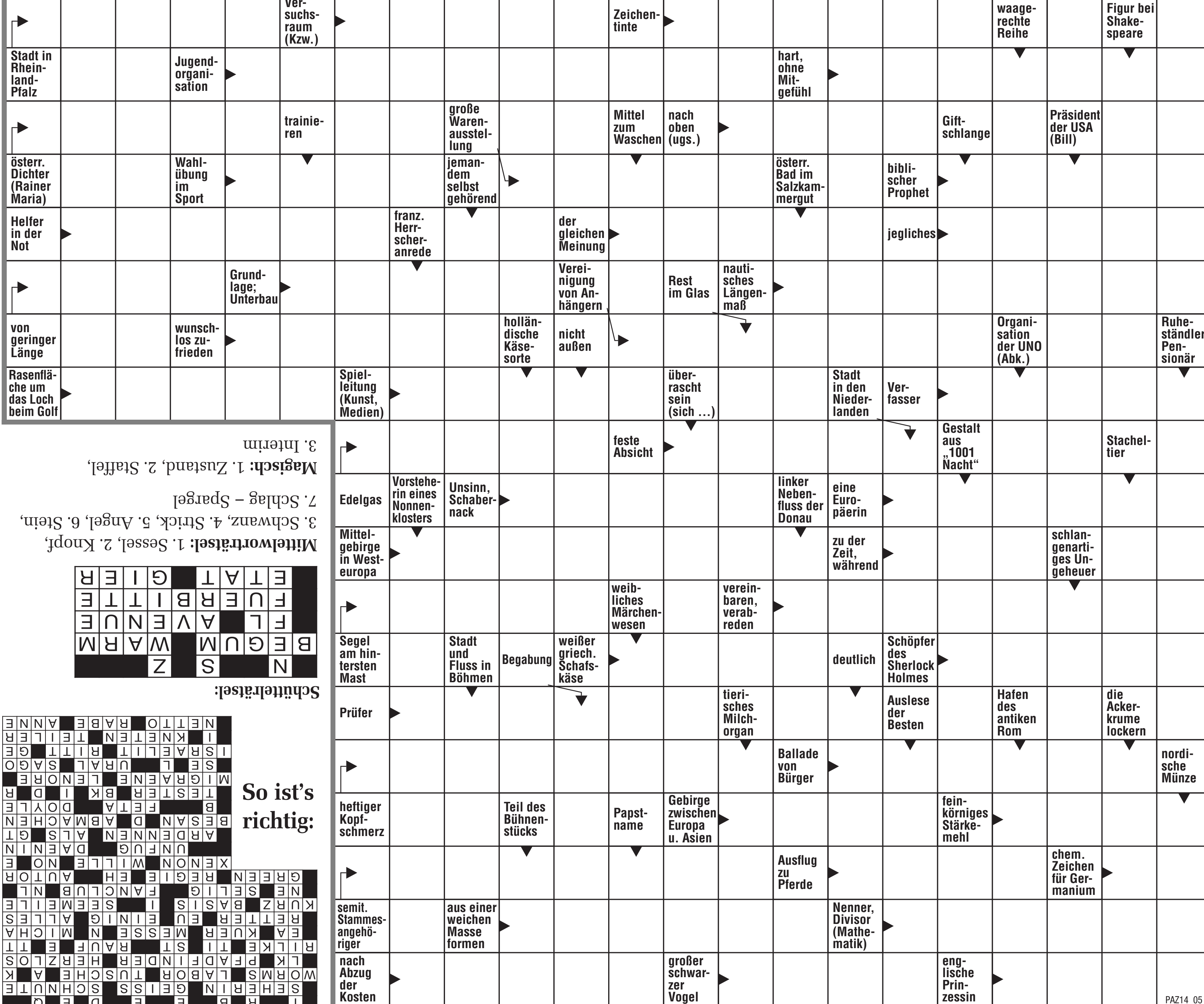
Inzwischen waren 30 Jahre vergangen. War das eine Freude! Jetzt erfuhren wir auch, dass unsere Vermieterin ihre Schwester war und die Polizistin ihre Tochter. Wir mussten noch am gleichen Tag zu ihr umziehen und blieben ganze 14 Tage bei ihr und in dem schönen Seengebiet bei Augustowo. Natürlich haben wir diese Zeit genossen. Wir waren fast an jedem Abend zusammen, schwelgten in den alten Erinnerungen, sprachen auch über unsere Nöte in den Nachkriegsjahren. Von Kaltem Krieg oder Ressentiments war keine Rede. Zwischen unseren Staaten kriselte es ja. Und Johanna hatte immerhin fünf Jahre ihrer Jugend Deutschland geopfert, und Lilo hatte ihre Heimat Pommern verloren.

Eines Abends entdeckte Johanna an Lilos Handgelenk ein Kettchen aus Zloty-Stückchen. ‚Woher hast du die? Ich habe fast die gleiche.‘ Lilo verriet uns sogleich die Herkunft. Lilo stammte aus Greifenberg in Pommern. Im Herbst 1944 musste sie als Schülerin in der Nähe von Greifenberg auf einem großen Gut bei der Kartoffelernte mithelfen. ‚Das war eine harte Arbeit‘, erzählte Lilo, ‚denn die vollen Körbe waren schwer. Und nur für diese gab es eine Marke, für die man am Abend mit Geld entlohnt wurde. Der Vorarbeiter, ein junger Pole, merkte natürlich, wenn ich mit einem halben Korb ankam. Er füllte ihn dann auf und gab mir trotzdem eine Marke. Vielleicht mochte er mich oder hatte mit mir Mitleid. Er war es auch, der an einem Abend im März 1945 zu uns kam und uns zur Flucht vor den Russen riet. Am Morgen darauf brachte er meine Mutter und mich zum Bahnhof nach Greifenberg. Man hörte schon den Kanonendonner. Zum Abschied schenkte er mir dann dieses Kettchen‘, sagte Lilo dann mit zitternder Stimme. Johanna zeigte uns danach noch Bilder aus Ihrer Jugendzeit mit ihren Eltern und Geschwistern. Lilo entdeckte dabei einen jungen Mann, der ihrem Polen in Greifenberg sehr ähnlich war.

Am Ende war es wirklich der Bruder von Johanna, der Lilo einst das Kettchen geschenkt hatte. Vielleicht hatte er sogar beide Kettchen selbst angefertigt. Sie glichen sich wie ein Ei dem anderen. Leider konnten wir ihn nicht selbst fragen, er war schon vor Jahren gestorben. Nach unserem Urlaub schrieben wir uns noch einige Jahre. Als dann auch Lilo starb, ist die Verbindung abgerissen.“

Inzwischen war es draußen dunkel geworden. So lange hatte ich es bei meinem Nachbarn Rolf noch nie ausgehalten. Aber ich konnte mich einfach nicht beruhigen, fragte immer wieder nach Einzelheiten und beschloss, die Geschichte aufzuschreiben.

Horst Redetzky



So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Sessel, 2. Knopf, 3. Schwanz, 4. Strick, 5. Angel, 6. Stein, 7. Schlag – Spargel

Magisch: 1. Zustand, 2. Staffel, 3. Interim

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

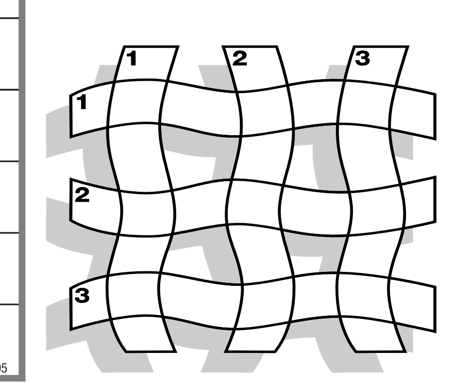
EEFFN, GLTU, AMRST, EGIWZ, AINT, ERTU, EEMR, AMRW, BEGMU, AEENUV, BEEFIRTTU, AETT, EGIR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gemüse.

1	KLUB	LIFT
2	DRUCK	LOCH
3	BREIT	FEDER
4	FALL	LEITER
5	FUSS	HAKEN
6	ZIEGEL	ADLER
7	DURCH	ZEUG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 augenblickliche Lage, Verfassung
2 Wettkampfmannschaft
3 Zwischenzeit

Erneut ins HDO berufen

Naaß im Beirat des Münchener Hauses des deutschen Ostens

Die vertriebenenpolitische Sprecherin der bayerischen SPD und Präsidiumsmitglied Christa Naaß wurde von der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller für weitere fünf Jahre in den Beirat des Haus des Deutschen Ostens (HDO) berufen. Dem Gremium gehören 20 Persönlichkeiten des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens an.

In der vergangenen Legislaturperiode übte die jetzige Vizepräsidentin des mittelfränkischen Bezirkstages die Funktion im Beirat

Verstärkter Blick auf Europa-Thematik

des HDO bereits als Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Vertriebenenfragen aus.



Spricht für Vertriebene: Christa Naaß Bild: mef

Das Haus des Deutschen Ostens hat die Aufgabe, als Kultur-, Bildungs- und Begegnungseinrichtung im Sinne des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes den Beitrag der früheren deutschen Staats- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zur gemeinsamen deutschen Kultur zu pflegen und fortzuentwickeln, in Bereichen mit europapolitischem Bezug tätig zu werden und damit eine Brückenfunktion wahrzunehmen, deutsche Minderheiten in ihren Heimatländern beim Erhalt ihrer kulturellen Identität zu unterstützen, eigene Veranstaltungen durchzuführen, die Vermittlung der Kenntnisse über Ostmittel- und Osteuropa im Bereich der Erwachsenen-, Hochschul- und Jugendbildung zu unterstützen und zu stärken sowie als Fördereinrichtung Verbände, Einrichtungen und Einzelmaßnahmen im In- und Ausland zu unterstützen.

Das HDO entstand im Jahr 1970 als Einrichtung des Freistaats Bayern und ist ein Informationszentrum zu allen Fragen der Herkunft der bayerischen Bevölkerung, die aus Siedlungsgebieten im Osten Europas stammt. Es ist Kultur- und Bildungseinrichtung durch eigene Veranstaltungen im In- und Ausland, darunter Ausstellungen, wissenschaftliche Symposien, Vorträge und Autorenlesungen.

Stolz kann das HDO auch auf seine Ausleihbibliothek mit derzeit 75 000 Bänden sein. Die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa, die Teilwiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und die EU-Osterweiterung haben in den vergangenen Jahren das Augenmerk verstärkt auf die Europathematik gelenkt und einen Wandel bei der Literaturauswahl herbeigeführt.

Besonders wichtig ist für Naaß der Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“. Geht es dabei doch auch darum, dass die Schülerinnen und Schüler die Geschichte und Kultur kennen- und verstehen lernen und begreifen, dass eine lebendige Demokratie die einzige politische Ordnung ist, die den Schutz von Menschen- und Bürgerrechten sicherstellt, und mithelfen, dass das Haus Europa mit seinen mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten weiterhin ein Erfolgsmodell bleibt, gerade in einer Zeit in der sich Tendenzen von Renationalisierung in Europa verstärken.

Manfred E. Frische

Auf der Suche

Deutsche zieht es immer wieder in die Heimat Ostpreußen

Obwohl Gerhard Barkleit auf seinen zahlreichen Reisen nach Ostpreußen keines der Häuser seiner Vorfahren mehr vorfand, zog es ihn immer in die Heimat. Seine Erlebnisse fanden in dem Buch „Das nördliche Ostpreußen heute. Eine Region im Fokus der Söhne und Töchter“ Niederschlag, das aufgrund seiner lebendigen und anschaulichen Sprache neben einer Erzählung auch den Charakter eines Reiseführers hat.

Der Autor musste zu Beginn seines zweiten Lebensjahres im August 1944 Ostpreußen verlassen. Er wurde 1943 in Schillfelde im Kreis Pillkallen geboren, studierte an der TU Dresden Physik und war zwei Jahrzehnte lang Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften auf dem Gebiet der Kernforschung und Mikroelektronik.

Neben dem Anliegen, die Erlebnisse seiner Reisen anderen mitzuteilen sieht Barkleit sein Buch

Heutige Nord-Ostpreußen fragen nach eigener Identität

über das heutige nördliche Ostpreußen als einen Versuch, „die historische Trias ‚Flucht, Vertreibung, Neubesiedlung‘ durch das gemeinsame Zukunft erst ermöglichende Element der Versöhnung zu überwinden“.

Und so stellt er das Tagebuch eines kranken 56-jährigen Volkssturmmannes über seine Flucht von Pillau nach Sachsen den Erinnerungen eines sowjetischen Parteifunktionärs über die Vertreibung der letzten Deutschen gegenüber. Alexander Furmanow,



der als Angehöriger der Roten Armee 1946 nach Ostpreußen gekommen war, hat heute eine andere Haltung als damals: „Es war Barbarei, alles, was deutsch war, zu zerstören.“

Das Buch beschäftigt sich auch mit dem Umdenkungsprozess, der im Königsberger Gebiet seit dem Zerfall der Sowjetunion eingesetzt hat. Barkleit zitiert Zeitzeugenberichte, die Wissenschaftler der Historischen Fakultät der „Kaliningrader Staatlichen Universität“ ab 1990 nach der Befragung von Menschen, die zwischen 1945 und 1948 ins Gebiet gekommen waren, dokumentiert haben. Die Zeitzeugen berichten zum Beispiel darüber, was sie vorfanden, wie sie mit den Geräten, die nach Krieg und Zerstörung noch vorhanden waren, Landwirtschaft betrieben haben sowie darüber, wie junge Kommunisten nach Ostpreußen gelockt wurden, um Führungsaufgaben zu übernehmen und wie sie mit Posten und Privilegien geködert wurden. Die meisten von ihnen sind dann auch geblieben, aber es gab auch viele, die mit dem feuchten Klima nicht zurechtkamen und wieder dorthin zurück gingen, wo sie hergekommen waren.

Wie ein roter Faden zieht sich die Suche der heutigen Bewohner nach einer eigenen Identität durch das Buch. Wie sehr dieses Thema vor allem Wissenschaftler und Kulturschaffende in der Königsberger Exklave beschäftigt, verdeutlichen die im Anhang abgedruckten Vorträge, die unter anderem im Deutsch-Russischen Haus gehalten wurden. Den Abschluss bildet die Debatte über einen populärwissenschaftlichen Vortrag des Autors über Hannah Arendt, den dieser im Jahr 2005 in Königsberg hielt mit dem Historiker Bert Hoppe, der den Deutschen einen „schizophrenen“ Umgang mit der Geschichte der Stadt vorwirft.

Insgesamt ist Barkleits Buch eine lohnenswerte Lektüre über das nördliche Ostpreußen, seine ehemaligen und heutigen Bewohner. *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Gerhard Barkleit, „Das nördliche Ostpreußen heute. Eine Region im Fokus der Söhne und Töchter“,** Anthea Verlag, 220 Seiten, broschiert, 17,90 Euro.*

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 19 fort:

ei der Deikert, ei der Daus = anerkennendes Erstaunen
beim Deiwel oppe Rinn wohnen = abseits, ländlich wohnen
dieser und jener soll dich holen = der Teufel soll dich holen
sich dünne machen = ohne Abschied verschwinden, gehen
dick und duhn = wohlgenährt
die, wo = diejenigen, welche
dicht bei dicht = eng beieinander stehen oder liegen
ach du Donnerchen = Erstaunen oder Bewunderung
is doch foors de Düwel = ärgerliche Überraschung
dumm wie Bohnenstroh = lernunfähig, sehr dumm
Duzkeilchen mit jemandem gegessen haben = jemanden duzen
Das ist gar nicht so dusselig = lobende Anerkennung

E

ehrprußlich sein = sich moralisch in Szene setzen
Eierkarre = Fahrrad, abwertend
ei Du’chen = zärtliche Ansprache, anbändeln
eiern = sich ungleich drehen
eigen = sauber, adrett
einbuttern = Verlust haben, einbüßen
eindrusseln = einschlafen
einer = man (kann einer wissen ...?)
einfleihen = einordnen, zum Beispiel Briketts oder Torf, gierig essen
einfliesen = einheizen
einfuchsen = energisch lehren, eintrichtern
einfuppen = einstecken, in die Tasche
eingal, engal = egal, gleichgültig
einhakeln = unterhaken, den Arm bieten
einhuschen = Kind in den Schlaf bringen
einkacheln = einheizen
einklauen, sich = sich festhalten, festkrallen
einlochen = ins Gefängnis stekken, sperren
einlullen = einschläfern, sorglos machen
einpremsen = hineindrücken, unter Druck lernen lassen
einpummeln = warm anziehen
eins = egal, gleichgültig
eins, mit = plötzlich, überraschend
einsacken = schnell einstecken, auf dem Eis einbrechen
einschichern = ängstigen
einschuschen = beruhigen vorm Einschlafen
Einschüttung = Federn in der Bettdecke
einschwunken = antreiben, auf Trab bringen
Einspänner = Pferdefuhrwerk, heiratswilliger Mann
Einsprung = Hexenschuss
einstänkern = einparfümieren
Ellern = Erlen
Endchen = kleines Stück
enderweis = stückweise oder auch immer wieder
Enkel = Fußknöchel
Entenflott = kleinblättrige Schwimmpflanze
erbarmsterchen = mitleidig, erstaunter Ausruf
ergattern = bekommen, zu fassen kriegen, erlangen

Schritt in eine fremde Welt

In Nordzypern scheint die Zeit stehen geblieben zu sein – Europas weißer Fleck neu entdeckt

Seit 1974 ist Zypern in einen türkischen Nord- und einen griechischen Südteil geteilt. Während im Süden die Bankenkrise auf den Tourismus drückt, erwacht der Norden so langsam aus dem Dornröschenschaf.

Grenzübergang Ledra Straße: wo Lefkosa auf Nikosia trifft, Zyperns Norden auf den Süden der geteilten Insel. Bis 2008 endeten Nikosias Fußgängerzone und Lefkosas Altstadtlabyrinth als martialisch bewachte Sackgassen, hinter denen die Häuser im Niemandsland der UN-Pufferzone verfielen. Heute gibt es ein Nadelöhr für Grenzgänger und statt Soldatenunterständen gibt es Containerbuden und adrette Grenzbeamte.

An anderen Grenzpunkten sind die Schlagbäume schon seit Ostern 2003 geöffnet. Nordzyperns Grenzer setzen an den Übergängen Ausreisestempel in den Pass. 30 Meter weiter, im Südteil, mag niemand den Pass sehen, denn nach offizieller Lesart ist der Norden Teil der Republik. Über Nikosias Zollposten hängt eine Tafel, die auf Englisch, Französisch und Deutsch den weltpolitischen Standort bestimmt: „Die letzte geteilte Hauptstadt.“

Teilung heißt auch: In Lefkosa Teestuben, Basarbuden mit gefälschten Markenklamotten, Moscheen, Gewürzläden und Wettbüros. In Nikosia McDonald’s, Starbucks und die Luxusfilialen der westlichen Modewelt.

Grenzöffnung hin oder her – Westeuropäer meiden Nordzypern bisher. Zwar besuchen jährlich über 400 000 Touristen den Inselnorden, drei Viertel sind aber Türken. Hotelanlagen gibt es in der Region Girne massig, doch wer nicht aus der Türkei kommt, hat eine beschwerliche Anreise. Wegen des Embargos gegen die 1983 proklamierte „Türkische Republik Nordzypern“, die außer Ankara kein Staat der Welt anerkennt, gibt es keine Direktflüge. Umstieg in Istanbul mit stundenlanger Warterei auf den Anschlussflug ist Pflichtprogramm.

Einer, der die Teilung gerne überwunden sähe, ist Mehmet Erdogan. Der Nordzyprer aus Girne organisiert für eine Nichtregierungsorganisation in Lefkosa „grenzübergreifende Friedens- und Verständigungsprojekte“. Unter jungen Zyprern seien grenzübergreifende Freundschaften – früher undenkbar – heute keine Seltenheit, sagt der 26-Jährige.



Hafen von Girne: Schmuckstück am Mittelmeer, das noch nicht von Touristen überlaufen ist Bild: action press

Die EU sei naiv gewesen. „Sie hatte dem Süden schon vor dem Referendum den EU-Betritt zugesichert – egal, ob es zur Wiedervereinigung kommt“, kritisiert Mehmet. Und so stimmte der Süden, den EU-Clubausweis bereits in der Tasche, 2004 gegen den Annan-Plan zur Wiedervereinigung. Dem Süden sei die Einheit zu teuer, ist immer wieder zu hören. Zu viel würde es kosten, die Brüder im Norden aufzupäppeln. Erst recht, nachdem der Euro-Rettungsschirm den Süden auf die Beine helfen muss.

„In meinem Leben erwarte ich Zyperns Einheit nicht mehr“, sagt Mehmet. Die angestammten Zyperntürken beklagen die Überfremdung durch anatolische Einwanderer. „Wir sind vielleicht noch 100 000 echte Nordzyprer“, sagt Mehmet. Er schätzt, dass zwei von drei Nordzyprern Immigranten aus der Türkei sind, die Regierung verheimliche die Zahlen. Die Anatolier bringen einen starken Islam mit, sagt Mehmet.

Die Zyperntürken seien kaum religiös. „Wir sind bastardisiert“ – ein Erbe der häufig wechselnden Herrschaft. Römer, Araber, Byzantiner, Lusignans aus Frankreich, Venezianer, Osmanen, Briten, sie alle drückten der Insel ihren Stempel auf. „Jetzt“, sagt Mehmet, „verlieren wir unsere Identität.“

Der Bus nach Dipkarpaz startet in der Frühe. Karpaz ist das lange nordöstliche Ende der Insel, isoliert und dünn besiedelt. Zeitweilig war die Halbinsel Sperrgebiet. Heute steht Zyperns Dornröschen-Garten jedem offen, aber bislang verlieren sich kaum Reisende in der kargen Macchie-Landschaft. 5000 Menschen und 2000 herrenlose Esel mag es hier geben. Die einen, anatolische Bauern, kamen vom Festland mit den türkischen Truppen, die 1974 im Inselnorden landeten, die anderen, die Griechen, flohen vor der Invasion gen Süden und ließen ihre Esel zurück.

Es ist Olivenernte. Alte Bäuerinnen lesen in Hausgärten die Ölfrüchte auf. Auch Granatäpfel, Zitronen, Orangen und Mandarinen sind reif. Ein Bub hütet Schafe. In einem Hof ist eine Kuh an einen Baum angebunden. Selbstversorgerleben eben.

Die orthodoxen Kirchen in den Karpaz-Dörfern verfallen. Die kleinen Moscheen und Minarette sind noch jung, alle frisch gekalkt. Jedes Dorf hat sein Onkel-Ali-Lädchen als Dorfmittelpunkt. Vor den Läden stehen Zeitungsständer mit türkischen Revolverblättern und Kästen mit Import-Pils aus der Türkei.

Endstation Dipkarpaz, Zentrum der Halbinsel und der letzten Diaspora-Griechen. Im Kafenion (Kaffeehaus) „Ayios Sinesis“ hokken betagte Griechen und spielen von früh bis spät Karten oder Backgammon, gegenüber im Café des „Dipkarpaz Türksport Kulübü“ tun es die Türken ihnen gleich. Der Ruf des Muezzins kommt vom Band. Vor der orthodoxen Kirche, einen Steinwurf entfernt, sammelt sich Taubendreck. Zweimal am Tag kommt der Bus. Jeder Tag ist gleich, die Zeit steht still.

Abwärts zum Meer öffnet sich der Blick auf die römische Hafenstadt Karpasia oder das, was übriggeblieben ist: Zisternen, Fundamente antiker Häuser, Grundmauern einer Basilika, griechisch Agios, die Bischof Philon im vierten Jahrhundert bauen ließ und 806 die Sarazenen zerstörten.

1994 kehrte wieder Leben in Agios Philon ein. Erkan Masallah, 1976 als Sohn anatolischer Einwanderer gekommen, blieb in der Bucht stecken. Masallah, damals Kellner in Girne, verguckte sich bei einem Ausflug in den antiken Flecken, setzte die verwaisten Gebäude instand und wurde sein eigener Patron.

Palmen säumen das Freiluftrestaurant, dahinter sechs Gästezimmer, aufgereiht wie Klosterzellen. Für Strom und Warmwasser sorgen tagsüber eine Solaranlage und am Abend eine Akkubatterie oder ein Generator. Abwasser landet in einer Sickergrube statt im Meer. Die Bauern in Dipkarpaz ermuntert er, für seine Küche Gemüse anzubauen.

Fremd wirkt die Gesellschaft betagter Griechen im Restaurant. Die Frauen in schwarzen Kleidern, die Männer mit weißem Hemd und Anzug. Kehrt die Diaspora aus Dipkarpaz hier zum Essen ein? „Nein“, sagt Masallah, „das sind Griechen aus dem Süden.“ Heimwehtouristen. Was Deutschen die Busreise durch Ostpreußen, ist Zyperngriechen das Wiedersehen mit Karpaz.

Masallah sagt: „Ich habe Angst vor dem Massentourismus.“ Der Fremdenverkehr war hier bisher eine Domäne kleiner Strandherbergen. Jetzt klopft die Tourismusindustrie an die Tür. Er habe Gerüchte gehört, dass auf der Südseite unweit Kap Zafer Hotels gebaut werden sollen. „Eine ganze Kette“, weiß Masallah. Aus seinen Worten ist die Sorge zu hören, dass der Massentourismus alles Eigenartige und vermeintlich Rückständige einebnet. „Einmal gestartet, ist das nie mehr aufzuhalten“, befürchtet er.

Das Land gehört der Regierung, und die will Jobs. Die Investoren kommen aus der Türkei und Israel. Ihre Zielgruppe sind reiche Türken, Araber, Israelis und Russen, die zum Zocken einfliegen. Die, sagt Masallah, wollen Kasinos, Alkohol, Prostituierte, also alles was daheim nicht erlaubt oder opportun ist. Hotelkasinos, Kasinohotels – 25 gibt es davon schon. *Kai Althoetmar*

Flüge nach Ercan (Nordzypern) mit Turkish Airlines oder Pegasus Airlines von verschiedenen Flughäfen mit Umstieg in Istanbul. Hin- und Rückflug ab 200 bis 300 Euro. Alternativ: Direktflüge nach Larnaca in den Südteil, von dort Taxi oder Bus zur Grenze. Für bis zu 90 Tagen Aufenthalt ist für EU-Bürger in Nordzypern kein Visum erforderlich. Währung ist die Türkische Lira. Der Euro wird akzeptiert. Beste Reisezeit: Frühjahr und Herbst. Internet: www.nordzypern-touristik.de. Literaturtipp: Lawrence Durrell: „Bittere Limonen. Erlebtes Cypern“, Rowohlt, 8,99 Euro.

St. Petersburg. Ein Wintermärchen

Die Stadt an der Newa bewahrt ihren goldenen Glanz auch bei Frost und Schnee – Viele Vorteile auch für Reisende in dieser Jahreszeit

Von Ende Oktober bis Anfang April hält Väterchen Frost das Zepter in der russischen Metropole St. Petersburg fest in der Hand. Ein Nachteil: Die Bootsfahrt vom Anleger vor der Eremitage hinaus zum Peterhof mit seinen berühmten Wasserspielen muss ausfallen und stattdessen per Bahn und Bus erfolgen. Die Wasserspeier sind zwar zu sehen, aber außer Betrieb und gegen Frostschäden dick vermummt. Ein Vorteil: Um diese Zeit ist St. Petersburg so gut wie touristenfrei und gehört den Einheimischen. Ein weiteres Plus: Im Mariinskij-Theater mit seinem weltberühmten Ballett läuft die Spielzeit, und man bekommt im Vorfeld der Reise problemlos Karten über das Internet.

Auch wer davon träumt, ohne Warteschlange in die St. Petersburger Eremitage hineinzuspazieren und sich ohne Besuchermassen in Ruhe dem Kunstgenuss zu widmen, kommt im Winter zum richtigen Zeitpunkt in die Stadt. Für die Eremitage sind die Eintrittskarten ebenfalls vorher im Internet buchbar, inklusive Fotografiererlaubnis, für die extra zu zahlen ist. Doch diese Vorsichtsmaßnahme erweist sich im Nachhinein als unnötig. Bei frostigen Temperaturen gibt es wider Erwarten am frühen Vormittag, wenn der Winterpalast seine Pforten öffnet, keine Besucherschlange. Tipp: Falls die Zeit es erlaubt, sollte man gleich ein Zweitages-Ticket buchen, denn an einem Tag ist die Besichtigung dieser wohl größten Kunstsammlung der Welt beim besten Durchhaltevermögen nicht zu schaffen. Ein absolutes Muss sind außer Gemälden und Skulpturen die Prunkgemächer der Zaren – ein barocker Goldrausch!

Keine Warteschlangen vor der Eremitage

Der historische Kern der im Jahre 1703 von Zar Peter dem Großen als „Fenster nach Europa“ gegründeten Stadt liegt auf der sogenannten „Haseninsel“: die Peter-und-Paul-Festung. Das mächtige Bollwerk mit seinen vorspringenden Bastionen hatte der Zar zum Schutz seiner neuen Hauptstadt im Newa-Delta errichten lassen. Doch außer dem Kanonenschlag, der täglich um Punkt 12 Uhr die Mittagszeit verkündet, wurde von hier aus nie eine Kugel abgefeuert. Heute ist die Haseninsel beliebtes Ausflugsziel und eine verkehrsfreie Oase der Ruhe inmitten der Großstadt.

Im Zentrum der Insel steht die Peter-und-Paul-Kathedrale, die mit ihrem 122 Meter hohen Glokkenturm lange Zeit – dem Willen des Zaren entsprechend – das höchste Bauwerk Russlands war. Sie war von Anfang an als Begräbnisstätte der Zaren geplant. Peter der Große ruht hier, seit er 1725 verstarb, und nach ihm fanden alle Zaren mit Ausnahme Peters II. hier ihre letzte Ruhestätte. Auch die sterblichen Überreste des letzten, in Jekaterinenburg ermordeten Zaren Nikolaus II. und seiner Familie wurden nach ihrer Entdeckung 1998 hierher überführt. Die Spitze des Kirchturms, die „goldene Nadel“, überragt bis heute das historische Zentrum der Stadt und gilt als ihr Wahrzeichen.



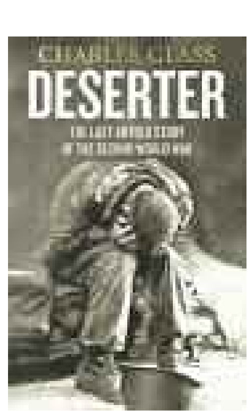
Peterhof: Im Winter sind die Fontänen gut verhüllt Bild: Fischer

Innerhalb der Festungsanlage steht ein zeitgenössisch-modernes Denkmal für Peter den Großen, das jedoch von vielen als Karikatur und Verunglimpfung des bis heute von der Bevölkerung verehrten Stadtgründers empfunden wird. Anerkennung und Berühmtheit genießt indessen das bronzene Reiterstandbild am Ufer der Newa, das den Sieg Peters über die Schweden symbolisiert. Katharina die Große ließ es 1782 genau 100 Jahre nach Peters Thronbesteigung aufstellen. Nach dem Zar Peter gewidmeten Gedicht „Der eherne Reiter“ von Alexander Puschkin trägt das Standbild diesen Namen, und frisch getraute Brautpaare lassen sich vor ihm fotografieren. Tipp: Ein paar Schritte vom Reiterstandbild entfernt steht im Süden des Senatsplatzes die weithin sichtbare Isaaks-Kathedrale mit ihrer mächtigen goldenen Kuppel. Diese umgibt eine Plattform, von der aus man einen famosen Rundblick über die Stadt genießt.

Von oben betrachtet ist unschwer zu erkennen, dass St. Petersburg als architektonisches Gesamtkunstwerk entworfen wurde. Im Gegensatz zu Moskau, wo damals jeder so baute, wie er wollte, sollte nach dem Willen Peters des Großen seine neue Hauptstadt ein einheitliches Gesicht nach westeuropäischem Vorbild erhalten, mit Kanälen wie in Amsterdam und Palästen wie in Versailles.

Um seine Bauvorhaben zu realisieren, musste jeder Einwohner jährlich 100 Steine abliefern. Wer dem nicht nachkam, hatte eine hohe Strafe zu zahlen. Im gesamten übrigen Russland wurde die Errichtung von Steinbauten verboten, damit hier genügend Material zur Verfügung stand. Jeder, der vermögend war und mehr als 500 Leibeigene besaß, wurde verpflichtet, auf eigene Kosten ein zweistöckiges Stadtpalais aus Stein nach strengen Vorgaben zu errichten. Dieser Art „kontrollierter Bebauung“ verdankt der historische Stadtkern sein harmonisches Bild im Stil des sogenannten „St. Petersburger Barock“: einer reizvollen Synthese von westeuropäischer und russischer Architektur.

Berühmtester Meister dieses Stils war der Italiener Rastrelli, dem die Stadt einige ihrer schönsten Bauwerke verdankt: die im Auftrag von Zarin Elisabeth I. errichtete Smolny-Auferstehungskathedrale, den Winterpalast und den Katharinenpalast in Zarskoje Selo im Auftrag von Zarin Katharina der Großen. In letzterem befand sich auch das berühmte Bernsteinzimmer, um dessen letzten Verbleib sich bis heute Fragezeichen und Legenden ranken. Seit 2003 ist es wieder zu bewundern: als Rekonstruktion und Ergebnis erfolgreicher deutsch-russischer Zusammenarbeit und Versöhnung. *Angelika Fischer*



Was trieb Deserteure?

US-Soldaten befragt

John Bain, Stephen Weiss und Alfred Whitehead vereint ein gemeinsames Merkmal in ihrer Biografie. Alle drei desertierten während des Zweiten Weltkrieges aus den Truppen der Anti-Hitler-Koalition: Bain am 5. April 1943 im Wadi Akarit in Tunesien, Weiss am 16. Oktober 1944 bei Bruyères in den Vogesen und Whitehead am 11. Januar 1945 im besetzten Paris. Motiv war dabei aber in keinem der Fälle Feigheit vor dem Feind, denn jeder der drei Soldaten hatte sich in der Normandie oder bei El Alamein aufs Beste im Kampf bewährt und dafür auch diverse Auszeichnungen bekommen. Die Ursache für die Fahnenfluchten lag vielmehr in einem kompletten physischen und psychischen Erschöpfung sowie der Desillusionierung angesichts des Verhaltens von Vorgesetzten und Kameraden.

Feigheit vor dem Feind oft nicht Hauptmotiv

So verließ Bain die 51. schottische Highland Division, nachdem er hautnah miterlebt hatte, wie die Leichen der eigenen Gefallenen auf der Suche nach Geld und Uhren gefleddert wurden, während der freiwillig mit 17 in die US-Army eingetretene New Yorker Jude Weiss desertierte, weil er einfach nicht gewillt war, sich im Rahmen eines wieder einmal komplett unüberlegten Angriffs verheizen zu lassen. Und Whitehead, ein introvertierter Bauernjunge aus Tennessee, setzte sich aus dem Lazarett ab, als er befürchten musste, nach der Genesung nicht wieder zu seiner alten Einheit zu kommen, sondern unter wildfremden GIs zu landen.

Wie der frühere ABC-Korrespondent für den Mittleren Osten, Charles Glass, der übrigens 1987 für 62 Tage Geisel schiitischer Milizen im Libanon gewesen war, in seinem absolut lesenswerten, leider bisher nur auf Englisch erschienenen Buch „The Deserters" darlegt, lässt sich das Schicksal dieser drei Soldaten ohne weiteres verallgemeinern: Nur eine verschwindende Minderheit der 150 000 angloamerikanischen Fahnenflüchtigen desertierte aus niederen Gründen wie Drückebergerei oder gar wegen krimineller Ambitionen. Andererseits machten gerade die kleinen, rücksichtslos agierenden Banden von Deserteuren, welche sich in Italien und Frankreich mit der Mafia oder anderen Berufsverbrechern zusammentaten, um Nachschublieferungen zu plündern und die Beute auf dem Schwarzen Markt zu versilbern, der westalliierten Militärmaschinerie schwer zu schaffen.

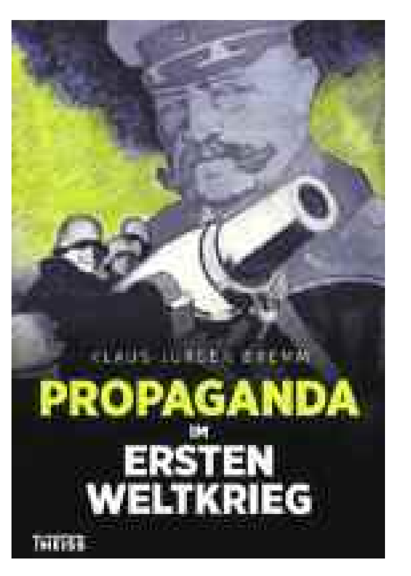
Statt sich der Probleme der ausgebrannten Kämpfer anzunehmen und zugleich das eklatante Fehlverhalten bestimmter Truppenführer zu untersuchen, reagierte die Militärjustiz der USA und Großbritanniens mit gnadenloser Härte gegen die Fahnenflüchtigen. Eine der aufschlussreichsten Passagen des Buches schildert, wie der 19-jährige Private Weiss, welcher unter anderem den Bronze Star und drei Battle Stars erhalten hatte, von einem Gremium von Offizieren ohne jedwede Fronterfahrung und juristische Kompetenz in einem hanebüchenen durchexerzierten Schnellverfahren zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurde.

Absolut menschenverachtend war darüber hinaus auch die Situation in den Straflagern, wie dem Loire Disciplinary Training Center nahe Le Mans, in das Weiss verbracht wurde und wo bereits 4500 andere Deserteure einsaßen. Die Gefangenen wurden dort systematisch gedemütigt und misshandelt, wobei es gelegentlich sogar zu Todesfällen kam. Besonders brutal gingen die Wachmannschaften im Lager von Lichfield in England vor, weshalb sie dann am Ende selbst vor einem Kriegsgericht landeten.

Lediglich mit Todesurteilen hielt sich die westalliierte Militärjustiz zurück, weil man die öffentliche Meinung fürchtete und dem Feind keine propagandistische Munition liefern wollte. Der einzige Deserteur, der nur für diese Tat exekutiert wurde, war der aus Detroit stammende Private Eddie Slovik. Ebenso endeten 70 weitere US-Fahnenflüchtige, denen aber zusätzliche Straftaten wie Mord und Vergewaltigung nachgewiesen werden konnten, am Galgen oder vor einem Erschießungskommando.

Wolfgang Kaufmann

***Charles Glass: „Deserter. The Last Untold Story of the Second World War"**, Harper Press, London 2013, geb., 390 Seiten, 28,50 Euro*



Entfesselter Wille zum Hass

Wie Propaganda den Ersten Weltkrieg befeuerte

Denken wir heute an den Ersten Weltkrieg, so sehen wir Fotos von toten, am Stacheldraht hängenden oder in Schützengräben elendig verreckten Soldaten vor uns. Man fragt sich, wie angesichts solcher Bilder der Krieg über vier Jahre andauern konnte und junge Männer freiwillig in derartige Schlachten ziehen konnten. Doch nur wenige sind sich bewusst, dass solche Aufnahmen und Berichte keineswegs in der europäischen Bevölkerung verbreitet waren. Und dies lag nicht an der strengen Zensur. „Die deutschen Korrespondenten verstanden sich wie ihre Kollegen auf der Gegenseite als Kämpfer mit der Feder, die nicht dem Ideal einer objektiven Wahrheit, sondern der allgemeinen Kriegsmoral zu dienen hatten", schreibt Klaus-Jürgen Bremm in seinem aufschlussreichen Buch „Propaganda im Ersten Weltkrieg".

In Sachen Propaganda hätten sich weder die Entente noch die Mittelmächte mit Ruhm bekleckert. „Gerade die Sieger mochten sich nicht mehr an diese plötzlich als unehrenhaft angesehene Kriegsführung erinnern", so der Autor, „und Großbritannien löste sein Informationsministerium sogar noch vor dem Pariser Friedensschlüssen auf. Bis 1920 hatte es auch den Großteil der einschlägigen Dokumente vernichtet."

Der Militärhistoriker Bremm konzentriert sich auf die Propaganda im Deutschen Reich sowie in Großbritannien und kommt auch auf Frankreich zu sprechen. Vor allem dem Werben um die Gunst der lange neutralen US-Regierung, aber auch der US-Bevölkerung schenkt er viel Aufmerksamkeit. Er nennt propagandistische Erfolge, aber auch Niederlagen, beschreibt das Umfeld, auf das die Propaganda traf ‚und das jeweilige Vorgehen. Vor allem der Stimmung in der jeweiligen Bevölkerung widmet er sich und betont, dass es anfangs gar nicht viel der Propaganda bedurfte, da selbst die intellektuelle Elite der Länder sich von patriotischen Gefühlen hinreißen ließ.

Entente: Journalisten erfanden deutsche Gräueltaten

Bremm betont, dass in Großbritannien und Frankreich, wo die Intellektuellen lange so viel Wert auf freie Meinungsäußerung gelegt hatten, sie mit Kriegsbeginn plötzlich die Beschneidung dieser durch den Staat ohne Murren hingenommen und sich sogar selbst in dessen Dienst gestellt hätten. Doch mit der Häufung der Niederlagen hätten die jeweiligen Staaten immer mehr zur Propaganda von oben greifen müssen, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten.

Vor allem die Entente habe auf martialische Bilder gesetzt, so Bremm. Von einer deutschen Leichenfabrik über abgehackte Hände belgischer Kinder reiche die Palette. Hier griffen die Macher auf eine lange Geschichte der Gräuelpropaganda zurück, wie der Autor anhand eines historischen Exkurses, der bis zurück ins antike Sparta reicht, belegt. Die deutsche Seite habe den Lügen nichts entgegenzusetzen gewusst, denn ihre Empörung über derartig absurde Vorwürfe reichte nicht zur Überzeugung der Gegenseite.

Zudem habe das deutsche Militär mit seinem Angriff auf das neutrale Belgien sich zahlreiche Sympathien in der Welt verscherzt. In den USA – wo man selbst schon so manchen toten Zivilisten wie auf den zuvor spanischen Philippinen im Rahmen der Durchsetzung eigener Interessen auf dem Kerbholz hatte – habe man den Deutschen aber vor allem die Zerstörung der Universitätsbibliothek Löwen oder französischer Kathedralen übel genommen. Dies sei einer Kulturnation nicht würdig, so die Reaktionen von jenseits des Atlantiks.

Dafür sei es der deutschen Regierung erfolgreich gelungen der eigenen Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, Deutschland kämpfe um seine schiere Existenz gegen eine Welt verschworener Feinde, zumal deren Propaganda auch diese Sichtweise bestätigte.

Interessant ist der von Bremm erwähnte Umstand, dass die französische Propaganda in den USA fast überwiegend auf taube Ohren gestoßen sei und samt der Strafabsichten gegenüber Deutschland als überzogen gewertet worden seien. Da es auch weit verbreitete grundsätzliche Animositäten gegenüber den Briten gegeben hätte, hätten die Deutschen anfangs durchaus Chancen gehabt, diese aber mit der Versenkung des Luxusdampfers Lusitania verspielt, wobei auch 124 US-Bürger ums Leben kamen. Zudem kippten die Deutschen Öl ins Feuer, indem sie den Opfern eine Mitschuld an ihrem Tod gaben, schließlich habe man angekündigt, britische Schiffe mit Kriegsgerät an Bord, wie es hier der Fall gewesen sei, zu versenken.

Bremms Ausführungen stimmen äußerst nachdenklich, zumal er berechtigterweise fragt, warum die Presse – vor allem die britische, die weltweit Beachtung fand – nicht Druck auf Politiker und Militärs ausübte, diesen opferreichen Krieg zu beenden, sondern sogar gezielt log und die staatliche Propaganda in ihrer Perfidie sogar noch überflügelte.

Rebecca Bellano

***Klaus-Jürgen Bremm: „Propaganda im Ersten Weltkrieg"**, Theiss, Darmstadt 2013, gebunden, 187 Seiten 24,95 Euro*



In Wien undenkbar

Österreich-Korrespondent über die Unterschiede zu Deutschland

Einen Preußen verschlägt es nach Österreich. Er begibt sich tief hinein in das Vorgefundene und nimmt das traditionsreiche Land in all seiner Vielschichtigkeit in sich auf. Peter Meier-Bergfeld, langjähriger Österreich-Korrespondent des mittlerweile leider nur noch als „Zeit"-geistige Beilage besagter Wochenzeitung verkümmernden „Rheinischen Merkur", hat in seinem neuen Buch diesen beschrittenen Weg festgehalten. Er tut dies in Form von Geschichten, die er aus seinen Artikeln ausgewählt hat.

Dies umfasst Geschichte, Politik und Zeitgeschehen ebenso wie die einlässliche Betrachtung von Bildungswesen, Kirche und Gesellschaft. Was der pointensichere PMB – so sein früheres Journalisten-Kürzel – in einer stilistisch vorzüglichen Sprache darbietet, ist mal ein Capriccio, mal eine Melange, manchmal ein großes Feuerwerk und nicht selten eine Tiefensonde, jedenfalls stets „ein bunter Raritätenkasten", wie Dichterfürst Goethe derlei Kompendien zu charakterisieren pflegte. Dabei ließ sich der Autor von der Maxime leiten „Wer vielen vieles bringt, wird manchem etwas bringen".

Politisch markierte der Tod der Ausnahmeerscheinung Jörg Haider eine Zäsur auf dem Felde der Massenwirksamkeit, einer Ausprägung des Populistischen, die es in Deutschland nicht gibt. Wir erfahren, dass in Österreich die Political Correctness nicht jenen Rang einnimmt, den sie in Deutschland erreicht hat. Auch dass ein „Österreich verrecke!" auf Demonstrationsschildern undenkbar wäre. Und Hunderte von „Demonstranten" verletzte Polizisten wie alljährlich zum 1. Mai in Berlin in Wien auszuschließen sind. Wirtschaftlich und sozial ist Austria mit Germania ungefähr gleichauf, mitunter ein wenig besser – dies alles im Verhältnis 1:10.

Und doch, dem Betrachter kommen die Porträts in diesem Buch am spannendsten vor: über den Salzburger Unternehmer Dietrich Mateschitz (Red Bull), den austro-kanadischen Milliardär Frank Stronach, der als Fabrikant außergewöhnliche Erfolge feierte und mit einem Ausflug in die österreichische Politik scheiterte. Auch über den Künstler Alfred Hrdlicka, den man „Stalino" nannte, sodann jenes über den preußischen Militärkapellmeister Gottfried Piefke und das über den Tiroler Freiheitshelden Andreas Hofer. Ebenso das über Christoph Kardinal von Schönborn, schließlich jene über die Komponisten Chopin und Mahler. Einmal noch lebt das kakanische Österreich auf in Meier-Bergfelds großartigen Reportagen über die Begräbnisse der Kaiserin Zita und ihres Sohnes Otto von Habsburg.

Rainer Liesing

***Peter Meier-Bergfeld: „Ösis und Piefke – oder: Kakanien mit der Seele suchend"**, BoD, Norderstedt 2013, 500 Seiten, 29,90 Euro*

Wurzeln der Sudetendeutschen im Blick

Zeitzeuge erinnert sich an die Vertreibung und betrachtet die Historie seiner Heimatregion

„Damit kein Gras drüber wächst. Böhmische Geschichte und Geschichten für die Enkel" steht auf dem Einband des 569 Seiten umfassenden Taschenbuches, dessen Verfasser Rudolf Jansche, auch ohne einen fachlichen Hintergrund als Historiker die im Titel abgesteckte kolossale Aufgabe ausgezeichnet gemeistert hat. Im Alter von elf Jahren war er selbst von der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei betroffen, ist also ein Zeitzeuge. 1933 wurde er in Görkau geboren, einem ehemals rein deutsch besiedelten Städtchen am Fuße des Erzgebirges nahe Komotau [Chumutov]. War der Ort im Zweiten Weltkrieg von Bomben und Zerstörung verschont geblieben, so begann für die Einwohner erst kurz nach Kriegsende die eigentliche Leidenszeit. Sämtliche Görkauer wurden enteignet, interniert und wenig später brutal aus ihrer angestammten Heimat abtransportiert. Schätzungsweise wurden 1945/46 bis zu drei Millionen Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei vertrieben. Die Angaben über Menschenverluste in der deutschen Bevölkerung schwanken stark.

Groll gegen Tschechen dominierte

Im Klappentext dieses durchweg um ausgewogene Formulierungen bemühten Buches äußert Jansche seine Ansicht, dass die Ursachen des Gewaltausbruchs gut 1000 Jahre zurückreichen. Dementsprechend hat er sich inhaltlich schwerpunktmäßig mit den deutsch-tschechischen Kulturkämpfen und den politischen Ereignissen seit Ende des 19. Jahrhunderts bis nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Noch immer sei eine wirkliche Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen nicht in Sicht. Auch seine Eltern hätten den Groll gegen „die Tschechen" nie überwunden, während er selbst ihre Haltung nicht übernommen habe, teilt der Autor mit.

Jansche ist heute Ehrensenator der Universität Heidelberg und Honorarprofessor der Universität Barcelona. Auch ist er Sprecher des „Görkauer Freundeskreises", einer nach der deutschen Wiedervereinigung gegründeten Gruppe deutscher Landsleute aus Görkau und Umgebung. In seinem Vorwort lobt der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas die Vorbildfunktion von Initiativen dieser Art, deren Mitglieder „in weltweit einmaliger Weise selbst dort die Zusammenarbeit mit den heutigen Bewohnern ... aufgenommen haben, wo noch nicht einmal das ihnen zugefügte Unrecht als solches anerkannt wurde".

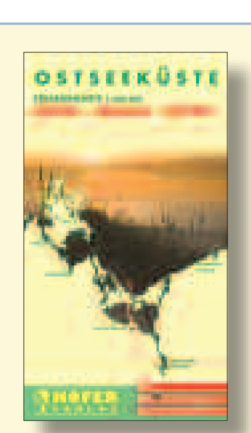
Erst nach über 60 Jahren hat Jansche erstmals eine Reise in seine Heimatstadt unternommen und war erschüttert über die sichtbaren Folgen von 47 Jahren sozialistischer Diktatur: „Die einfallslose, graue und monotone Architektur ... Verfallende Häuser und sterbende Wälder rufen vergeblich nach Menschen, die sich um sie kümmern."

Seit Jahrhunderten Hass von beiden Seiten

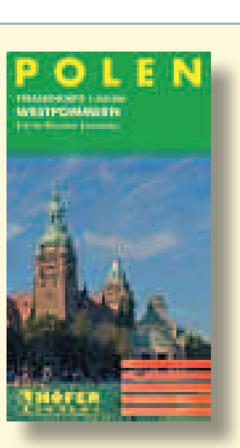
Nach einem Zwischenruf mit der Überschrift „Woher dieser unsägliche Hass?" beginnt eine lebhafte und abwechslungsreiche Darstellung der Historie Böhmens mit dem Kapitel „Wie die Deutschen nach Böhmen kamen". Unvermittelt in den Text eingeschoben sind Dialoge, die der Autor mit seinen beiden Enkelsöhnen und seiner Enkeltochter über Fragen der Geschichte geführt hat. Nicht nur seinen Enkeln, auch den Lesern gibt er zu bedenken: „Wir müssen uns fragen, ob wir hier in Europa genug tun, damit so etwas nicht wieder passiert. Daran müssen wir arbeiten, auch wenn die Erfahrungen der Vergangenheit Zweifel aufkommen lassen." Das Buch bietet viel Lesestoff und ist mit einem üppigen Dokumentationsteil ausgestattet.

Dagmar Jestrzemski

***Rudolf Jansche: „Damit kein Gras drüber wächst. Böhmische Geschichte und Geschichten für die Enkel"**, Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2013, kartoniert, 569 Seiten, 14,90 Euro*



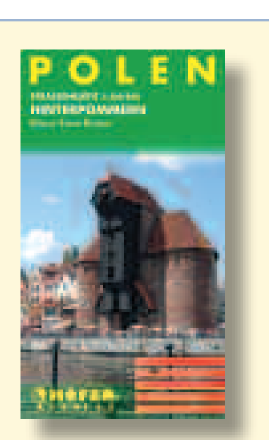
Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Westpommern
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5533 PL001 12,90 €



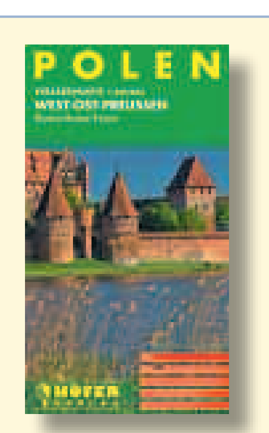
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



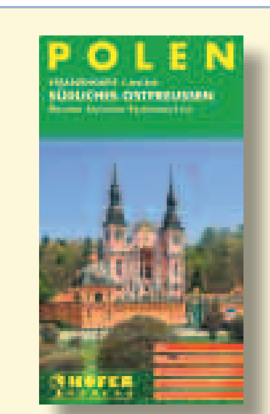
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



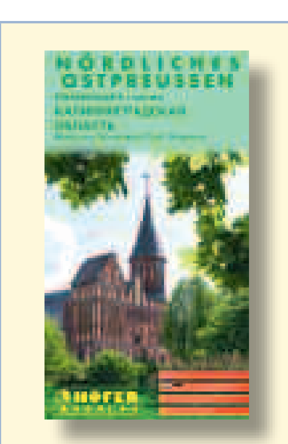
Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



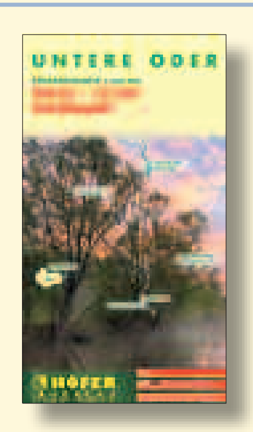
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



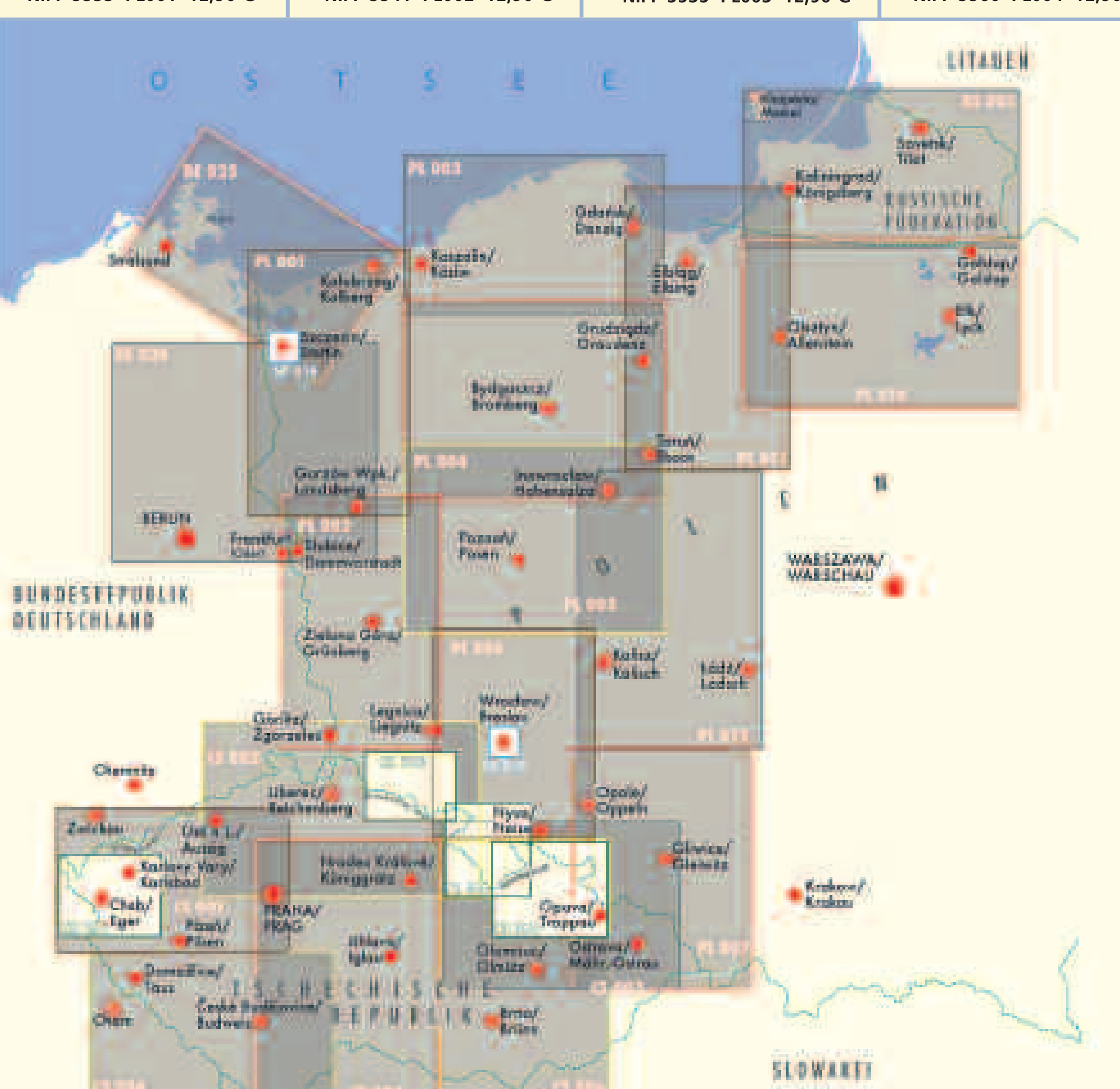
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €



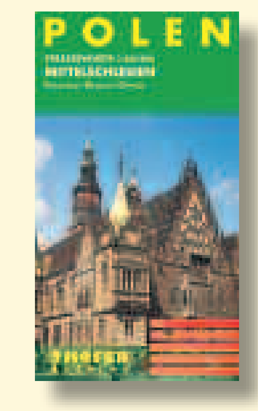
Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €



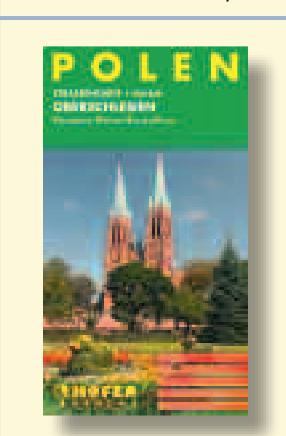
Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €



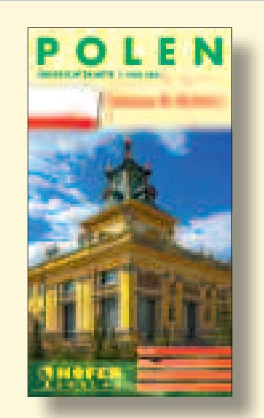
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €



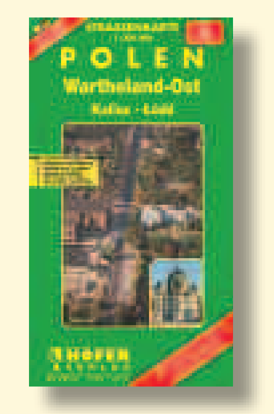
Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



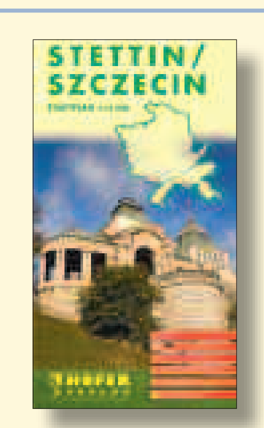
Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €



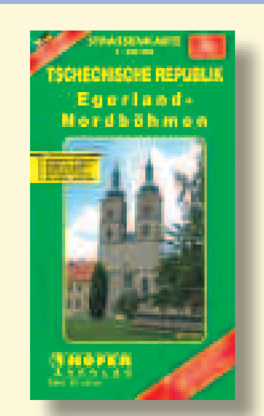
Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €



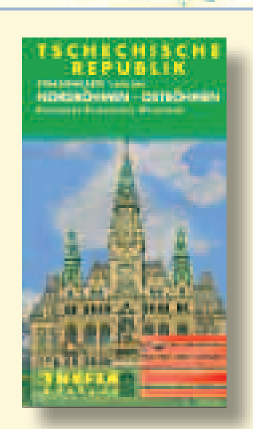
Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €



Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



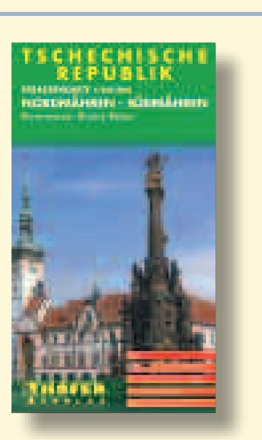
tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



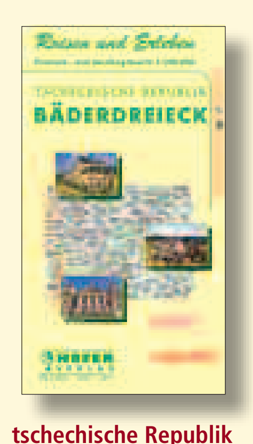
tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



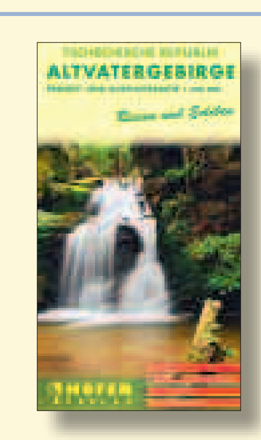
tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



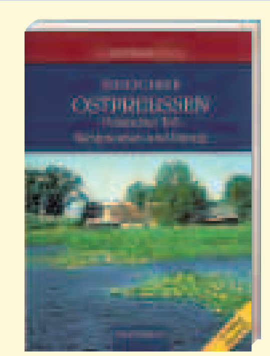
tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €



tschechische Republik
Bäderdreieck
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5580 CR301 12,90 €

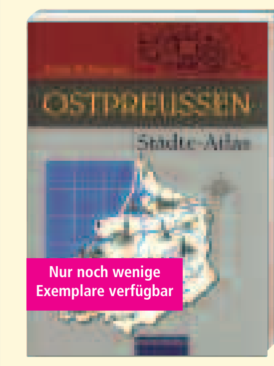


tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



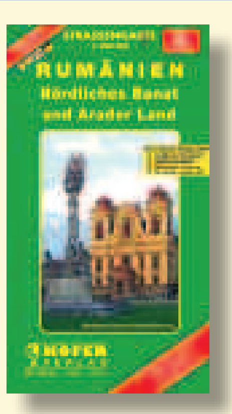
Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen
polnischer Teil – Westpreußen und Danzig
94 Abbildungen und Karten.
Format 11,5 x 16,5 cm. 288 S.
Nr. P 533157 Kart. 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von der Neumark über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Reisegefährten. Gerd Hardenberg ist ein ausgezeichneter Kenner der Region, die er als Reiseleiter ständig bereist.



Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Bundesrepublik und ihrer Bewohner zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünd Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen.



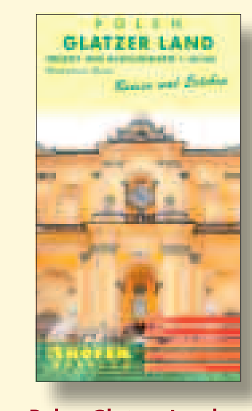
Rumänien
Nordliches Banat u. Arader Land
2-sprachig deutsch-rumänisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5579 RO801 12,90 €



Baltikum Planen & Touren
Kaliningrad – St. Petersburg
mehrsprachig
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5573 E/L/L666 10,90 €



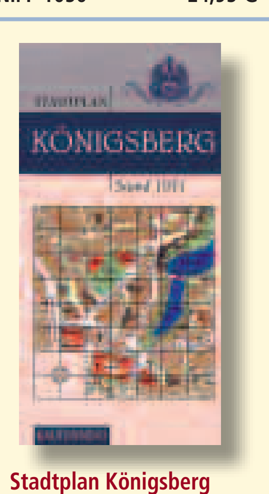
Polen/tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

Stadtplan Breslau
Historischer Stadplan von 1932
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5513 7,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Brunei führt Steinigung ein

Brunei – Das Sultanat Brunei führt laut einer Meldung des „Handelsblatts" im April die Steinigung als Strafe für Ehebrecher wieder ein. Auch andere drakonische Strafen will das kleine Land auf der südostasiatischen Insel Borneo wieder anwenden, etwa die Todesstrafe. Besonders brisant: Moslems stellen zwar mit zwei Dritteln die Mehrheit der Bevölkerung, doch zehn Prozent allein sind Christen. *H.H.*

Inflation unterschätzt

Berlin – 58 Prozent der Deutschen halten laut einer Forsa-Umfrage die offizielle Inflationsrate für zu niedrig. Diese liegt bei 1,5 Prozent. Da jedoch die Teuerungsrate für Lebensmittel 2013 bei 4,5 Prozent lag, haben viele Bürger den Eindruck, dass die offiziellen Zahlen den wahren Preisanstieg unterschätzen. Da nur ein Zehntel des für die Ermittlung der Inflationsrate verwendeten fiktiven Warenkorbs Nahrungsmittel umfasst, erklärt sich so die Differenz zwischen Empfinden und Statistik. *Bel*

ZUR PERSON

Strenggläubig ins Außenamt

Neue stellvertretende Sprecherin des Auswärtigen Amtes wird **Sawsan Chebli**. Die 35-jährige strenggläubige Muslimin arabischer Herkunft ist in Berlin geboren. Die Politologin arbeitete für SPD-Bundestagsabgeordnete, bevor sie 2010 eine vom Berliner SPD-Innensenator Erhart Körting eigens neu geschaffene Stelle als seine Beraterin für „interkulturelle Angelegenheiten" erhielt. Auch nachdem Frank Henkel (CDU) Innensenator wurde, blieb sie auf dem Posten. In einem Interview hatte sie erklärt, dass sie sich eigentlich mehr für Außenpolitik interessiere als für Integrationsfragen. Ihr Vater kam 1970 aus dem Libanon über Ost-Berlin hierher, sie hat zwölf Geschwister. „Ich bete, ich faste, ich esse kein Schweinefleisch und trinke keinen Alkohol", hat sie oft erklärt. Als Vorbild nennt sie ihren Bruder, der Imam in Schweden sei. Ein Kopftuch trägt die attraktive und stets modisch elegant gekleidete Chebli nicht, da es sie in ihrer Karriere behindert hätte. Dafür trägt sie gern hochhackige Schuhe.



In einem Interview sagte sie: „Ich habe in den letzten anderthalb Jahren oft erlebt, wie negativ das Thema Integration besetzt ist. Das Positive, was stattfindet, wird oft kleingeredet. Buschkowsky schwimmt natürlich auf dieser Welle. Er verbreitet ganz einfach strukturiert seine Thesen, malt ein schwarzweißes Bild, und das bleibt hängen." Freilich malt der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky keineswegs ein Schwarzweißbild, sondern berichtet aus seiner Erfahrung, und das differenziert. Bei einer Veranstaltung letztes Jahr in Spandau wurde hingegen deutlich, wie simpel Chebli, darauf angesprochen, die extrem hohe Gewaltkriminalität von Arabern in Berlin erklärt. Diese ist für sie einfach nur „sozial bedingt". *Michael Leh*



Da, wo's um unsere Zukunft geht...

Dumm und hässlich

Wieso das Volk nie hätte Lesen lernen dürfen, was Bildungsreformen wirklich bezwecken, und warum Schönheit verboten gehört / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Misstrauische Kirchenmänner und skeptische Adelige hatten uns gewarnt, schon vor mehr als 250 Jahren! Damals gingen deutsche Fürsten, die sich für „aufgeklärt" hielten, daran, überall in ihrem Land Schulen einzurichten, damit ihre Völker Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Der Preußenkönig war wie häufig ganz vorne mit dabei.

Das wird böse enden, mahnten die Warner. Wenn der Pöbel erst lesen kann, infiziert er sich über kurz oder lang mit umstürzlerischen Gedanken. Wenn er schreiben lernt, wird er derlei gefährlichen Unfug auch noch verbreiten. Überhaupt gewänne er einen ganz eigenen Überblick über den Gang der Dinge, auch der großen, und aus sei's mit der alleinigen Deutungshoheit der hohen Herren.

Wie sich zeigen sollte, hatten die Skeptiker vollkommen recht, genauso kam's. Auf die Epoche des Lesenlernens folgte unmittelbar die der Revolutionen.

Grund: Wo sich eben noch folgsame, weil „bildungsferne" Untertanen artig duckten, trafen die Herrscher plötzlich auf widerborstige Freigeister, die Bildung besaßen und sich daher ihre Gedanken nicht mehr vorschreiben ließen, weshalb es mit denen dauernd Scherereien gab. Zudem erkannten die Leute, dass sie nicht allein waren, sondern einer Nation angehörten. Da war das Giftgemisch des Aufruhrs komplett, die Idee von Freiheit und Demokratie nicht mehr aufzuhalten.

Diesen historischen Hintergrund sollte sich jeder vor Augen halten, der sich über Bildungsreformen wundert, die seit mehr als vier Jahrzehnten das Niveau der Schulbildung und der Universitäten planvoll in den Ruin pressen. Da wird etwas rückabgewickelt: Aus dem aufmüpfigen Bildungsbürger soll wieder der artig-ahnungslose Döskopp werden, mit dem die Herrschenden all die Jahrhunderte vor der verhängnisvollen Massenbildung so wundervoll gefahren sind.

An die Stelle der alten, untereinander kreuz und quer verwandten europäischen Herrscherhäuser ist eine neue Elite getreten, die ihren historischen Vorfahren recht ähnlich sieht, wenn man genauer hinschaut. Was ihre Altvorderen im 19. Jahrhundert vor Ekel speiend als „Demokraten" verdammten und verfolgten, das brandmarken sie heute als „Populisten". Demokraten oder Populisten waren und sind diejenigen, die mit ihren verwerflichen Ideen die „Stabilität der europäischen Ordnung gefährden", nach dem Wiener Kongress nicht minder als vor den EU-Wahlen.

Dummerweise kann man die Entmachtung des Pöbels nicht öffentlich beim Namen nennen, weil es noch zu viele gibt, die sich Restbestände an Bildung und Überblick erhalten haben und an ihren „Rechten" hängen. Die könnten Ärger machen. Daher sollte man eine gewisse Fassade wahren. Allerdings sind sich die Herrscher ihrer Macht mittlerweile dermaßen sicher, dass sie sich bei der Tarnung ihrer wahren Absichten kaum noch Mühe geben.

> Schulen verrotten, Schüler verblöden: Wie aus aufmüpfigen Bildungsbürgern Untertanen werden

Auf ihrem Parteitag im November warnte beispielsweise die SPD vor „Renationalisierung" in der EU, denn die „bedroht das institutionelle Gefüge der EU und spielt den Populisten in die Karten". Was das übersetzt heißt, schimmert deutlich hindurch: Die Sozialdemokraten wollen unbedingt verhindern, dass Machtbefugnisse vom Brüsseler Hofstaat zurück in die Hand der Völker gehen („Renationalisierung"), weil dies demokratischen Kräften („Populisten") Auftrieb geben und die Macht des Hofes („institutionelles Gefüge") schwächen könnte.

Indes: Dass wir den wahren Gehalt dieser Aussage so leicht durchschauen, ist ein alarmierendes Signal dafür, dass unsere Entbildung noch lange nicht hinreichend vollendet ist. Aber uns gehört ja auch nicht die Zukunft, sondern der Jugend.

Was deren Verdummpöbelung angeht, hat die deutsche Hauptstadt mit den Nachrichten über die Rütli-Schule bereits vor Jahren bewiesen, dass Berlin immer noch Maßstäbe setzen kann. Dabei bemühen sich die Verantwortlichen nicht allein um die Zerschlagung jeder halbwegs erfolgversprechenden Unterrichtssituation oder die Zersetzung des Lehrstoffs durch sinnfreie Inhalte wie „Gender". Nein, wie eine Elterninitiative aufdeckt, verwandeln Behörden die Berliner Lehranstalten zudem in stinkende Pesthöhlen. Fadenwürmer auf den Toiletten legen glitschiges Zeugnis ab von sagenhaften hygienischen Zuständen an den Schulen.

Lange konnte man den Eltern weismachen, die Sauerei in ihrer Schule sei ein „Einzelfall". Dann aber haben sie sich zu einem demokratischen Mob zusammengerottet und erkannt, dass die Verdreckung offenbar System hat. Nun setzen sie dem „institutionellen Gefüge" der Schulverwaltung heftig zu und fordern gemeinsam Besserung. Üble Populisten eben.

Doch Gemach: Auch dieser Aufruhr geht vorüber, und sobald sich das Getöse gelegt hat, kann das „Gefüge" in aller Ruhe fortfahren mit der planvollen Zerstörung der Schulen. Eine entnervte Mutter räumt die Übermacht des Apparats unumwunden ein: „Es ist dieses Gefühl, immer wachsam sein zu müssen. Nie davon ausgehen zu können, dass die Dinge korrekt ausgeführt werden und auch langfristig bestehen. Man lebt ständig in der Sorge: Was kommt als nächstes?"

Dieses Eingeständnis sollte den Funktionären der Berliner Schulverwaltung und den Bildungspolitikern der Stadt die Brust vor Stolz platzen lassen. Berlin! Das war einmal das Herz der Humboldtschen Bildungsrevolution und der Nabel preußischer Ordnung und Berechenbarkeit! Und nun? Rütli-Schule, Fadenwürmer, und „nie davon ausgehen können, dass die Dinge korrekt ausgeführt werden" oder „was als nächstes kommt". Fabelhaft: Sie haben die reaktionären Kaderschmieden des gebildeten und selbstdenkenden Staatsbürgers in verrottete Ruinen verwandelt. Wer durch so eine Hölle gegangen ist, dem sollte zu Vokabeln wie „Bildungsideal" nur noch lauer Spott einfallen.

Berlin ist nicht allein, Hamburg will auch eine fortschrittliche Metropole sein und müht sich mit Erfolg: Neulich beschied mir hier eine Jugendliche, so um die 18: „Ich les' keine Bücher!" Sie äußerte das mit sichtbarem Stolz, Dummstolz sozusagen. Die wird sich nie über „Entdemokratisierung der Entscheidungsprozesse im Rahmen der EU" aufregen oder gegen den Bruch irgendwelcher europäischen Verträge protestieren. Sowas interessiert sie nicht die Bohne. Sprich: Das Mädel ist der perfekte Untertan.

Das heißt natürlich nicht, dass sich der verdummpöbelte Zeitgenosse gegen gar nichts mehr wehrt, oh nein! Werbung interessiert uns doch alle, und da haben die Grünen im Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg einen echten Skandal entdeckt, dem sie, unterstützt von Linken, SPD und Piraten, energisch zuleibe rücken wollen. In dem Mehrheitsantrag heißt es: „Das Bezirksamt wird beauftragt, die Präsentation von sexistischer, diskriminierender und frauenfeindlicher Außenwerbung auf bezirkseigenen Flächen zu untersagen."

Was wirklich gemeint ist: Werbung mit schönen Frauen ist den Grünen ein Dorn im Auge. Warum? In der Begründung zum Antrag schreiben sie, solche Werbung habe zur Folge, dass sich „Mädchen und Frauen dem konstruierten Bilde der zurückhaltenden, angenehmen, schönen und dekorativen Frau fügen".

Was Grüne, Linke, SPD und Piraten also anstreben, sind Mädchen und Frauen, die sich am Bilde der aufdringlichen, unangenehmen, hässlichen und unansehnlichen Frau orientieren. Um es klar zu sagen: Es geht ihnen nicht bloß darum, ihr Frauenideal von der aufdringlichen und hässlichen wirkungsvoller zu propagieren. Nein, alles andere soll strikt verboten werden auf bezirkseigenen Werbeflächen in Friedrichshain-Kreuzberg. Unter welche Losung stellt man so eine Kampagne wohl am besten? Mein Vorschlag: „Offensive für mehr Toleranz und Vielfalt in unserem Bezirk: Wer Schönheit schön findet, ist ein Rechtspopulist! Kein Fußbreit dem Faschismus!"

MEINUNGEN

***Stefan Braun** beklagt in der „Süddeutschen Zeitung" (22. Januar) die inhaltliche **Leere** der Politik von **Angela Merkel**:*

„Die Sozialdemokraten prägen derzeit in der Regierung so gut wie alles, die Kanzlerin und ihre Union dagegen so gut wie nichts. Angela Merkel ist auf dem Zenit ihrer Macht und am Tiefpunkt ihres gestalterischen Anspruchs angekommen ... Sie hat die Macht, das soll reichen."

*Ist der geplante „Doppelpass" eine Einladung zur Rosinenpickerei? Der Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, **Heinz Buschkowsky**, warnt laut „Welt" (27. Januar) vor dem Missbrauch der **doppelten Staatsbürgerschaft**:*

„In einem Land mit über 20 Prozent Einwanderern bekommt man so über kurz oder lang eine Situation, in der die Leute Pässe vom Abreißblock haben. Solange es nicht überall das gleiche gesellschaftliche System gibt, eröffnet man damit ein beliebiges Hin- und Herwechseln – je nachdem, welche Gesellschaftsordnung meinen persönlichen Interessen gerade am nächsten kommt."

*Der Botschafter **Zyperns** in Berlin, **Minas A. Hadjimichael**, warnt gegenüber den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten" (27. Januar), dass die **Spareranteignung** in seinem Land vergangenes Jahr nur die **Generalprobe** war:*

„Sie taten es, um zu sehen, was passiert. Immer im Hinterkopf die Idee, dass dies zur Norm werden würde. Danach würden sie es generell einführen und alle Zeichen deuten genau darauf hin. Sie wollen das Geld der Sparer dafür benutzen, um die Banken vor dem Bankrott zu retten."

***Bettina Röhl** sieht in der „Wirtschaftswoche" (28. Januar) hinter **linker Bildungspolitik** einen ideologischen **Generalplan**, der keineswegs auf „Toleranz", „Vielfalt" oder „Selbstbestimmung" abzielt, sondern:*

„Hier soll der stromlinienförmige grüne Bessermensch der Zukunft zusammen gebacken werden, der eigeninitiativ alle Individualisten in der Zukunft genauso aggressiv platt macht, wie die Bildungsideologen es jetzt voraus planen."

***„Neoliberal"** ist seit den 90er Jahren der Kampfbegriff der Linken gegen Anhänger der Marktwirtschaft. Der ehemalige Grünen-Politiker **Oswald Metzger** indes bekennt sich dazu, selbst ein „Neoliberaler" zu sein. Im Internet-Portal „Achse des Guten" (26. Januar) erklärt er, was er darunter versteht:*

„Für mich als Neoliberaler gilt das Haftungspostulat nicht nur für den Sozialhilfeempfänger, dem ich eigenes Engagement abverlange (Stichwort: aktivierender Sozialstaat!), damit er nicht in der Falle der Daueralimentation stecken bleibt. Auch Banken und Finanzmarktakteure müssen für die Folgen ihres Tuns einstehen, indem ihre Anteilseigner und Gläubiger für riskante Fehlspekulationen haften – und nicht die Steuerzahler. Für Staaten gilt der gleiche neoliberale Leitsatz: ‚No bail-out!' Kein Staat haftet für die Schulden anderer Staaten. Das nennt der Neoliberale Eigenverantwortung."